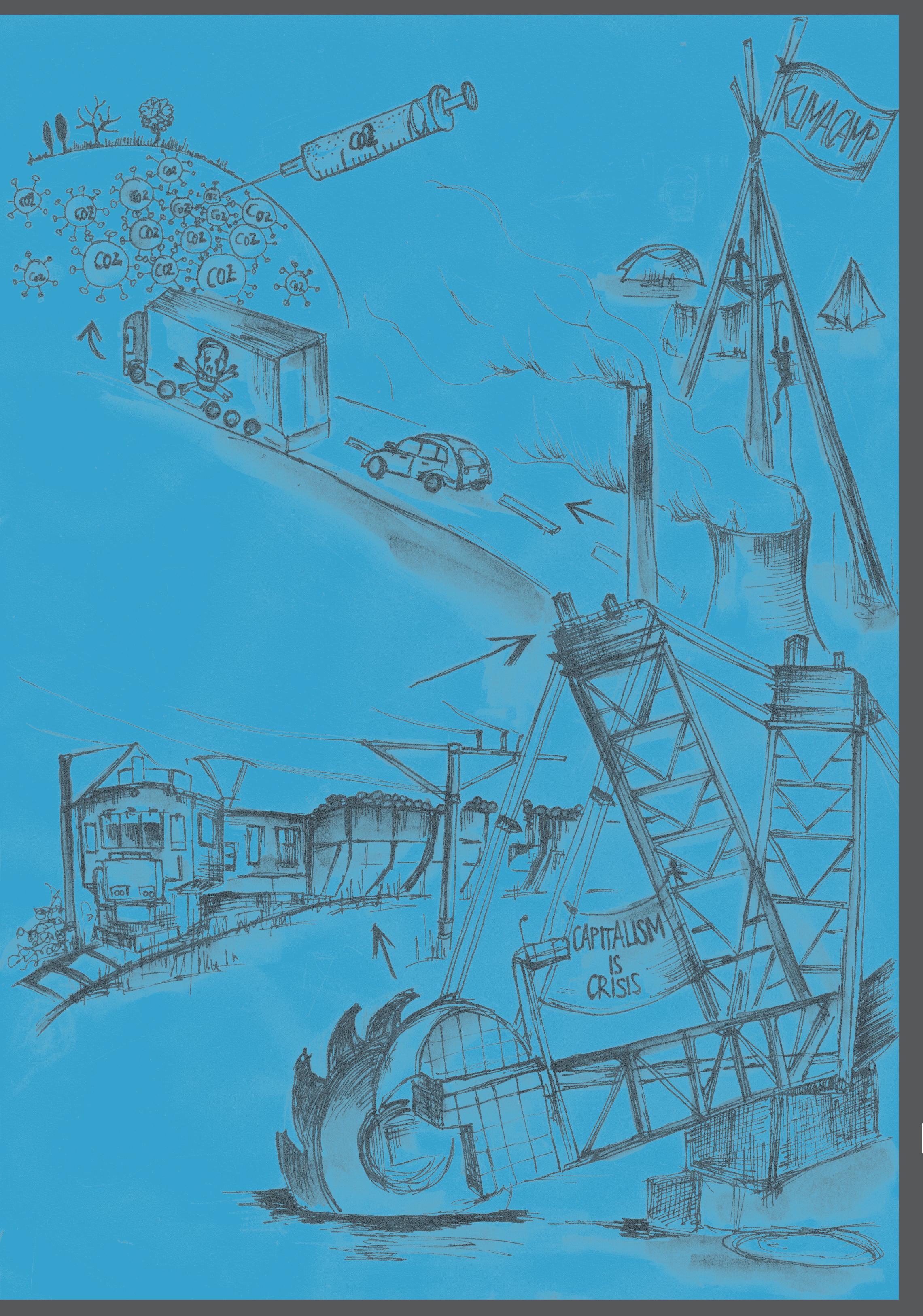
Sommer 2011
Nr. 58, 17. Jahrgang
offizieller Preis: 3,80 €

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



Inhalt

Editorial

Floh Pünktlich zum Beginn der diesjährigen Anti-Kohle-Aktivitäten haltet ihr die Sommerausgabe mit dem Schwerpunkt: „Kohle, Klima, CCS“ in den Händen. Ansonsten gibt es einige Neuigkeiten beim grünen blatt: Seit der letzten Ausgabe ist das grüne blatt an einigen Bahnhofskiosken erhältlich. Eine Auswertung, ob der Verkauf dort erfolgreich verläuft können wir allerdings erst in der nächsten Ausgabe vornehmen.

Da die letzten beiden Ausgaben recht gut verteilt wurden und ziemlich schnell weggingen, haben wir dieses mal die Auflage auf 2000 Exemplare erhöht. Die Ausgabe die ihr in den Händen haltet ist zudem diejenige mit den meisten Seiten aller Zeit, 64 an der Zahl. Für die hohe Seitenzahl waren wir relativ wenige Layouter_innen, so dass wir 2 Wochen durchlayouten mussten. Wir würden uns freuen, wenn sich mehr Menschen beim Layout einbringen würden, vor allem kontinuierlich und zuverlässig.

Auch die Geldprobleme sind nach wie vor vorhanden. Und hohe Seitenzahlen und Auflagen sind teuer. Diese Ausgabe haben wir größtenteils gedeckt, weil wir beim Offbeat-Festival in Freiburg vegane Döner verkauft haben und einiges eingenommen haben (danke an die Organisator_innen vom Offbeat-Festival dafür). Die nächste Ausgabe ist aber komplett ungedeckt. Damit es das grüne blatt weiter geben kann, braucht es entweder ganz viele Menschen, die bezahlte Abos bestellen, Geld spenden, oder sich Konzepte für die Finanzierung ausdenken.

Impressum

grünes blatt – Zeitung für Umweltschutz von unten

http://gruenes -blatt.de/

Redaktion

grünes blatt – Redaktion
Am Bärental 6
D-04720 Ebersbach OT Mannsdorf

E-Mail: mail@gruenes-blatt.de
Telefon: (03431) 5894170

Spendenkonto:

GLS Bank
KNr.: 110 17 40 600
BLZ: 430 609 67

Verlag

SeitenHieb Verlag
Jahnstraße 30
D-35447 Reiskirchen
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 700-seitenhieb (73483644)

AutorInnen dieser Ausgabe

Falk Beyer (fb, V.i.S.d.P.), Jörg Bergstedt, Vega, Floh, Franziska, Paeman u.a.

Satz und Layout

Floh, Lemor, Hedwig, Z.

Bildnachweise:

S.2: pareeerica (cc by-nc-2)
S.26+27: www.strahlendesklima.de
S.31: belarus.indymedia.org

Auflage: 2000 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige MitarbeiterInnen. Die Arbeit der Redaktion wird über ein offenes Wiki im Internet koordiniert:

http://gruenes-blatt.de/redaktion/

Zum Schutz vor Spambots und automatischer Indizierung des Redaktionswikis ist dieses passwortgeschützt:

redaktion // grbl-passwort

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die“ Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.

Eigentumsvorbehalt

Kohle, Klima, CCS

Floh Als 2007 der vierte Sachstandsbericht des PCCs (Intergovernmental Panel on Climate Change) veröffentlicht wurde, war die Klimaproblematik für kurze Zeit eines der Top Themen im öffentlichen Diskurs. Genauso schnell wurde sie aber wieder zu den Randnotizen verbannt und führte nicht zu einer nachhaltigen Bewusstmachung über Bedeutung und Auswirkungen der Problematik. Genausowenig wie zu einer Debatte darüber, wie diese abzuwenden ist. Aus einem einfachen Grunde: Die Ziele der gesellschaftlichen Eliten aus Wirtschaft und Politik sind mit notwendigen Handlungsmaßnahmen im Sinne eines Klimaschutzes nicht in Einklang zu bringen. Stattdessen werden auf allen Ebenen PR-Maßnahmen aktiviert, die die jeweilige Politik grünwaschen sollen. Ernsthaften Debatten über notwendige Maßnahmen würden diese nicht standhalten, deshalb wird darauf verzichtet. Der Diskurs, der in den Massenmedien über den Klimawandel geführt wird, ist sozusagen nichts anderes als ein breit angelegtes Greenwashing der vorherrschenden politischen Ökonomie. Der Rahmen innerhalb dessen im öffentlichen Diskurs nach Lösungen gesucht werden darf/soll zeigt keinerlei Schnittmengen auf mit der Bandbreite an möglichen effektiven Lösungen.

Das beste Beispiel für diese Differenz ist der Umgang mit den fossilen Ressourcen. Bekannt ist, dass sofort mit der Verbrennung fossiler Energien aufgehört werden muss, um das Klimachaos abzumindern: „Wenn wir jetzt nicht den Ausstieg aus der Kohle begründen, wird die Klimakrise bereits 2025 (....) über uns hereinbrechen“ (James Hansen, NASA). Schaut mensch sich aber die „nachhaltige“ Realität und Zukunftspläne an, ist genau das Gegenteil der Fall: Der Verbrauch steigt rasanter denn je.

Aktuell ist der Peak Oil erreicht, also der Punkt, an dem die geschichtlich höchste Fördermenge des Erdöls erreicht und anschließend rückläufig ist. Da dieser Punkt gerade überschritten wird, ist absehbar, dass es in den nächsten Jahren zu schwerwiegenden Änderungen in der Energieversorgung kommen muss. Wachsender Verbrauch bei rückgängiger Förderung geht nicht. Anstatt das zum Anlass zu nehmen auf eine „klimaneutrale“ Energieversorgung umzustellen, passiert genau das Gegenteil: Verstärkt wird in vielen Ländern auf Kohle (Kohle erzeugt bei gleicher Energieerzeugung 40% mehr CO_2 als Erdöl) gesetzt. Beispielsweise bei der Antriebsenergie wird die Verflüssigung der Kohle für den Autotank als Zukunftstechnologie gesehen (siehe ab Seite 14 „Kohle in den Tank?“). Der Grund dafür ist vor allem in nationalökonomischen Konkurenzstellungen zu sehen. Nationalstaaten geben der Versorgung der heimischen Industrie mit billiger Energie oberste Priorität. Und zwar eine höhere Priorität als der Bekämpfung des Klimawandels. Letzterer wurde zwar auch seit dem Stern-Report in ökonomische Folgekosten übersetzt, und ist somit erst zu einer relevanten Größe für Ökonomie und Politik geworden. Diese Kosten entstehen aber auf globaler Ebene (werden also von der nationalstaatlichen Ebene abgewälzt), wohingegen der Wirtschaftsvorteil durch billige Energie auf nationaler Ebene stattfindet. Durch die Verknappung fossiler Energieressourcen werden zukünftig wilde Turbulenzen im Kampf um diese befürchtet – seien es militärische oder wirtschaftliche. Um sich nicht in die Abhängigkeit anderer Staaten zu begeben ist die Versorgung mit heimischen Ressourcen wichtig und wird deshalb von vielen Staaten massiv gefördert. Anstatt beispielsweise Gas für die Energiever-



Transport eines Schaufelradbaggers zum Tagebau Hambach
Foto: kbs478 (Flickr), Creative Commons

sorgung zu verbrennen, was 80% weniger CO_2 erzeugen würde, wird vielerorts auf Kohle gesetzt (auch Gas hat aber in einer klimaneutralen zukunft keinen Platz).

Für 2030 wird der Kohle ein Anteil von 28% an der globalen Energieerzeugung vorrausgesagt, dem Erdgas 25%. Erdöl bleibt mit 34% weiterhin führend. Zwischen 2000 und 2030 wird mit einem Anstieg des Gesamtenergieverbrauchs von 1,8% pro Jahr gerechnet. Wohlgemerkt, diese Prognosen finden allesamt statt vor dem Hintergrund der Notwendigkeit bis dahin längst CO_2-neutral zu wirtschaften. Dass also der Wachstumszwang der Konkurrenzlogiken von Markt und Nationalstaaten keine Lösungen anzubieten haben wird im Kampf gegen die Klimazerstörung wird klar und ab Seite 40 im Artikel „Bloß weniger wirtschaften, oder vor allem ganz anders?“ ausgeführt.

Ganz aktuell und im Zuge des deutschen „Atomausstiegs“ wird in Deutschland noch stärker auf Kohle gesetzt. Absurderweise soll der Ausbau der Kohlekraft genau aus dem Klimafonds finanziert werden, „um Energielücken zu vermeiden“. Die Notwendigkeit dafür soll durch die Abwendung der Atomkraft suggeriert werden. Wo die Kämpfe gegen zerstörerische Energieerzeugungstechnologien gegeneinander ausgespielt werden sollen, ist es notwendig die Kämpfe zusammenzuführen und sich nicht länger nur als „Anti-Atom“ oder „Anti-Kohle“ Bewegung zu begreifen, sondern „Energiekämpfe“ ganz allgemein auszutragen, mit dem Fokus auf die „Entscheidungsfrage“. Also: Wer entscheidet welche Energie wofür benötigt wird, und wie diese erzeugt wird. Das führt „Dattel“ in seinem Artikel „Energiekämpfe im Rheinischen Braunkohlerevier“ weiter aus.

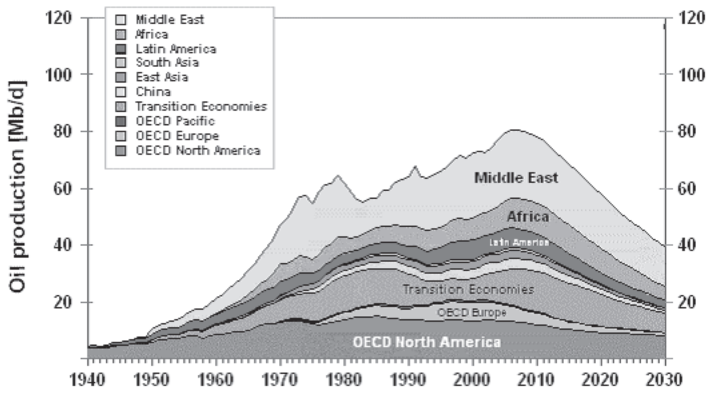
Wo auf der einen Seite alles grüngewaschen wird, ist eine Fokussierung auf die Kohle als Energieträgerin der Zukunft schwer vermittelbar. Hier spielt die CCS-Technologie eine entscheidene Rolle. Das CO_2 soll am Schornstein abgefangen und in „geeigneten“ Böden verpresst werden. Das Verpressen selber ist aber sehr energieaufwendig, so dass durch diese Technologie in erster Linie der Wirkungsgrad der Kohle noch weiter vermindert wird. Zusätzlich entstehen durch das verpresste CO_2 tickende Zeitbomben, die ein tödliches Risiko für die Anwohner_innen bilden, wie ein aktueller Fall in Kanada zeigt, in dem CO_2 durch die Erdschichten entweicht (Artikel Seite 17). Auch im Aufruf für das Lausitz-Klimacamp auf Seite 12 wird viel auf CCS eingegangen.

Neben den klimarelevanten Auswirkungen der Kohle sind auch die Auswirkungen auf die lokal Betroffenen überall dieselben: Vertreibung, Vernichtung der Umwelt und starke Gesundheitsbelastungen. Bloß dass dies für Menschen im globalen Süden meist existenzbedrohend ist, wohingegen es für die Betroffenen im globalen Norden meist noch Ausgleichszahlungen bei einer Umsiedlung gibt. Über die weltweit entstehenden Widerstandsbewegungen gegen die massive Ausweitung von Kohleabbau und -verbrennung wird auf der folgenden Seite berichtet. Während sich in Deutschland bisher kaum Widerstand gegen Kohle regte, obwohl es in Deutschland Europas größtes Tagebaugebiet gibt (Rheinisches Braunkohlerevier) und Kohle 42% vom Energiemix der Stromerzeugung ausmacht. Vielleicht ändert sich das nun: Diesen Sommer sind zwei Klimacamps in Deutschland gegen Braunkohleabbau geplant, ein weiteres zur Kohlethematik in der Schweiz. Zudem wird es eine Klimaradtour zwischen dem Camp in der Lausitz und demjenigen im rheinischen Braunkohlerevier geben (Seiten 10–13). Ab September wird im Rheinischen Braunkohlerevier dann die Werkstatt für Aktionen und Alternativen (WAA) eröffnen, als Plattform für Widerstand aller Art, aber auch zur Vernetzung und Weiterbildung. Und um dem Kohleloch eine Alternative des klimaneutralen Lebens gegenüberzustellen. Durch die Entstehung solcher Orte ist eine Entwicklung eines Widerstandes von unten zu erhoffen. Als positives Beispiel eines solchen lohnt es sich nach Schottland zu gucken, wie radikale Umweltaktivist_innen seit Jahren mit direkten Aktionen gegen ein Kohleabbauprogramm opponieren. Ein Interview mit einem Aktivisten von dort gibt es auf den Seiten 8 und 9. Für direkte Aktionen ist es natürlich wichtig sich mit der Materie zu beschäftigen. Ein Artiekl über die rheinische Braunkohlebahn deshalb auf den Seiten 18-21. Viel Spaß beim lesen des Titelthemas und: **Get involved into the struggles!**

Thema: Kohle, Klima, CCS



Aktion in Jänschwalde
Foto: Anja Vatterodt (Flickr), Creative Commons



Peak Oil ist bereits heute erreicht

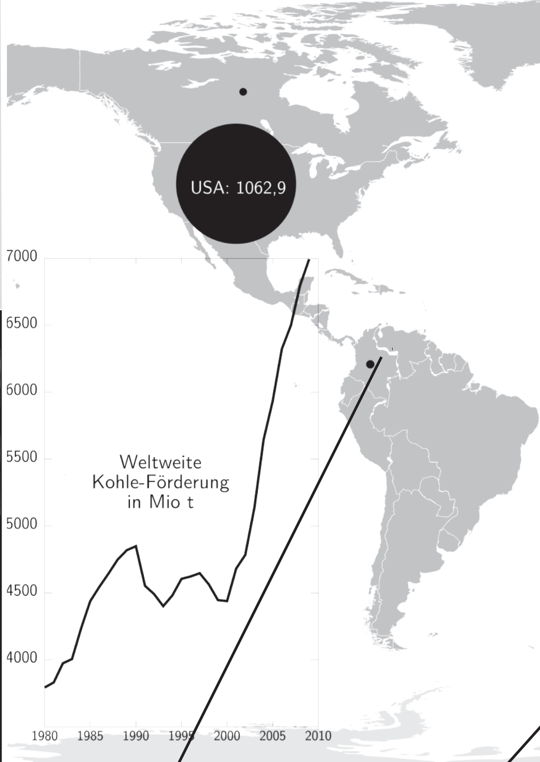
Widerstand gegen Kohle

Von Floh

Großbrittanien:
Selbstorganisierter Widerstand, auf direkten Aktionen beruhend, hat in Großbrittanien spätestens seit den 90ern eine starke Tradition, als eine breite Widerstandsbewegung gegen Thatchers Autobahnprogramm entstand. 2006 fand in England das weltweit erste Klimacamp statt, währenddessen das Kohlekraftwerk Drax von 600 Aktivist_innen lahmgelegt werden sollte. Seitdem gibt es viele Initiativen die an verschiedenen Orten mit radikalen Aktionen versuchen gegen die Kohleindustrie anzukämpfen. Vernetzt sind viele davon im Coal Action Network (http://coalaction.org.uk/). Besonders aktiv sind Aktivist_innen in Schottland wo der meiste Kohleabbau stattfindet (siehe Seite 8). Im Jahr 2008 wurde das erste neue Kohlekraftwerk Großbrittaniens seit 34 bean- tragt, in Kingsnorth. Nach massiven Protesten, mit Großdemonstrationen, Klimacamps und Schornsteinbesetzungen, zog e.on die Pläne für das Kraftwerk zurück.



Wo wird wieviel Kohle gefördert?



USA:
In den USA wird etwa die Hälfte des Stromes durch Kohlekraft erzeugt. "Die Menge der in Kraftwerken verbrannten Kohle wächst jedenfalls im beachtlichen Tempo. 1993, im Jahr der Unterzeichnung der Klimarahmenkonvention, waren es 754,4 Millionen Tonnen, 2007 bereits 951,2 Millionen Tonnen. " (klimaretter.info)



Blockade des Hauptquartiers von Tennessee Valley Authority

In den USA wird "für die Förderung der Kohle in den Apalachen die Landschaft großräumig zerstört. Dort ist man nämlich längst zum Tagebau übergegangen und sprengt ganze Berge weg, um an den Brennstoff für die Kraftwerke zu kommen. 470 zerstörte Berge haben die Tagebau-Gegner gezählt. " (ebd.) In den letzten Jahren stellten sich radikale Anti-Kohle-Aktivist_innen immer wieder mit ihren Körpern in den Weg um die Sprengung der Berge zu verhindern.

Aber auch aus einem bürgerlichen Spektrum wächst der Widerstand gegen die Kohleindustrie. So wurde ein Großteil der 151 seit 2007 geplanten Kraftwerke verhindert - auch durch einen steigenden Widerstand in der Bevölkerung. 2009 fand ein Anti-Kohle-Marsch nach Waschington statt an dem mehrere Tausend Menschen teilnahmen.

Südafrika:
Südafrika ist Vorreiter bei der Kohleverflüssigung. In 3 Fabriken werden hier bereits 25,5 Millionen Liter Diesel, Benzin und weitere Ölprodukte pro Tag hergestellt. Sogar Flugzeuge fliegen inzwischen mit dem Treibstoff aus der Kohle.



Kolumbien:
Vertreibung der Betroffenen durch paramilitärische Einheiten sind hier auf der Tagesordnung:

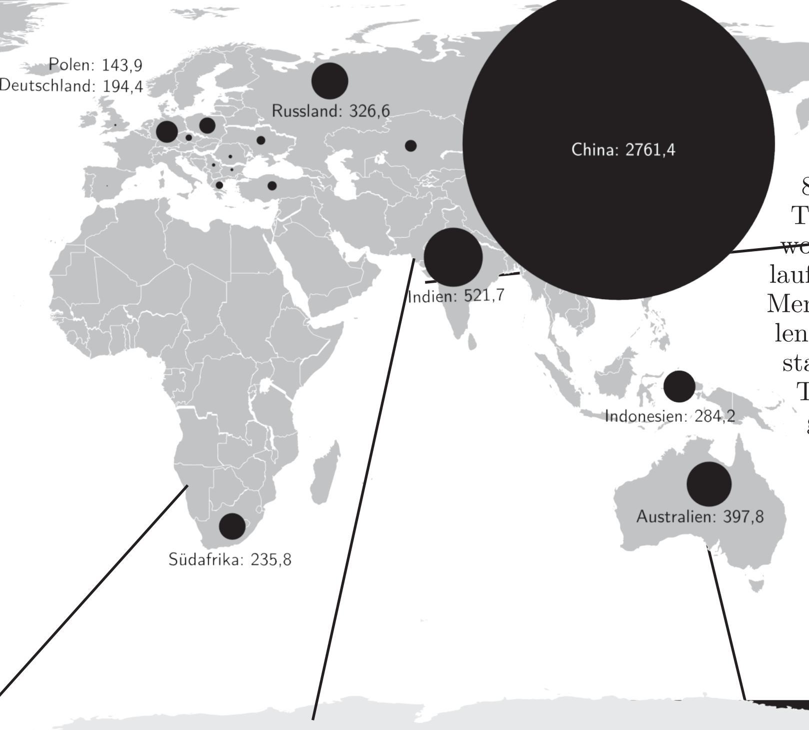
„Private Sicherheitsleute und lokale Behörden zwangen die Menschen ihr Land zu verlassen. Eines Morgens wurden Strom und Wasser abgestellt, die Telefonverbindungen gekappt, Schule und Krankenstation geschlossen, der Friedhof zerstört, die Durchgangsstraße abgeriegelt und der Fluss umgeleitet. Die meisten mussten ihre Häuschen zu einem Dumpingpreis verkaufen, manche wurden gewaltsam von ihrem Grundstück vertrieben“, berichteten Kolumbianer anlässlich eines Besuches in der BRD 2008 (attac-netzwerk.de/itzehoe)

- weltweit

Deutschland:
Abgesehen von der Dorfbesetzung in Lacoma gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz und der anschließenden Baumbesetzungen dort, ist der Anti-Kohle Widerstand in den letzten Jahren von bürgerlichen Kampagnen geprägt gewesen, meist von Bürgerinitiativen gegen Kohlekraftwerken. Vielleicht führen die Anti-Kohle-Aktivitäten, über die hier auf den nächsten Seiten berichtet wird zu etwas mehr direktem Widerstand. Als plattform dafür könnte zum Beispiel die geplante Werkstatt für Alternativen und Aktionen im rheinischen Braunkohlerevier dienen.

China:
Das Wirtschaftsboomland China setzt in der Energieproduktion stark auf Kohle. Wie die Karte zeigt baut China am meisten Kohle ab und verbraucht sogar noch mehr. Die meisten Importe kommen aus Australien. So gut wie täglich wird hier ein neues Kohlekraftwerk gebaut. Ganz aktuell gibt es Auseinandersetzungen in der Süd Mongolei (unter chinesischer Herrschaft) wo China Kohle abbauen will. Am 10. Mai diesen Jahres wurden dort 2 Hirten von einem Kohletruck überfahren, als sie mit 40 anderen Kohlegegner_innen eine Blockade errichteten um Widerstand gegen die Zerstörung der Flächen zu leisten, die sie beweiden lassen. Als daraufhin Petitionen an die Regierung den Abbau zu stoppen nichts halfen, stürmten Betroffene, am 24 Juni (also einige Wochen vor erscheinen dieser Ausgabe) die Abbaufläche und zerstörten das Wasserpumpsystem. Einen Tag später schickte die Regierung 50 Riotcops die die Protestierenden angriffen. Sie schlugen diese und nahmen einige mit. Der Verbleib und der Gesundheitsstatus von ihenen ist unbekannt.

– Weltweite Kohleförderung in Mio t im Jahr 2008



Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Kohle/Tabellen_und_Grafiken

Indien:
Hier steigt die Förderung der Kohle pro Jahr etwa um 8%, was etwa 30 Millionen Tonnen mehr pro Jahr sind. Trotzdem muss Indien dazu noch Kohle importieren. Sowohl Abbauregionen als auch Kohlekraftwerke entstehen am laufenden Band neu. Damit einhergehend die Vertreibung von Menschen und die Zerstörung deren Lebensgrundlagen. An vielen verschiedenen Orten in dem großen Land gibt es Widerstand gegen Abbau und Kraftwerksneubauten, jeden zweiten Tag wird ein solches gebaut. Großdemonstrationen und Hungerstreiks finden fast täglich irgendwo statt. Einige Mobilisationen verliefen sogar erfolgreich und konnten geplante Projekte kippen, wie zum Beispiel geplante Kraftwerke an der Konkan Coast, die nun zumindest woanders gebaut werden müssen. Im März diesen Jahres trafen sich Aktivist_innen aus ganz Indien in Orissa um eine Antwort auf den Coal Boom zu planen und um über Themen wie Energieversorgung und Klimawandel zu diskutieren. Organisiert wurde das Treffen von der "National Alliance for People's Movements" und anderen Gruppen.

Bangladesh:
In Bangladesh wurden 2006 auf einem Anti-Kohle-Marsch mit 70.000 Teilnehmer_innen 3 Menschen von der Polizei getötet und 200 verletzt. Die darauf folgenden Proteste legten für 4 Tage lang das ganze Land lahm und zwangen die Regierung dazu den Kohletagebau zu stoppen, jedoch nur für kurze Zeit. Informationszentren der Betreiberfirma wurden niedergebrannt. Im Oktober letzten Jahres unternahmen zehntausende einen Marsch von der Hauptstadt Dhakar zum Ort der Auseinandersetzung in Phulbari.



Australien:
In Australien findet gerade ein "coal rush" statt. 100 neue Abbauprojekte sind geplant oder in Umsetzung, darunter Megaprojekte wie die "Carmichael mine" mit 60 Millionen Tonnen Förderung pro Jahr. Australien ist schon heute der weltgrößte Kohleexporteur. Der Hafen in Newcastle ist somit auch der weltgrößte Kohleverladungshafen - und eine anfällige Infrastruktur. Im September 2010 wurde er für 10 Stunden blockiert, indem sich Aktivist_innen von den Verladekränen abseilten und diese somit außer Betrieb setzten. Zwei Monate später fand erneut eine Blockadeaktion statt. Diesemal wurden die Zuliefergleise eines Kohlekraftwerkes blockiert. 350 Menschen beteiligten sich an dieser Aktion ausgehend von einem Klimacamp. Einige ketteten sich an den Schienen fest. Bereits 2009 versuchten Aktivist _innen das zweitgrößte australische Kohlekraftwerk "Hazelwood Power Station" abzuschalten durch Ankettaktionen. Aktiv ist zum Beispiel die Gruppe rising tide au-



Widerstand vor Ort und globale Solidarität

Floh Bereits in den letzten Ausgaben des grünen blattes gab es Berichte und Interviews zu den direkten Aktionen gegen Kohleabbau in Schottland, South Lanarkshire. Hier nun ein weiteres Interview über aktuelle Entwicklungen, und globale Vernetzung, passend zum Titelthema über Kohle.



Ihr habt die Besetzung des Happendon Wood Action Camps freiwillig beendet. Hattet ihr nicht mehr genug Ressourcen oder geht es eher um einen Strategiewechsel?

Ein Mix aus beidem. Wir hielten den Wald 9 Monate besetzt und während dieser Zeit ist hier viel passiert. Von kontinuierlichen direkten Aktionen gegen die Infrastruktur von Scottish Coal, bis zur Bildung einer gesellschaftsübergreifenden Kampagne gegen Tagebaue. Während der Zeit stellte Scottish Coal 3 neue Anträge für neue Tagebaue. Das bedeutet, dass der Happendon Wald derzeit nicht bedroht ist. Deshalb entschieden wir, ein paar Monate Pause zu machen vom Waldbesetzungsleben und unseren Fokus anschließend auf die erste der 3 beantragten Minen zu setzten. Das ist Glentaggart East mit einem geplantem Abbau von 4 Millionen Tonnen.

Wie entwickelt sich der Widerstand gegen die 3 geplanten Tagebaue in der Gesellschaft und welche Rolle spielen radikale Umweltaktivist_innen dabei?

Der Widerstand wächst und es gibt mehr Menschen die sich selber ermächtigen und sich an der Kampagne beteiligen. Die Tatsache, dass 3 neue Minen gleichzeitig geplant sind bedeutet, dass alle Orte davon gleichzeitig betroffen sind. Das ist eine gute Gelegenheit dafür, dass diese zusammenarbeiten und weniger isoliert handeln. Es gibt definitiv ein Gefühl von einer gemeinsamen größeren Stärke. Dennoch gibt es trotzdem ein sich gleichzeitig breit machendes Gefühl der Ohnmacht, weil alles was in den letzten Jahren gegen die Minen unternommen wurde, diese noch nicht verhindern konnte. Weil Menschen so krass von Entscheidungsfindungen ausgeschlossen werden, gibt es viele die glauben nichts machen zu können. Die Menschen sind definitiv angepisst. Es ist bloß eine Frage des Plans wie diese Wut in Aktionen umgesetzt werden kann. Die Rolle der Umweltaktivist_innen ist es derzeit einen Knotenpunkt aufzubauen für die Kampagne. Einen Ort der Vernetzung und der Kommunikation mit und unter den lokal Betroffenen. Und ein konstanter Dorn zu sein, gegen die Kohleunternehmen, die lokale Verwaltung mit Aktionen und Negativwerbung.



Derzeit entwickeln sich überall auf der Welt Anti-Kohle Kämpfe auf lokaler Ebene. Im globalen Süden gibt es Aktionen mit Zehntausenden. In einigen Ländern wurden in den letzten Monaten Aktivist_innen ermordet. Aktivist_innen von Coal Action Scotland haben vor kurzem eine Aktion in Solidarität mit den Widerständen in der Süd-Mongolei gegen die chinesischen Kohlepläne gemacht. Kannst du etwas über die Aktion erzählen und über eure Überlegungen, wie und ob es





möglich ist eine globale Bewegung gegen Kohleabbau und -verbrennung aufzubauen?

Wir hielten eine Kundgebung vor der chinesischen Botschaft in Edinburgh ab – in Solidarität mit den mongolischen Gemeinschaften, um sie soweit möglich zu unterstützen und um in Schottland das Bewusstsein zu dem Thema zu steigern. Während wir uns hauptsächlich auf den Kohleabbau in Großbritannien fokussieren, ist es immernoch so, dass Großbritannien 3-mal soviel Kohle importiert, wie es selber abbaut. Deshalb versuchen wir Wege zu finden um Verlinkungen mit den Kämpfen im globalen Süden herzustellen. Zum Beispiel luden wir die „Tödliche Kohle Tour“ aus Indonesien ein, und vernetzten uns mit kolumbianischen Gemeinden, die unter den Auswirkungen von Kohleabbau leiden. In Bezug auf das Formen einer globalen Bewegung gegen Kohle ist das eine schwere Frage: Wir haben in den letzten Jahren, durch die Erfahrungen der UK Klimacamps, versucht unsere Kämpfe so weit wie möglich lokaler werden zu lassen und uns darauf zu fokussieren, was wichtig für die lokale Bevölkerung ist, ökologische und soziale Kämpfe zu verbinden. Wir versuchen Bewegungen zu verbinden und Unterstützung und Solidarität zu geben wenn wir können. Wir organisierten demletzt eine einwöchige Veranstaltung „Die wahren Kosten der Kohle“ über Bergbau in den Appalachen (USA). Ich persönlich glaube nicht, dass große internationale Organisationen effektiv sind. Sie tendieren dazu sich zu institutionalisieren und sich von den konkreten Aktivitäten und Kampagnen zu entfremden. Vielleicht könnte ein Modell von lokalen, autonomen Aktivitäten mit einer Betonung auf Solidarität und Unterstützung für andere Bewegungen effektiv sein.

Ich habe gehört, dass „Friends of the Earth Scotland“ den CCS-Plänen positiv gegenübersteht. Kannst du etwas darüber sagen, und was du glaubst was die Motivationen dieser NGO ist und was eure Position zu CCS ist?

Einige Umwelt NGOs in Schottland, wie der WWF (World Wildlife Fund), Friends of the Earth Scotland, and WDM (World Development Movement) haben die Position, dass CCS helfen kann die CO2 Emmissionen drastisch zu reduzieren. Deshalb unterstützen sie den Neubau des Longannet Kohlekraftwerks (das drittgrößte Europas) mit CO2 Abscheidung und -Speicherung. Unsere Meinung ist, dass CCS ein grünes Deckmäntelchen ist und dass technikfixierte Lösungen auf der Grundlage der Agenda des grünen Kapitalismus' keine echten Lösungen sein können, sondern eine Verschlimmbesserung des Problems. Die NGOs sind Teil bürgerlicher Infrastruktur und oft Teil des Problems und nicht der Lösung. Die Lösung in diesem Fall wäre ganz einfach das Kraftwerk abzuschalten.

Was sind eure nächsten geplanten Aktivitäten?

Während des Sommers machen wir eine „Community Roadshow“ durch die vom Tagebau betroffenen Orte in South Lanarkshire als Teil unserer Bestrebungen die Glentaggart East Mine zu verhindern. Und wir organisieren ein zweites Outdoor Skillshare vom 26. bis zum 29. August. Wir hoffen, dass das „skillshare“ ein Brennpunkt sein wird, für Menschen die an direkten Aktionen zu Umweltthemen arbeiten um zusammen zu kommen, Fähigkeiten zu teilen und die Bewegung zu stärken. Es wird sich auf die Fähigkeiten fokussieren die benötigt werden, um eine Fläche zu verteidigen und zu besetzen und erfolgreich in unseren Kämpfen zu sein.

Ich persönlich glaube nicht, dass große internationale Organisationen effektiv sind. Sie tendieren dazu sich zu institutionalisieren und sich von den konkreten Aktivitäten und Kampagnen zu entfremden.

Räumung der Anti-Kohle-Besetzung „Huntington Lane“

Eine aktuelle Waldbesetzung gegen Kohleabbau in England, das „Huntington Lane Protest Camp“ ist gerade akut räumungsbedroht. Seit 18 Monaten wurde dieser Wald besetzt um die Ausweitung des Abbaus zu stoppen. „Klimawandel wird durch diese Dummheit verursacht. Und wir ziehen hier die Linie“ sagt eine Aktivistin. Die Menschen in dem Camp rufen dazu auf dazuzukommen und sie dabei zu unterstützen der Räumung zu widerstehen. Weitere Infos unter: defendhuntingtonlane.wordpress.com
Stand: 15. Juli

Energiekämpfe im Rheinischen Braunkohlerevier

Widerstand gegen den fossilen Energieriesen RWE – für ein lebenswertes Klima weltweit

Dattel Energiekämpfe sind sexy. Spätestens nach dem massiven Widerstand gegen den Castor im letzten Jahr und der atomaren Katastrophe in Fukushima ist die Frage um die Energieversorgung im tagespolitischen Geschehen Deutschlands dauerhaft präsent. Die herrschende Clique aus Politik und Energiekonzernen versucht seitdem ihre Energiewende an die empörten Bürger_Innen zu verkaufen, um einen Keil zwischen der radikalen Anti-Atom-Bewegung und der aus Angst bewegten Mitte der Gesellschaft zu treiben. Mit dem Kriechgang-Atomausstieg ist ihnen der Coup gelungen, um die Bewegung zu verunsichern und nachhaltig zu schwächen. Die Forderung nach einem sofortigen Atomausstieg wirkt unzeitgemäß im Kontext des Appells der Herrschenden nach einer Fertigstellung der in Bau befindlichen Kohlekraftwerke und der Förderung von großen Offshore Windparks. Zwar trieb die Atomfrage Hunderttausende auf die Straße und ins Wendland, aber sie ist ohne Anknüpfungspunkte der Schwachpunkt einer Bewegung, die sich nach einer anderen Energieversorgung sehnt.

Wie weiter nach dem atomaren Frühling?

Die Appelle der Massen nach Veränderung an wen auch immer bilden heute, wie auch auf den großen Wirtschafts- und Klimagipfel der letzten Jahre, keine Perspektive für eine Energiebewegung. Die moralische Verwerflichkeit des Big Buisness und der Politik mag argumentativ richtig sein, sowie auch das Festhalten der Ideale von Klimagerechtigkeit, aber ohne eine Konfrontation mit der Macht bleiben sie wirkungslos und schaffen letztlich Ohnmacht. Daher sollten Energiekämpfe die Auseinandersetzung mit den vier großen Energiekonzernen suchen und ihre Schwachstellen ausmachen. Das Image der großen Vier ist durch ihre korrupte Lobbypolitik in Verruf und ihr Handlungsspielraum wird geringer, da sie auf eine zentralisierte Stromerzeugung aus Großkraftwerken angewiesen sind. Diese haben einen ständigen Bedarf an fossilen Energieträgern, welche immer knapper werden. Das autoritäre Herrschafts- und Produktionsmodell von RWE und den anderen gerät an seine Grenzen und die dauerhaften Krisen bedrängen ihre Bilanzen. Ihrer Mehrwertproduktion fallen immer mehr Arbeitsplätze zum Opfer, die den Rückhalt der lokalen Bevölkerung schwinden lässt.

Kristallisationspunkte für Energiekämpfe

Eine emanzipatorische Energiebewegung braucht Kristallisationspunkte, um wirkungsvollen Widerstand zu leisten. Dies beweisen die Castortransporte ins Wendland alle Jahre wieder. Um die großen Energiekonzerne aber ins Wanken zu bringen genügt nicht ein einzelner Ort mit Erfolg versprechenden Aktionsmöglichkeiten. Wir brauchen viele Kristallisationspunkte an denen auch über Jahre Widerstand aufgebaut und radikalisiert wird. Zusammen mit lokalen Akteuren, Bürgerinitiativen, radikalen Linken und anderen. Energiekämpfe leben von ihrer Vielfalt. Diese reichen von Direkten Aktionen in Kleingruppen, über massenhaften zivilen Ungehorsam bis zu Rekommunalisierung von Stromnetzen. Dabei werden Erfahrungen der sozialen und ökologischen Kämpfe in Deutschland, aber auch darüber hinaus, wie der Klimabewegung in Großbritannien oder den USA, eine wichtige Rolle spielen. Der Aufbau einer Klima- und Energiebewegung von unten kann über die Strategie der Energiekämpfe gelingen, die als Klammer den Protest zusammenhält. Als gemeinsames Ziel sollten die Akteure dabei aber nicht hinter einer wirklichen Energiedemokratie zurück bleiben. Damit gemeint ist eine dezentrale, basisdemokratische, 100% erneuerbare und soziale Energieversorgung für alle. Ohne eine Vergesellschaftung und Zerschlagung der vier großen Energiekonzerne wird dies nicht möglich sein und auch nicht durch eine Trennung der ökolgischen Frage mit der Sozialen. Kein grüner Kapitalismus und kein Extraktivismus, also Ausbeutung der fossilen Energiequellen besonders auf Kosten des Globalen Südens, sondern demokratische Organisation der Wirtschaft von unten für die Bedürfnisse des Menschen.

Das gute Leben für alle

Vergessen werden darf bei der aus praktischen Gründen doch sehr national orientierten Strategie von Energiekämpfen nicht, dass der Kapitalismus und der fortschreitende Klimawandel fatale Folgen für die Menschen im Globalen Süden hat. Daher führt auch kein Weg um eine radikale Wachstumskritik, die viele NGOs in ihren Energieszenarien gerne ausblenden. Das heißt auch eine Ablehnung des Rohstoffregimes der Industrieländer, die ihre Energieversorgung nur durch militärische Kontrolle der fossilen Energiequellen in den Entwicklungsländern und der Transportwege aufrecht erhalten können. Um die daraus resultierenden Flüchtlingsströme aufzuhalten werden die Grenzen der Festung Europa durch den Einsatz von immer mehr Sicherheitskräften dicht gemacht. Energiekriege und Migrationsabwehr sind die Kehrseite des nationalen, fossilen Kapitalismus. Deshalb gilt es nicht nur auf die Gefahren im deutschen Vorgarten der Atom- und Kohlekraftwerke



Das diesjährige Klimacamp im rheinischen Braunkohlerevier, das zum Kristallisationspunkt für Klima- und Energiekämpfe gemacht werden soll





Blockade der Kohlebahn im rheinischen Braunkohlerevier durch die Kampagne „Wer andern eine Grube gräbt“ im Herbst 2010

hinzuweisen, sondern die lokalen Kämpfe weltweit gemeinsam zu denken. Kein Paternalismus nach dem Muster des Technologieexports, sondern eine selbstbestimmte Entwicklung aller Gesellschaften jenseits des Kapitalismus, also ein gutes Leben für alle. Wir gehen verschiedene Wege, aber kämpfen gemeinsam. Wir sind Indigene, Bauern und Bäurinnen, Arbeiter_innen, Anarchisten_innen und vieles mehr.

Wir verzichten gerne auf das Elend der (Post)Moderne

Die große Herausforderung für eine Klima- und Energiebewegung wird darin bestehen die Ziele nicht einfach nur als Ideal zu betrachten, sondern diese auch erlebbar zu machen. Dabei darf nicht beim Wechsel zum Ökostromanbieter stehen geblieben werden, sondern es müssen praktische Perspektiven entwickelt werden, die eine Alternative zu dem zermürbenden Hamsterrad der postmodernen, kapitalistischen Gesellschaft aufzeigen. Deshalb verzichten wir gerne auf das Elend dieser Gesellschaft. Auf den permanenten Lärm der Maschinen und Autos, der Verschmutzten Luft durch Feinstaub und hochgiftiger Stoffe, dem dreckigen Wasser durch Industrieabfälle und den für Konsumzwecke betonierten Landschaften. Auf ein Leben bestimmt durch Wachstums- und Fortschrittsideologien, die den Menschen von der Natur abkoppeln und lebenswichtige und wertvolle Kreisläufe zerstören.

Auf zum Klimacamp im rheinischen Braunkohlerevier!

Vom 26.08-04.09.2011 werden verschiedene Klimaaktivist_Innen ein Klimacamp in Manheim im rheinischen Braunkohlerevier veranstalten und versuchen diese Ambitionen umzusetzen. Wir wollen durch vielfältigen Protest Widerstand gegen den größten Klimakiller Europas RWE leisten. Auch im letzten Jahr erreichten die weltweiten CO_2 Emissionen einen neuen Höchststand und machen jede Verhandlung zur Einhaltung von irgendwelchen Grad Zielen, die Katastrophenszenarien verhindern sollen, zum inszenierten Scheinaktivismus. In Deutschland erlebt gerade die sogenannte „heimische“ Braunkohle eine neue Renaissance. Mit 160 Millionen Tonnen ist Deutschland weltweit Spitze bei der Braunkohleförderung, der klimaschädlichsten Energiequelle überhaupt. Wie auch bei der Atomkraft wird das Lied der Brückentechnologie angestimmt, um die Bürger_Innen einzulullen. Das rheinische Braunkohlerevier ist das größte Braunkohleabbaugebiet in Deutschland und umfasst drei Tagebaue in denen die größten Bagger der Welt bis zu 500 Meter tief RWEs Bilanzen aufpäppeln. Für die lokale Bevölkerung hat dies fatale Auswirkungen. Tausende werden umgesiedelt, ganze Dörfer weggebaggert und ökologisch wertvoller Wald abgeholzt. In dem Gebiet, das sich zwischen Köln, Aachen und Düsseldorf erstreckt hält der Filz von der lokalen Politik und RWE den Deckel über empörte Anwohner, damit die zerstörerische Geldmaschine am Laufen bleibt. RWE will in diesem Jahr außerdem den ersten Block seines neuen Riesenbraunkohlekraftwerks Neurath 2 ans Netz bringen und die Pläne für eine Erweiterung vom Kraftwerk Niederaussem liegen schon in der Schublade. Die Infrastruktur der Braunkohleförderung eignet sich bestens für radikale Aktionen. So betreibt RWE das größte private Schienennetz, um seine Kraftwerke zu versorgen. Aber auch die Wälder und Tagebaue bieten viele Möglichkeiten das kleine Imperium von RWE ins Wanken zu bringen. Das Camp versteht sich als Teil einer Energiebewegung und möchte ein Ort des guten Lebens sein. Um sich zu vernetzen, weiterzubilden, gemeinsam Erfahrungen zu machen und im Selbstversuch voran zu schreiten. Schon in den letzten Jahren gab es immer wieder Protest gegen die Braunkohletagebaue, wie im Sommer 2010 ein Klimacamp und im Herbst eine Schienenblockade. Wir wollen das rheinische Braunkohlerevier zu einem Kristallisationspunkt machen und auch über das Camp hinaus eine Kampagne gegen RWE und Braunkohle organisieren. Setzt euch mit uns ein für eine basisdemokratische, soziale, 100% erneuerbare und dezentrale Energieversorgung. RWE den Stecker ziehen – für ein lebenswertes Klima weltweit!

www.klimacamp2011.de

Klima- und Energiecamp in der Lausitz

(Aufruf des Klimacamps) Das Klimachaos scheint nicht mehr aufzuhalten zu sein: Mit extremen Wetterverhältnissen, der Versteppung ganzer Regionen, dem Anstieg des Meeresspiegels und der Bedrohung der Lebensgrundlage vieler Menschen schreitet der Klimawandel voran. Nach den Ereignissen in Fukushima scheint sich die energiepolitische Debatte zu verändern. Aber anstatt konsequent auf erneuerbare Energien zu setzen und die fossilen Brennstoffe im Boden zu lassen, wird Kohlekraft mit CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage) als Alternative zur Atomenergie propagiert.

Wir nehmen das nicht hin! Wir wollen an Auseinandersetzungen um Klimagerechtigkeit anknüpfen und mit einem Camp Alternativen zum „business as usual" denken, leben und erstreiten. Wir werden uns in lokale Energiekämpfe mit der Forderung nach Energiesouveränität, nach selbstbestimmter Energieproduktion, einbringen.

Herbst 2010: Tausende Menschen gehen beim Castortransport auf die Schienen, um gegen den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke zu protestieren. An verschiedenen Orten wehren sich Bürgerinitiativen gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke, Braunkohletagebaue und CO_2-„Endlager". All diese Proteste richten sich gegen eine Politik, die im Interesse einiger Konzerne auf großtechnische Lösungen setzt. Diese Politik bietet keine adäquate Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Die sozial-ökologische Krise erfordert einen Strukturwandel, in dem kein Platz für große Grundlastkraftwerke ist – egal ob mit Kohle oder Atom betrieben. Denn diese stehen einer dezentralen, partizipatorisch gestaltbaren und flexibleren Energieversorgung im Wege.



Sommer 2011: Nach dem Klimacamp 2008 in Hamburg, den Protesten gegen den Klimagipfel 2009 in Kopenhagen und „Castor? Schottern!" im Herbst 2010 rufen wir auf zum Klima- und Energiecamp 2011 in der Lausitz/Brandenburg.

Was ist ein Klimacamp?
Ein Klimacamp ist ein Raum für Vernetzung, Wissensaustausch und Diskussion sowie widerständige Praxis und direkte Aktion. Dabei soll das Camp auch ein Experimentierfeld für ein anderes Leben sein: Ressourcenschonendes Leben ist ein ebenso elementarer Bestandteil des Camps wie basisdemokratische Selbstorganisation.

Die Bundesregierung hat am 13. April 2011 einen Entwurf für ein Gesetz zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, Transport und dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (CO_2) beschlossen. Die Haftung für die risikoreichen unterirdischen „Endlager" soll laut Entwurf nur während der ersten 30 Jahre bei den Energiekonzernen liegen. Danach wird die Öffentlichkeit über Jahrhunderte hinweg für die entstehenden Schäden aufkommen müssen.

Brandenburg wird im Kampf gegen die unterirdische CO_2-Verpressung das Zünglein an der Waage sein. Denn es ist das einzige Bundesland, in dem die Entwicklung von CCS von der Landesregierung unterstützt wird. Die erste CCS-Demonstrationsanlage eines ‚kohlendioxidarmen Kraftwerkes' und damit der Bau eines zusätzlichen Kraftwerkblocks soll im Vattenfall-Braunkohlekraftwerk Jänschwalde bis 2016 entstehen. Erste Baumaßnahmen haben bereits im Januar 2011 begonnen. Das Kraftwerk ist der drittgrößte Klimakiller Europas.

Mithilfe der CCS-Technologie soll CO_2 an Kohlekraftwerken abgeschieden, verflüssigt und unter die Erde gepresst werden. Die Risiken und Fol-

gen der unterirdischen CO2-„Endlagerung” sind nicht kalkulierbar. Ob das CO2 im Boden bleibt, wieder an die Oberfläche tritt oder das Trinkwasser verunreinigt, ist unklar.

Die CO2-Abscheidung am Kraftwerk führt zu riesigen Effizienzverlusten. Zur Produktion der gleichen Menge Strom muss etwa ein Drittel mehr Kohle eingesetzt werden. Die Technologie rentiert sich somit nur für Großkraftwerke und zementiert die zentralisierte Energieproduktion. Deshalb verstehen wir den Widerstand gegen CCS und Kohleverstromung als Teil von Energiekämpfen und solidarisieren uns mit Atomkraftgegner_innen.

Energiekonzerne nutzen das Scheinargument der „sauberen Kohle“ durch CCS, um am Klimakiller Braunkohle und den alten Strukturen festzuhalten. Allein für die Braunkohletagebaue in der Lausitz mussten über 30.000 Menschen in 136 Dörfern den Baggern weichen. Durch die geplante Erweiterung des Braunkohletagebaus Jänschwalde-Nord würden als nächstes die drei Ortschaften Kerkwitz, Grabko und Atterwasch von der Landkarte verschwinden.

Die Propaganda der großen Energiekonzerne will uns vorgaukeln, Klimaschutz sei ohne grundlegenden sozial-ökologischen Strukturwandel in der Gesellschaft möglich. Die bestehende, allein auf Profitmaximierung ausgerichtete, Wirtschaftsweise befindet sich jedoch in einem unauflösbaren Widerspruch zu den Bedürfnissen der Menschen und den ökologischen Rahmenbedingungen.

Wir fordern Klimagerechtigkeit statt Wachstumszwang. Dazu bedarf es der prinzipiellen Infragestellung unserer Produktions- und Konsummuster. Die Folgen des Klimawandels als Konsequenz von 200 Jahren Industrialisierung im globalen Norden treffen hauptsächlich Regionen, die vom dadurch erzeugten Wohlstand nie profitiert haben. Solidarität mit den Leidtragenden besteht auch in der Forderung nach Bewegungsfreiheit. Wir müssen Verantwortung übernehmen, deswegen: Klimagerechtigkeit jetzt!

Im Klima- und Energiecamp wollen wir selbstbestimmt, herrschaftskritisch und Ressourcen schonend Utopien, Ziele und Strategien für einen gerechten Umgang mit Energie entwerfen. Bislang marginalisierte Perspektiven werden wir mit Kreativität und Aktionen Zivilen Ungehorsams Geltung verschaffen. Das Camp ist international ausgerichtet und wird unter anderem von einem deutsch-polnischen Anti-Atom-Bündnis mitorganisiert. Kommt vorbei. Packt mit an. Kämpft mit. Gegen „CO2-Endlager”. Für Klimagerechtigkeit und Energiesouveränität!

Klimaradtour zwischen den Camps

15.–26. August: Klimacamp-Vernetzungs-Radtour von der Lausitz ins Rheinische Braunkohlerevier

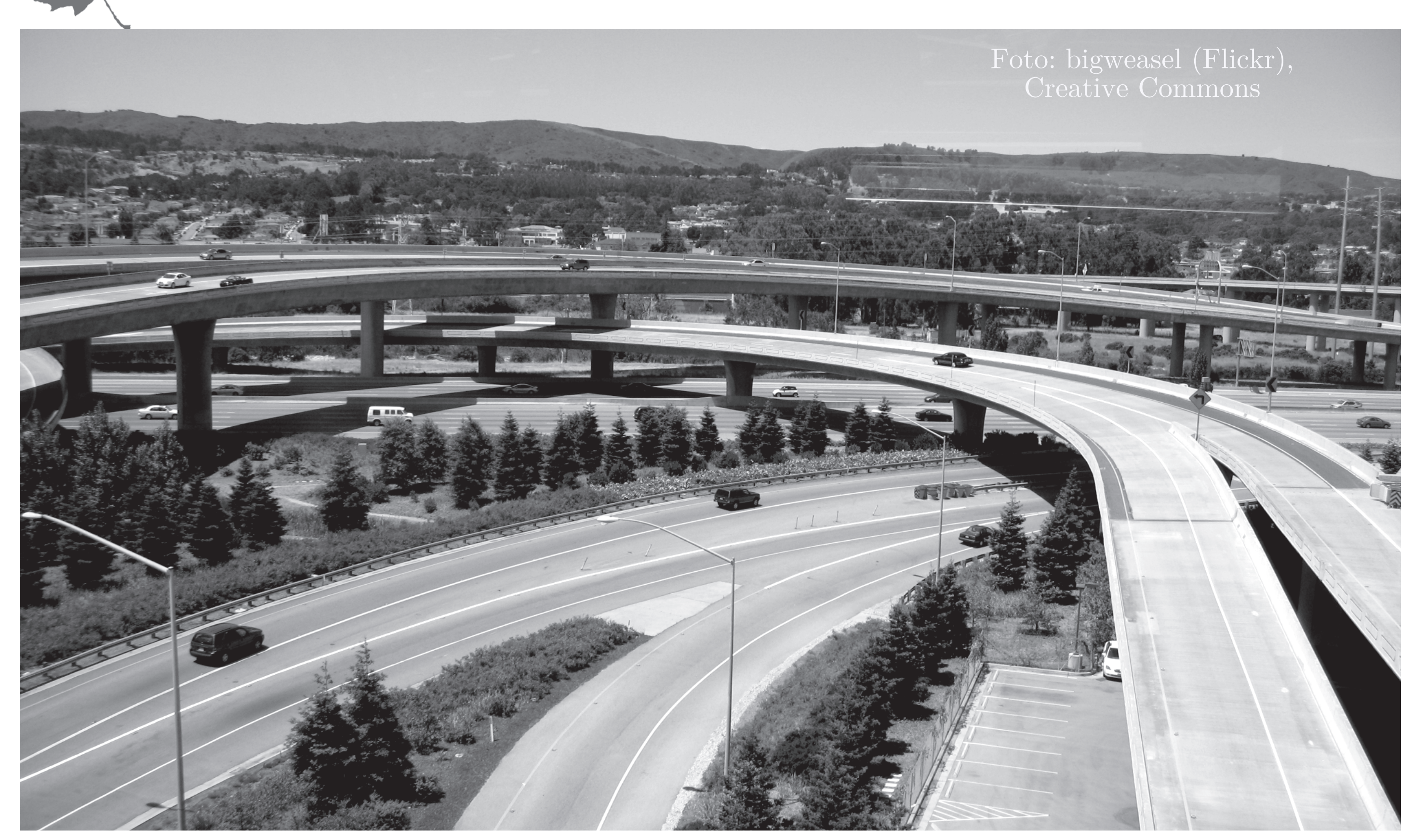
Diesen Sommer werden in Deutschland zwei Klimacamps stattfinden, welche sich beide vor Ort gegen den Abbau der klimaschädlichen Braunkohle richten. Um beide Camps miteinander zu verknüpfen, ist eine Fahrradtour von einem Camp zum anderen geplant. Ebenfalls wollen wir durch die Tour die Sichtbarkeit einer Graswurzelbewegung, die sich gegen die Klimazerstörung entwickelt, in die Breite tragen. An vielen Orten werden wir mit Menschen zusammenkommen, um uns zu vernetzten, zu diskutieren oder gemeinsam kleine Aktionen zu unternehmen.

Du bist auf beiden Camps dabei oder hast einfach Lust auf Sommer, Radfahren und nette Leute? Dann schnapp dir dein Fahrrad und komm mit! Die gut zehn Sommertage zwischen den beiden Camps eignen sich perfekt für eine Radtour von der Lausitz ins Rheinische Braunkohlerevier. Dabei werden wir nicht nur klimaneutral unterwegs sein, sondern auf unserem Weg einige Stationen anfahren, bei denen wir uns mit Menschen aus der Klima- und Umweltbewegung austauschen. Je nach Lust und Laune eignet sich die Tour auch für Straßentheater-Aktionen u.a. Daneben kommen natürlich Pausen am Badesee und gemütliche Abende am Lagerfeuer nicht zu kurz.

Route, Zwischenstationen und Aktionen werden wir entweder im Vorfeld über unseren Verteiler oder/und vor Ort auf dem Lausitzcamp gemeinsam planen. Wenn du Fragen oder Anregungen hast oder auf den Verteiler gesetzt werden willst schreib eine E-Mail an rad-und-tat@riseup.net. Wer sich erst auf dem Camp spontan entschließen möchte, ist ebenfalls herzlich eingeladen!



Straßentheater auf der „Cycling forChange Tour“ zum Klimacamp in kopenhagen, 2009


Foto: bigweasel (Flickr), Creative Commons

Kohle in den Tank?

Floh **Peak Oil, das Öl wird knapp. Bei allem was nun alternativ in den Tank kommt, laufen die Greenwashingversuche auf Hochtouren, wie beim Agro-Sprit. Nicht so leicht dürfte das bei der Kohleverflüssigung sein. Eine Technologie, bei deren Umsetzung Autofahren doppelt so klimaschädlich würde.**

Peak Oil - Was passt alles in den Tank?

Der motorisierten Individualverkehrsgesellschaft geht das Öl alle. Das ist keine neue Nachricht und im Prinzip auch kein Grund zum Trauern. Ich jedenfalls werde stinkende Blechkisten in den Städten und auf sonstigen Straßen nicht vermissen. Im Gegenteil kann ich einige Kreativität bei Überlegungen entfalten, was an den heute von Automobilen dominierten Orten stattdessen entstehen könnte. Leider gibt es dabei einige Probleme und die Rechnung „kein Öl“ = „kein motorisierter Individualverkehr mehr“ geht nicht auf. Obwohl es im Kontext des bevorstehenden Klimachaos notwendig wäre, schon vor dem Ende des Öls auf dessen Verbrennung zu verzichten, sind gegenteilige Anzeichen zu beobachten: Der globalisierte, industrielle Kapitalismus, dessen Akkumulation stark auf den motorisierten Verkehr angewisen ist, sei es über den Absatz von Automobilen, oder über den Straßentransport von Waren, handelt wie ein Suchtabhängiger der befürchtet, dass die Droge ausbleiben könnte. Alles Vorfindbare wird zur Droge verflüssigt. Ohne Rücksicht auf Verluste und Zerstörungen. Der aktuell vielen bekannte Versuch ist Bioethanol. Lebensmittel (oder mit solchen konkurrierenden Pflanzen) werden als Benzinersatz zu Ethanol verflüssigt. Die Auswirkungen sind bekannt: Anstieg der Lebensmittelpreise, Verschärfung der Hungerkrisen im globalen Süden und neuerdings auch in geringeren Entfernungen der Industriezentren, rasante Beschleunigung der Zerstörung der letzten Regenwälder und Vertreibung der dort lebenden Menschen.

Im Mainstream-Diskurs weniger bekannt ist der Abbau von Tar Sands in Kanada (vieleicht weil das daraus gewonnene Öl nicht gefährlich für die Innereien des eigenen Autos ist?). Dort sind mehr Barrel Öl als die Menge der noch verhandenen (bekannten) konventionellen (flüssigen) Ölreserven in teerhaltigen Sanden gebunden. Die Extraktion lohnt sich erst jetzt: Wegen der steigenden Ölpreise und dem Peak Oil (der Punkt an dem global die höchste Fördermenge erreicht ist, anschließend also rückläufig ist, bei derzeit ansteigendem Ölverbrauch). Da sich die Teersande allerdings unter borealem Nadelwald befinden, ist die Bedingung für das schwarze Gold also diese zuerst zu roden, was derzeit in einer Größenordnung der Fläche Großbritanniens geschieht. Als erster Testlauf sozusagen. Die Tendenz ist also klar: Der Drogenabhängige erhöht seinen Zerstörungswillen angesichts der Angst vor dem Entzug. Dabei gibt es zwei Dinge, die beim Kampf gegen das Klimachaos unerlässlich sind: Die Verbrennungsenergieträger aufzugeben und den Trend der abnehmenden globalen Waldflächen in einen ansteigenden umzuwandeln. Bei beiden oben geschilderten Technologien geschieht in beiden Punkten das Gegenteil.

Deutsches Benzin

Es gibt aber noch eine dritte Möglichkeit mit der sich der Kapitalismus dem Ausgehen der flüssigen Antriebsenergieträger erwehren mag: Die Kohleverflüssigung. Derzeit noch im Teststadium (nur in Südafrika schon im kommerziellen Stadium, wo ein drittel der Autoflotte und sogar Flugzeuge mit dem flüssigen Kohlekraftstoff betrieben werden) ist diese Technologie eigentlich eine altbekannte. Die Kohleverflüssigung besitzt eine sehr deutsche Geschichte: Anfang der 20er

Jahre wurde das Herstellungsverfahren der Kohlehydrierung in Deutschland erfunden und ab Ende der 20er Jahre in den Leunawerken der I.G. Farben, dem Nachfolgeunternehmen der BASF, kommerziell eingesetzt. 1932 gab es eine Besprechung zwischen I.G. Farben-Bossen und Hitler, in der dieser über den strategischen Nutzen der Kohleverflüssigung aufgeklärt wurde. Daraufhin gab es einen Deal, der die I.G. Farben nach 1933 zum Treibstoffunternehmen der Wehrmacht machte und die Unterstützung der Kohleverflüssigung zusagte. Denn die Notwendigkeit der Kohleverflüssigung für die Wehrmacht war klar: Das heimische Öl reichte nur für 30 % der benötigten Antriebskraftstoffe, zudem war es durch seinen hohen Gehalt an Schwer- und Schmierölen für die Entwicklung von Flugzeugkraftstoffen kaum brauchbar. Aus Kohle hergestelltes Benzin, auch „deutsches Benzin“ genannt, bot also die technische Möglichkeit für den Zweiten Weltkrieg. Als viele der Raffinerien 1945 zerbombt wurden, war das ein maßgeblicher Grund für die Niederlage des Faschismus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Entwicklung der Kohleverflüssigung in Westdeutschland kaum weitergeführt. Gegen das billige Öl war sie nicht konkurenzfähig. In der DDR wurde sie erst Anfang der 70er eingestellt. Aktuell naht die Grenze der Rentabilität für die Kohleverflüssigung. In anderen Ländern wird bereits daran geforscht, in Deutschland noch nicht. Das bringt zum Beispiel den Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt) zum jammern:

„Eine bestehende kleine Versuchsanlage der Deutschen Montan-Technologie (DMT) wurde vor nicht allzu langer Zeit nach China (!) verkauft. In anderen Ländern sieht dies anders aus: In Südafrika arbeitet eine entsprechende Anlage mit einer Leistung von 175.000 Barrel pro Tag und auch China ist an entsprechenden Einrichtungen interessiert. Wie ersichtlich wird, ist die Kohleverflüssigung ein immer weiter um sich greifendes Thema. Gerade das Interesse von Ländern wie beispielsweise China sollte uns hellhörig machen. Nur bei Vorliegen des entsprechenden know-hows wird es Deutschland möglich sein, von diesem Bereich zu profitieren – und das gleich in zweifacher Hinsicht: Zunächst durch die Exportmöglichkeiten. Wird das seit damals ruhende Wissen reaktiviert und fortentwickelt, so kann die deutsche Wirtschaft diesen Wettbewerbsvorsprung auf den internationalen Märkten ausnutzen. Eine Vorreiterrolle in Bezug auf spezielle Technologien bringt immer die Möglichkeit größerer Gewinnmargen mit sich, die wiederum Arbeitsplätze in Deutschland schaffen bzw. erhalten. Dies betrifft sowohl den Steinkohlenbergbau wie auch seine Zulieferindustrien. Als zweiter positiver Punkt ist die Versorgungssicherheit hervorzuheben. Nicht nur, dass durch den dann ausgeweiteten Bergbau ein verbesserter und damit schnellerer Zugriff auf die deutschen Steinkohlelagerstätten ermöglicht wird. Zusätzlich wird auch die Versorgung mit Erdöl stabilisiert und von den arabischen Ländern bzw. der OPEC abgekoppelt. Dies löst Deutschland in gewissem Maße vom internationalen Markt für Rohöl los und stärkt zudem die grundsätzliche Verhandlungsposition.“

Ganz ohne deutsche Technik geht das aber natürlich doch nicht: „Als Anlagenausrüster ist Deutschland schon dabei. Monteure des Hochdruckpumpenherstellers Uraca, Bad Urach, bauen gerade wesentliche Komponenten für die weltweit erste Industrieanlage zur Kohleverflüssigung in China auf.[1]“ Die Frage ob die Kohleverflüssigung in der aktuellen klimapolitischen Lage sinnvoll ist, wird durchgehend ignoriert. Das alleinige Interesse gilt der deutschen Wirtschaft, die diese Chance des Wissensvorsprungs nicht verpassen darf. Während bei den erneuerbaren Technologien, wo Deutschland ebenfalls marktführend ist, die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie gepredigt wird (in Wirklichkeit die Vereinbarkeit deutscher Wirtschafsinteressen mit einem grünen Deckmäntelchen) ist in diesem Falle die Ökologie nicht der Rede wert. Unter dem Konkurrenzdruck der Standortpolitik muss den nationalökonomischen Interessen eben alles andere untergeordnet werden.

Die Klimafolgen der Kohleverflüssigung

Wie anfangs bereits erwähnt kann die entscheidende Frage aus einer klimapolitischen Sicht nicht lauten: „Wie ersetzen wir das ausgehende Öl mit möglichst wenig Mehrverschmutzung als durch das Erdöl ohnehin anfällt?“ sondern: „Wie schaffen wir es so schnell wie möglich auf die Verbrennung aller fossilen Ressourcen zu verzichten und welche gesellschaftlichen Strukturen sind dafür nötig?“ Denn es ist nicht gewiss, ob bei dem derzeitigen CO_2-



Leuna-Wek, Destillationsanlagen in der Treibstofferzeugung, 1959
Foto: Bundesarchiev, Creative Commons



Leuna-Tanksäule für "Kohle-Benzin" vor den Ruinen der Dresdner Lukaskirche
Foto: Deutsche Mediathek, Creative Commons

Anteil in der Atmosphäre positive Rückkopplungseffekte, die den Klimawandel verselbstständigen würden noch aufzuhalten sind oder nicht. Jeder Tag, den es länger dauert die fossilen Energieträger nicht mehr zu verbrennen, verschlechtert die Chancen. Vor diesem Hintergrund muss mensch also die skrupellose Einforderung von Technologien sehen, die eine mehr als doppelt so schlechte Klimabilanz haben als die des Status Quos. Bei der Kohleverflüssigung sind „pro Tonne des gewonnenen synthetischen Treibstoffs (...) zwei Tonnen Kohle als Ausgangsstoff erforderlich, und die zweite Tonne endet letztlich ohne weiteren Nutzen als „Extra-Kohlendioxid“[2] Die Frage, ob durch Peak Oil auf weit klimaschädlichere Ersatz-Benzine als Kraftstoffe umgestellt wird oder stattdessen verkehrstechnische Konzepte umgeschmissen und ökologisch und sozial neu erfunden werden, ist vielleicht der wichtigste Punkt, durch den das Niveau des kommenden Klimachaos geprägt wird.

Warum aktuell seitens kapitalistischer Akteur_innen eigentlich fast ausnahmslos an Verbrennungsmotoren festgehalten wird, anstatt auf Stromantrieb umzustellen, ist eine kapitalismustheoretische Fragestellung, die hier nicht beantwortet werden kann. Denn eine flächendeckende Umstellung der Autoflotten und der dazugehörigen Infrastruktur auf Stromantrieb würde den Absatz enorm steigern – da während einer gewissen Übergangszeit alle Autofahrer_innen eine neue Karre kaufen müssten. Ist es die Macht gewisser Lobbygruppen, die an Verbrennungsmotoren festhalten will, nationale Anreize, die den Autobauern durch nationalökonomische Interessen gesetzt werden, oder profitrationalen Berechnungen, dass sich mit Verbrennungsmotoren mehr Umsatz erzielen lässt?

Wie auch immer stehen zwei wichtige Punkte bei der Geschichte fest: Erstens muss die Selbstverständlichkeit, mit der kapitalistische Akteur_innen hier durch ihre rein profitrationale Denkweisen skrupellos das Todesurteil des Planeten Erde unterschreiben, die parallelen Bemühungen durch einen Green New Deal die Vereinbarkeit von Ökologie und kapitalistisch-ökonomischen Interessen zu suggerieren als Farce enttarnen. Zweitens wäre das Umstellen auf eine strombetriebene Autoflotte, also eben der Ansatz des Green New Deals, keine Lösung die einen ökologischen Fortschritt bringt. Denn ein entscheidender Teil des Gesamtenergieverbrauchs jedes Autos liegt bereits in seiner Produktion. Der Energieverbrauch hier ist Vergleichbar mit 2000 Liter Sprit pro Auto. Besonders leichte Autos, was Elektroautos sein sollten, werden mit Aluminiumkarosserien gebaut. Aluminium widerum ist 3,5 mal so energieaufwendig in der Produktion wie Stahl und hat viele weitere negative Umweltauswirkungen. Zudem ist der verbrauchte Strom für Elektroautos auch alles andere als klimaneutral erzeugt. Die steigende Energienachfrage wird ja aktuell hauptsächlich durch eine Ausweitung der Kohlekraft gedeckt.

Wie mensch es auch wendet, am Ende ist der motorisierte Individualverkehr nicht ökologisch organisierbar. Grund also, sich zu überlegen, welcher Maxime diese Verkehrspolitik entspringt, und ob sie überhaupt sinnvoll für eine emanzipatorische Gesellschaft wäre.

„I go to work to buy a car, buy a car to go to work“

Diese alltägliche Absurdität könnte noch ergänzt werden durch: „Arbeiten um Autos zu produzieren, Autos produzieren, um zur Arbeit zu kommen“. Im Endeffekt also die Erkenntnis, dass sich der Sinn und Zweck kapitalistischer Produktion nur um sich selber dreht. Produktion um der Produktion Willen und höchstens noch der Reproduktion der Arbeitskraft. Und wo diese eigentlich gar keinen Bedarf nach Produktion hat, wird sie erzeugt. Tatsächlich ist es so, dass das Bedürfnis nach motorisierter Automobilität erst mit dem Aufkommen der Massenproduktion dadurch angekurbelt wurde, dass städteplanerische Maßnahmen dafür sorgten, dass die Orte zwischen denen Menschen unterwegs sind möglichst weit auseinandergelegt wurden: Wohnen, Einkaufen, Schule, Freizeit, alles getrennt in verschiedene Viertel. Hier wird das Stadtbild also zum Ausdruck einer herrschaftsförmigen Auftrennung des Lebens in verschiedene Bereiche gemacht, die zwar Sinn macht innerhalb der Maxime menschliche Aktivitäten unter Kontrolle zu bringen und warenförmig befriedbare Bedürfnisse zu produzieren, nicht aber unter der Maxime eines selbstbestimmten und -organisierten Lebens.

Das heißt nicht, dass ich das Bedürfnis nach schneller und auch individueller Mobilität außerhalb kapitalistischer Verhältnisse absprechen will, sondern, dass der motorisierte Individualverkehr keine Voraussetzung für die tägliche Organisierung außerhalb entfremdeter Strukturen ist, wozu die strikte Seperation der verschiedenen Tätigkeiten in Konsum und Produktion und die örtliche Auseinanderlegung gehört. Eine kleinräumigere Organisierung und örtliche Zusammenlegung verschiedener Bereiche ist in selbstorganisierten Verhältnissen aus rein praktischen Überlegungen vielerorts wahrscheinlich. Es geht hierbei also nicht um die Einschränkung des eigenen Handlungsradius durch weniger Mobilität, sondern im Gegenteil darum sich so zu organisieren, dass Mobilität keine stressige Angelegenheit ist um den fremdbestimmten Alltag zu bewältigen, sondern eine bewusste Entscheidung, als Mittel für selbstgesteckte Ziele oder auch zum Selbstzweck aus Spaß am Reisen.

Die Grube, die Straße, das Werk

Zurück also zur Kohleverflüssigung, die die Zerstörungspotenz des Automobils massiv erhöhen wird. In einigen Ländern steht diese Technologie kurz vor der kommerziellen Einführung und es ist aktuell ein Wettstreit in Gange, wer Marktführer bei dieser Technologie wird. Wegen ihrer außerordentlichen Relevanz ist es notwendig einen großen Fokus auf den Widerstand gegen diese Technologie zu setzen, sowie auf alle anderen Brennstoffe die das Benzin ablösen sollen. Es gibt keinen ökologischen motorisierten Individualverkehr! Angriffspunkte gegen diese Technologie gibt es viele, da hier die beiden Themen Kohleabbau und Straßenverkehr verbunden werden können.

Fussnoten:

1. 10.05.2007, MaschinenMarkt, das Industrieportal
2. oelschock.de



Straßen begrünen, statt Autos grün waschen
Bild: Pflasterstrand

CCS (Kohlenstoff Abscheidung und Verpressung)

Kohlendioxid-Speicher in Kanada leckt

Ein Farmerehepaar im kanadischen Saskatchewan berichtet von ungewöhnlicher Algenbildung und sterbenden Tieren. Als Ursache verdächtigen sie das weltgrößte Experiment zur unterirdischen Kohlendioxid-Speicherung – diese These wird nun durch eine Studie untermauert.

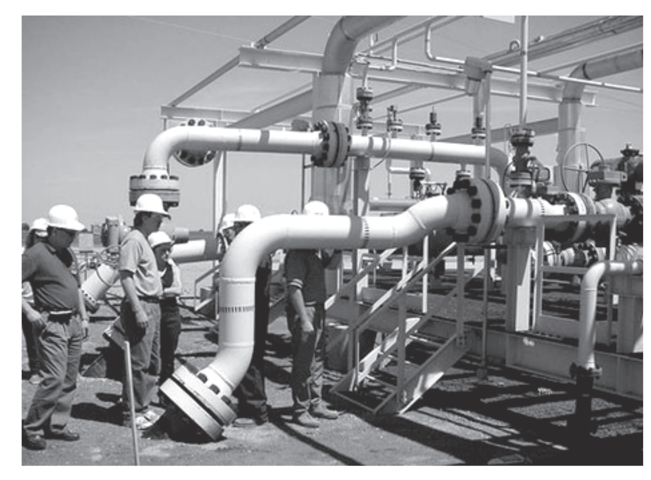
Von Hanno Böck

Cameron und Jane Kerr wohnen nahe des Weyburn-Ölfeldes der Firma Cenovus. Dort wird seid 10 Jahren Kohlendioxid in den Boden gepumpt – zum einen, um die Ausbeute bei der Ölförderung zu erhöhen, zum anderen jedoch auch, um große Mengen des Treib-hausgases nicht in die Atmosphäre zu entlassen. Die sogenannte CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage) wird vor allem von der Industrie als großer Hoffnungsträger im Kampf gegen den Klimawandel angepriesen. Die Verbrennung fossiler Rohstoffe soll klimafreundlich werden. Doch das ganze macht nur Sinn, wenn die unterirdischen Speicher absolut dicht sind. Bei geringen Lecks wird CCS zum Verlust für das Klima.



CO2 sprudelt aus dem Wasser
(Foto: Ecojustice)

Genau das scheint nun in Weyburn zu passieren. Das Ehepaar Kerr berichtet davon, dass ihnen zum ersten Mal 2005 ein ungewöhnlich hohes Algenwachstum aufgefallen sei. Dann fanden sie regelmäßig tote Tiere – Katzen, Ziegen, Hasen. Es habe Explosionen gegeben, bei denen Grundwasser aus der Erde sprudelte. Nun behauptet der Wissenschaftler Paul Lafleur von der Consulting-Firma Petro-Find Geochem, die Ursache für die Vorfälle festgestellt zu haben: Der Boden weise eine ungewöhnlich hohe Kohlendioxid-Konzentration auf, das wegen seiner Isotopenzusammensetzung nur aus dem nahegelegenen Ölfeld stammen kann. Der Energieminister von Saskatchewan, Bill Boyd, erklärte, man wolle die Vorfälle untersuchen, ein Stopp des Projekts käme aber nicht in Frage.



Kohlendioxid-Pipeline im Weyburn-Ölfeld
(Foto: PTRC)

Kanada will die CCS-Technologie vor allem deshalb vorantreiben, weil man damit erhofft, die Gewinnung von Öl aus Teersand klimafreundlicher gestalten zu können. Durch den energieintensiven Aufbereitungsprozess entstehen beim Teersand-Abbau etwa fünfmal so viel Treibhausgase wie bei konventioneller Ölförderung. Auch Cenovus ist am Teersand-Abbau beteiligt.
Das Kohlendioxid in Weyburn stammt aus einer Anlage zur Kohlevergasung in den USA – dem Great Plains Synfuels Plant. Kohlevergasung ist ein extrem klimaschädlicher Prozess, bei dem Braunkohle zu Methan verarbeitet wird, welches wiederum ins Gasnetz eingespeist wird. Doch die Dakota Gasification Company spricht von sauberer Energie – da etwa die Hälfte des entstehenden Kohlendioxids in Weyburn eingelagert wird.

Kohlendioxid-Speicherung ist auch in Deutschland ein heiß diskutiertes Thema – allerdings nicht in alten Ölfeldern. Die in Kanada verwendete Enhanced-Oil-Recovery-Methode gilt als Vorreiter unter den CCS-Technologien – es ist die einzige, die bereits in größerem Maßstab eingesetzt wird. Im Oderbruch in Brandenburg will Vattenfall in den kommenden Jahren Abgase aus seinen Kohlekraftwerken in so genannten salinen Aquiferen einlagern. Doch bisher fehlt hierzu ein Gesetzeswerk – das CCS-Gesetz wurde wegen Bürgerprotesten in Schleswig-Holstein und Brandenburg immer wieder verschoben. Bürgerinitiativen befürchten seit langem, dass ein plötzlicher Kohlendioxid-Austritt zu einer Gefahr für Menschen und Tiere werden könnte – von CCS-Verfechtern, die es auch bei industrienahen Umweltverbänden gibt, wurde ihnen bislang Panikmache vorgeworfen – ein solch plötzlicher Kohlendioxid-Austritt sei unmöglich.



Braunkohlevergasung im Norden der USA: Der Great Plains Synfuels Plant.
(Foto: Dakota Gasification Company)

Aktionsmöglichkeiten im Rheinischen Braunkohlerevier:

Die Kohlenbahnen

Rudolf Rocker **Aktionen auf Gleisanlagen haben eine lange Tradition in der Anti-AKW-Bewegung. Die Castortransporte haben sich als eine Art Achilles-Ferse der Atomindustrie entpuppt, mittels derer die Bewegung in die laufenden Prozessketten der Atomindustrie eingreifen kann. Als Reaktion auf die Proteste gegen die Atomtransporte wurden unter Rot-Grün (!) die Zwischenlager an den Kraftwerksstandorten errichtet, um die nötigen Transporte so stark wie möglich zu minimieren. Die verbleibenden Castortransporte z.B. ins Wendland haben sich weiter zu Widerstandskristallisationspunkten entwickelt. Dabei sind verschiedenste Aktionsstrategien zum Tragen gekommen, um die Transporte zu blockieren, zu erschweren und ihren materiellen, aber insbesondere auch ihren politischen Preis in die Höhe zu treiben, um so die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Problem der Atomkraft allgemein zu lenken: von Sitzblockaden und Schienenspaziergängen über Schotteraktionen bis hin zu weiteren kreativen Aktionsformen zur Störung des Bahnverkehrs insbesondere der Castortransporte.**

Um diesen reichen Erfahrungsschatz für die noch junge Anti-Braunkohle-Bewegung nutzbar zu machen, ist es sinnvoll, sich mit der technischen und strategischen Bedeutung der Schwerlastbahnen im Rheinischen Braunkohlerevier auseinander zu setzen. Hierzu möchte der folgende Artikel einen Beitrag leisten.

Was sind Kohlenbahnen?
Eine Kohlenbahn ist eine Eisenbahnstrecke, die insbesondere der Verbindung eines Kohlebergwerkes mit dem öffentlichen Eisenbahnnetz oder direkten Abnehmern wie zum Beispiel Wärmekraftwerken, Brikettfabriken, Eisenhütten oder Kokereien dient. Sie ist meist Eigentum der angeschlossenen Bergwerke, ein Betrieb durch den Staat stellt eine Ausnahme dar. Rechtlich sind Kohlenbahnen meist als Anschlussbahn klassifiziert, in einigen Ländern stehen sie als Grubenanschlussbahn auch unter Aufsicht der jeweiligen Bergbehörde (so z.B. in NRW).

Häufig dienen Kohlenbahnen neben dem Abtransport der Kohle aus dem Bergwerk/Tagebau in umgekehrter Richtung auch dem Transport von Material zum Verfüllen der Kohlegrube oder zur Deponierung auf Halden. Hierbei kann es sich um Abraum oder Bergematerial („Sandbahn“) und/oder um Asche oder REA-Gips aus Kohlekraftwerken handeln. Die strategische Bedeutung von Kohlenbahnen für den Braunkohletagebau und dessen Weiterverarbeitung und Verstromung.

Historisch gesehen hat erst die Zugförderung die industrielle Verwendung der Braunkohle möglich gemacht, indem ein Transportmittel für den überregionalen Handel der Braunkohlenbriketts zur Verfügung stand, das dann als sehr kostengünstiges Transportmittel im Tagebau für den Abraum- und später für den Kohlentransport adaptiert wurde.

Durch die gigantischen Mengen an Abraum und Kohle, die in einem Braunkohletagebau und dessen Verwertungskomplex transportiert werden müssen, weisen die Kohlenbahnen eine sehr hohe Zugfolge auf. Im Rheinischen Braunkohlerevier werden durchschnittlich 195.000–220.000 t Kohle pro Tag transportiert, welches zu einer Taktung von 5 bis 10 Minuten je nach Bedarf in den Kohlekraftwerken führt. Insgesamt werden zur Kohlen- und Abraumförderung sowie für Transportfahrten (Fabrikprodukte, Kalk, Bauteile) und für Instandsetzungs- und Rangierfahrten in Summe etwa 800 Zugfahrten pro Tag durchgeführt.

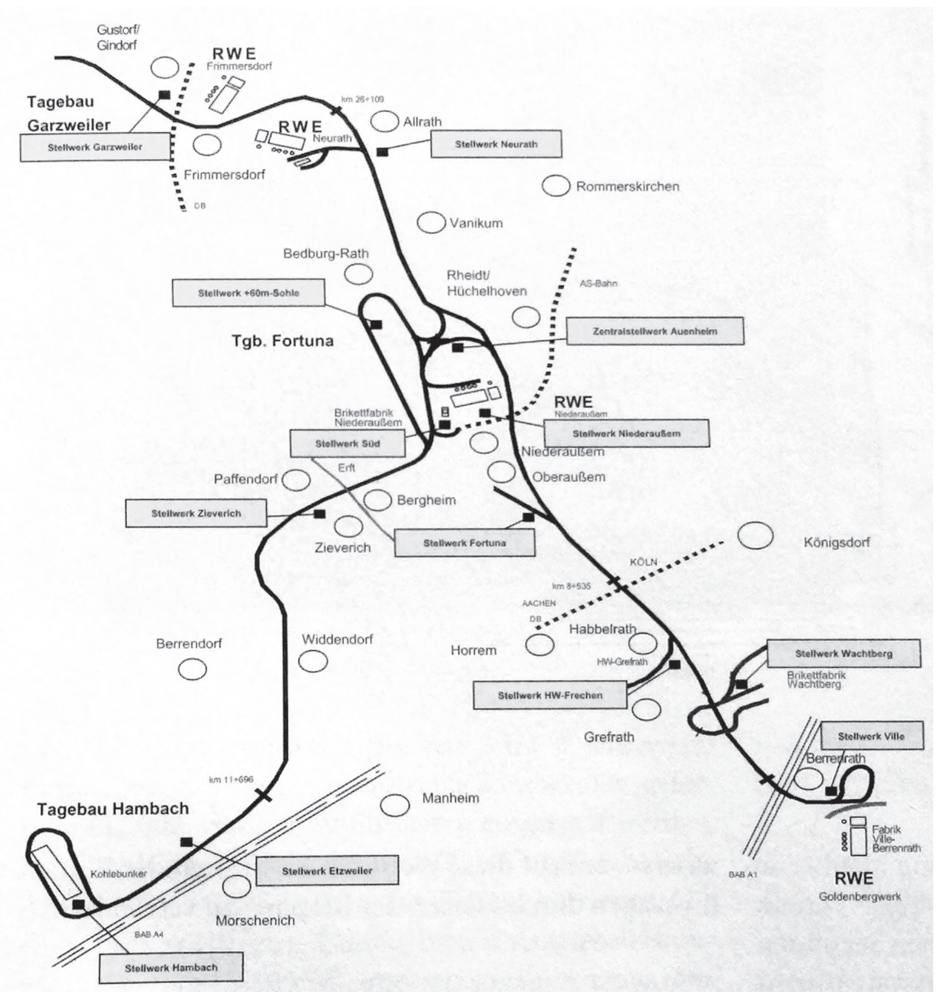


Ein Kohlezug auf der Nord-Süd-Bahn bei Frechen-Habbelrath, Die 503 schiebt einen Kohlezug zum Kraftwerk Goldenberg. Foto: Paul Zimmer, Creative Commons 2005

Die im Rheinischen Revier eingesetzten Zugeinheiten fahren nicht nach vorgegebenen Zeitplänen oder auf festen Relationen (Rundkursen) sondern werden nach dem aktuellen Bedarf eingesetzt. So werden die Kohlenzüge in Abhängigkeit von der abnehmerseitigen Nachfrage (Kohlenbunkerbestände an den Kraftwerken) nach Mengen und insbesondere nach Kohlenqualität bedarfsorientiert gesteuert. Ebenso verlangt die Einhaltung der vorgegebenen abnehmerseitigen Kippschemata für Abraum im Tagebau eine individuelle Steuerung der Transporte.

Insgesamt ist der ganze Tagebaubetrieb hochmodular aufeinander abgestimmt und Ausfallzeiten von einem Teil der Infrastruktur hat weitreichende Folgen. Deswegen verfügt das Revier und Bahnnetz über besonders hohe Wartungsfrequenzen und großzügig dimensionierte Werkstätten, Ersatzteillager und Wartungsinfrastruktur. Ebenso sind deswegen die Hauptstrecken der Nord-Süd-Kohlenbahn und der Hambachbahn zweigleisig ausgebaut, damit im Falle einer Teilsperrung der Zugverkehr im Begegnungsverkehr, allerdings mit deutlicher Leistungseinschränkung, eingleisig an der Bau- oder Störstelle vorbeigeführt werden kann.

Unplanmäßige Stillstände können in der Regel über die Reichweiten der Abnehmerbunker an den Kraftwerken gepuffert werden. Besondere Beachtung erfahren dabei die Lieferrelationen, die nur eine kleine abnehmerseitige Bunkerkapazität und damit Bunkerreichweite verfügbar haben. Im Rheinischen Revier liegen die Bunkerreichweiten an den Kraftwerken



Gleisnetz im Rheinischen Revier, Abb. aus „Der Braunkohlentagebau: Bedeutung, Planung, Betrieb, Technik, Umwelt“, Springer, S. 325, von Hermann Oppenberg

(eine betriebsnormale, qualitätsorientierte Füllung vorausgesetzt), je nach Bunkergröße bei maximal zwei Tagen (Niederaußem), bis hin zu vier Stunden. Hier zeigt sich das Aktionspotential von kleinen Aktionengruppen mit z.B. Festaktionen, über massenhafte Sitzblockaden à la Widersetzen bis hin zu Aktionen wie dem massenhaften Schottern des Gleisbetts. Bei geplanten Stillstandschichten und im voraus bekannten Aktionstagen (z.B. der Grube-gräbt-Kampagne am 16.10.2010) erfahren insbesondere die kleinen Bunker Aufmerksamkeit, indem ihnen in der Vorschicht ausgesetzte beladene Zugeinheiten beiseite gestellt werden, die dann bei Bedarf gekippt werden können. Bei Volllast aller Kraftwerke kann dies (je nach Qualitätsangebot der liefernden Tagebaue) dazu führen, dass bis zu 12 der vorhandenen 19 Zugeinheiten beladen ausgesetzt werden müssen. Ein geschickter Aktionszeitpunkt ist unvorhergesehen nach einer Stillstandsschicht zu blockieren.

Selbst wenn es nicht das Ziel ist, Kraftwerke bzw. Kraftwerksblöcke vom Netz zu blockieren sind Störungen der Kohlenbahn durch Blockaden, Schienenspaziergänge, kreative Aktionen etc. ein sehr wirkungsvoller Hebel. Durch derartige Aktionen wird nicht nur die Kohlenversorgung verknappt, sondern ebenso notwendige Aschetransporte, Abraumförderung sowie für Transportfahrten (Fabrikprodukte, Kalk, Bauteile) und In-



Die 558 der Nord-Süd-Bahn passiert auf dem Weg nach Hürth Rapsfelder in Frechen-Habbelrath. Foto: Paul Zimmer, Creative Commons 2005

standsetzungs- und Rangierfahrten eingeschränkt, welches das fein aufeinander abgestimmte Uhrwerk des Tagebaubetriebs durcheinander bringt. Nicht umsonst werden die Kohlenbahnen als die elektrischen Lebensadern des Reviers bezeichnet.

Die Schwerlastbahnen des Rheinischen Braunkohlereviers

Um erfolgreich und sicher Aktionen im Zusammenhang mit Kohlenbahnen zu machen, ist eine genauere Kenntnis der Funktionsweise und Infrastrukturelemente von Kohlenbahnen unerlässlich. Im folgenden Abschnitt möchten wir diese strategischen Informationen liefern und popularisieren.

Die Abbildung zeigt die Hauptstrecken des Rheinischen Braunkohlereviers, das sich vollständig im Eigentum des Betreibers befindet. Es umfasst das Netz der Schwerlastbahn (180 km Gleislänge), aber auch die Rangierbahnhöfe der Fabrikstandorte sowie die Gleisanlagen in den Kraftwerksstandorten, die nach BoA (Braunkohlekraftwerk mit optimierter Anlagentechnik) dimensioniert sind (in Summe etwa 150 km Gleislänge) und insgesamt vier Gleisverbindungen zu anderen, öffentlichen Gleisinfrastrukturen.

Der gesamte Zugbetrieb auf den Strecken wird durch ein mit Fahrdienstleitern besetztes Zentralstellwerk (Stellwerk Auenheim) abgewickelt. Im dreischichtigen Normalbetrieb werden im Zentralstellwerk Auenheim durch drei Fahrdienstleiter je Schicht für die Kohlen- und Abraumförderung sowie andere Transporte insgesamt bis zu 800 Zugfahrten pro Tag durchgeführt. Dabei werden die Kohlenzüge in Abhängigkeit von der abnehmerseitigen Nachfrage (Kohlebunkerbestände der Kraftwerke) nach Mengen und insbesondere nach Kohlenqualität bedarfsorientiert gesteuert. Damit diese Planungsaufgabe bestmöglich erfüllt werden kann, wurden im Zentralstellwerk die Fahrdienstleiter zusammen mit dem planenden Fahrsteiger zur Kohleleitstelle räumlich zusammengefasst. Das heißt, dass im Zentralstellwerk Auenheim nicht nur einfach die ganzen Transporte überwacht und gesteuert werden, sondern auch innerhalb vereinbarter Bekohlungsregeln als Logistikdienstleister schichtintern der Eisenbahn- und Kohlebunkerbetrieb nach Mengen- und Qualitätsbedarf der Kohlekraftwerke geführt und eingesetzt wird. Diese Einsatzzentrale soll dafür sorgen, dass auf Störungen besser reagiert werden kann.

Die Nord-Süd-Kohlenbahn und die Hambachbahn

Das Gleisnetz der Hauptstrecken (Nord-Süd-Kohlenbahn 33 km Länge und Hambachbahn 22 km Länge) ist zur Maximierung der Förderleistung generell zweigleisig (Vollgleis und Leergleis) ausgebaut, so dass sich ein begegnungsfreier Rundlauf der Zugeinheiten mit deutlich dichterer Zugfolge einstellen kann. Auf den Hauptstrecken sind in regelmäßigen Abständen so genannte Wechsel (kurze Gleisverbindungen zwischen Voll- und Leergleis) eingebaut, um bei Instandhaltungsarbeiten oder im Störungsfall nach Umstellen der Weichen vor der Bau- oder Störstelle auf das jeweils andere Gleis wechseln zu können. Die maximale Fahrtgeschwindigkeit liegt für Streckenfahrten bei 50 km/h. Der maximale Bremswege beträgt 300–400 m. Eine Besonderheit im Rheinischen Revier stellt die geschobene Fahrweise dar. Die Signal- und Weichenabstände sind auf die Längen der betriebenen Zugeinheiten sowie auf die jeweils notwendigen Bremswege ausgelegt. Kohlezüge mit 14 Wagen und 185 m Zuglänge sowie Ab-

Tagebau Garzweiler, Foto: Bernd Kaufmann, Creative Commons

raumzüge mit 10 Wagen und 155 m Zuglänge können nicht nur in gezogener sondern auch in geschobener Streckenfahrt betrieben werden. Dagegen dürfen so genannte Langzüge mit 21 Kohlewagen und 268 m Zuglänge nur in gezogener Fahrweise betrieben werden.

Die geschobene Fahrweise macht es notwendig, dass neben den eigentlichen Signalen an der Strecke (insgesamt 634 Lichtsignale und 145 Zusatzsignale) weitere – so genannte Nachahmer (insgesamt 415) – aufzubauen sind, damit der am Zugende sitzende Lokführer die Signale rechtzeitig erkennen kann. Die geschobene Streckenfahrt wird überdies gesichert, indem an der Zugspitze ein optisches und ein intermittierendes akustisches Warnsignal (lautes Piepen) ausgesendet wird, die insbesondere unbefugte Personen im Gleisnetz warnen. Die geschobene Streckenfahrt mit der Lok am Ende des Zuges stellt für den Vorstopposten einer Zugblockade eine besondere Herausforderung dar. Sinnvoll ist es Vorstoppposten an einem Lichtsignal, Zusatzsignal oder Nachahmer zu positionieren, also an einem Punkt, den der Lokführer eh beobachtet. Signalwesten sind sehr hilfreich und bengalische Fackeln, Scheinwerfer, ggf. akustische Signale in Form von Gaströten und Transparente mit der Aufschrift Blockade. Der Abstand zwischen Vorstoppposten und Blockade muß Bremsweg + Zuglänge + Sicherheitsabstand betragen, so das der Abstand zwischen Vorstopposten und Blockade mit 1 km (Bremsweg 400 m + 185 m Zuglänge + 425 m Sicherheitsabstand) gut dimensioniert ist.

Blick über den Tellerrand

Kohlekraftwerke brauchen generell enorme Mengen Kohle, um betrieben werden zu können. Allein das Kraftwerk Frimmersdorf (2200 MW) benötigt z.B. 750 t Kohle in der Minute! Daraus resultieren gigantische Transportleistungen, die für den Betrieb erbracht werden müssen. Kohlenbahnen sind die Schlüsselinfrastruktur der Kohleindustrie weltweit und erfolgreicher Widerstand durch Störung/Blockade der Kohlenbahnen kann ernstzunehmenden Druck auf die Kohleindustrie ausüben. Einmal angewendet könnte diese Taktik auch woanders für die Klimabewegung inspirierend wirken, sei es in den USA, wo über 70 % der Kohle mit Zügen transportiert wird, in den Braunkohlerevieren von Polen oder auch in Australien. Dort wird z.B. von QR National, dem größten Kohletransporteur der Welt, die Kohle für den Export mit Hilfe von Kohlenzügen von den Minen zum Hafen transportiert.

Links Kohlenbahnen weltweit:

- Wikipedia: Liste der Montanbahnen
- http://www.sourcewatch.org/index.php?title=Railroads_and_coal

Übersichtskarte zum Rheinischen Braunkohlerevier, Wikipedia-BenutzerIn Thoroer und OpenStreetMap, 2010

Werkstatt für Aktionen und Alternativen

(waa) Ab September wird bei Buir im Rheinischen Braunkohlerevier, etwa 40 km von Köln, die „Werkstatt für Aktionen und Alternativen" (WAA) entstehen. Es soll ein Ort des kreativen Widerstandes, des emanzipatorischen Lernens und experimentellen Lebens werden. Inspiriert durch die Klimacamps der radikalen Klimabewegung Großbritanniens und die Idee der offenen Räume, sollen durch die Kombination von Direkten Aktionen, Weiterbildung, Vernetzung, herrschaftsfreien Zusammenlebens und offener Nutzbarkeit der Räume möglichst gute Voraussetzungen zur Selbstermächtigung geschaffen werden.

Teil des Problems...

Eines der Schwerpunktthemen in der WAA wird aufgrund des gewählten Standortes die Klimaproblematik sein. Eine Frage, in der sich eigentlich alle einig sind und das Problem bekämpfen wollen. Und dennoch ist in der Welt eine rasante Verschärfung der Klimakatastrophe zu beobachten. Dadurch drängt sich der Verdacht auf, dass die Lösung nicht darin liegen kann, dass die so degradierten Konsument_innen die richtigen Waren in ihren Einkaufskorb packen, die Manager_innen der Großkonzerne verantwortungsbewusstere Entscheidungen treffen oder die Wissenschaftler_innen die richtigen Technologien designen. Nein. Das Koordinatensystem, innerhalb dessen alles grün sein soll, ist faul.

Um ein Beispiel aus dem Blauen zu pflücken (bevor es dann grün gemacht wird): Erdöl wird gefördert, um industrielle Landwirtschaft zu betreiben und damit essbare Waren herzustellen. Essbare Waren werden hergestellt, um sie um die halbe Welt zu verschiffen. Um die halbe Welt werden sie verschifft, um am Zielort verbrannt zu werden. Verbrannt werden sie, um die Preise für Nahrungsmittel stabil zu halten. Alles stets um den maximalen Profit zu gewinnen. Verhungern tun währenddessen täglich 24.000 Menschen, weil sie nichts zu essen haben. Nichts zu essen haben sie, weil der Zweck Nahrungsmittel herzustellen, innerhalb der herrschenden Verhältnisse nicht darin liegt, Menschen zu sättigen, sondern die Konten von Konzerne zu füllen.

Ein Koordinatensystem, in dem viel Energie und Arbeitsaufwand betrieben wird, damit Menschen verhungern, ist nicht dasjenige, innerhalb dessen das Klima zu retten ist, und auch nicht das, innerhalb dessen Menschen sich sinnvoll organisieren können.

Es gibt unzählige weitere Beispiele, die nach dem selben tödlichen Prinzip funktionieren. Sei es, dass täglich Millionen von nicht-menschlichen Lebewesen ausgebeutet und geschlachtet werden, obwohl die Kalorienanzahl der verfütterten Nahrungsmittel ein vielfaches der tierischen Endprodukte umfassen. Sei es, dass gentechnisch veränderte Futterpflanzen anstelle der Regenwälder rücken und Menschen dadurch nicht nur ihrer Lebensgrundlage durch Vertreibung beraubt, sondern wie die Natur mit Spritzmitteln vergiftet wird oder seien es die Kriege um Erdölressourcen und Machtausbau, bei denen sich einerseits Unternehmen direkt am fließenden Blut allen Lebens eine goldene Nase verdienen und denjenigen, die es schaffen, zu fliehen spätestens an der europäischen Grenze das Todesurteil gesprochen wird.

Die Klimakatastrophe wird in der WAA jedoch nur ein Thema unter anderen sein, da sie nicht als isolierter Widerspruch innerhalb einer ansonsten funktionierenden Logik betrachtet werden kann. Der Kapitalismus zerstört seine eigenen Grundlagen – wird er nicht überwunden. Haben 150 Jahre sozialdemokratischer Parteikampf uns 6,50 Euro Stundenlohn für Arbeiten in der Gastronomie und Rente mit 67 ermöglicht, schaffen 50 Jahre parteigrüne Umweltbewegung vielleicht ein Recht auf sauberes Wasser für Europa und bessere Zelte in den Camps der Klimaflüchtlinge.

Es zeigt sich bereits, dass es um mehr Widersprüche geht, als den zwischen Stadtbeton und Landkommune. Es geht auch um Geschlechterrollen, Sexismus, Abschiebung, Vertreibung, Antispeziesismus, eine Auseinandersetzung mit Knast, Repressionen und Veganismus.

Die Nutzung des Tieres als Rohstoff schafft für nicht-menschliches Leben die Hölle auf Erden und für Menschen eine Erde, die langsam zur Hölle wird – durch vergiftete Böden neben Tierhaltungsanlagen und gerodeten Wäldern. Der Widerspruch des Klimas hängt zusammen mit dem der Geschlechterfrage, dem Kapitalismus, dem Tier-Mensch-Verhältnis und allen anderen Widersprüchen, in denen wir leben.

Eine (Klima-) Bewegung von unten hat also zwangsweiße andere Ziele als ein grün-kapitalistischer Rundumschlag. Geht es innerhalb herrschender Logik nur um den Erhalt der Umwelt, um so weitermachen zu können wie bisher, kann es uns nur um eines gehen: Einen radikalen Bruch mit einer Welt, die Lebewesen als Mittel zum Zwecke der Anhäufung von Reichtum degradiert, hin zu einem bedarfsorientierten Zusammenschluss der freien Individuen. Die WAA soll nicht nur der Ort des Bruches, der Kritik und des direkten Widerstandes sein, sondern auch der Utopie, der freien Vereinbarung und der Vernetzung.

... oder Teil der Lösung: Inspiration Klimacamps

Einen wichtigen Impuls schafften die Klimacamps, die ihren Ausgangsort in Großbritannien hatten. Aufbauend auf den vier Säulen – Direkte Aktionen gegen Klimazerstörung, radikal klimaneutrales Leben auf den Camps, Weiterbildung über die Klimaproblematik und richtige und falsche Lösungen und Vernetzung – treffen sie genau den richtigen Vierklang der Selbstermächtigung. Durch den Rahmen der Camps, der alle vier Elemente verbindet, wird deren Wirkung multipliziert. Denn klimaneutrale Praktiken sind zwar auch nett, wenn sie im eigenen Hintergarten ausprobiert werden, ihre einzige Relevanz sind dann aber die konkret gesparten Emissionen. Im Kontext eines Klimacamps sind sie aber mehr: Nämlich eine Anklage an die herrschende kapitalistische Produktionsgesellschaft, durch das konkrete Aufzeigen möglicher, besserer Alternativen. Direkte Aktionen sind für sich genommen zwar immer nervende Nadelstiche für die Akteur_innen des Untergangkommandos. Mit einem Klimacamp als Hintergrundkulisse für die Angriffe auf klimazerstörende Industrien können diese auch gesamtgesellschaftlich eine ganz andere diskursive Legitimität erfahren. Weiterbildung ist für sich genommen auch eine jederzeit erstrebenswerte Sache, wo sich aus ihr aber keine konkreten Handlungsoptionen ergeben, bleibt sie eine akademische Irrelevanz. Ein nettes Analysege-

spräch auf der Zuschauer_innenbank.

Die vier Säulen zusammengeführt können aber genau das Notwendige erreichen: Zu gleichen Teilen das bestehende Koordinatensystem samt seiner konkreten Auswirkungen anzugreifen und in den entstehenden Lücken zarte Pflänzchen eines selbstorganisierten, klimaneutralen Lebens zu pflanzen, auf dass sie zu Wäldern der Widerstandsfähigkeit werden. Und bei all dem jederzeit genug theoretische Reflektion über den einzuschlagenden Weg haben, nach dem Motto: Fragend schreiten wir voran. Temporär konnten viele der vergangenen Klimacamps genau diese Zielsetzung umsetzen. Und doch ist all das zu wenig! Denn nach 5 bis 10 Tagen Klimacamp heißt es jedesmal „back to reality“ anstatt „change reality“. Über das Camp herausgehende Organisierungsprozesse sind selten oder nur im kleinen Rahmen. Das Camp bleibt ein Event und der sonstige Alltag der beteiligten Menschen weit hinter der angemessenen Radikalität, die die Verhältnisse erfordern, zurück.

Von dieser Analyse ausgehend wollen wir einen Versuch wagen. Wir wollen einen Teil des Schwungs, der für temporäre Klimacamps erzeugbar ist, mit in den Alltag nehmen. Und zwar ebenfalls als gemeinsamer Prozess und einem dafür geeigneten Ort – die WAA. Dabei gehen wir nicht davon aus, dauerhaft die Anzahl an Menschen mobilisieren zu können wie auf einwöchigen Klimacamps. Das ist aber auch nicht die Zielsetzung. Wir wollen mit einigen Dutzend – auch wechselnden – Menschen dauerhaftere, tiefere Strukturen aufbauen.

Das Konzept sehen wir dabei nicht in erster Linie als Kritik oder Gegensatz zu temporären Klimacamps, sondern als Ergänzung. An einer möglichst tiefen Kooperation mit den drei deutschsprachigen Klimacamps im Sommer 2011 sind wir interessiert. Deshalb haben wir auch unsere Planungstreffen auf die beiden Camps in Deutschland gelegt.

School of radical transition

Neben den Aktionen soll ein weiteres Herzstück der WAA die „school of radical transition“ sein. Ein Bildungs- und Seminarort, der mit einem durchgängigen Programm die drei oben genannten Säulen verbinden soll. Kurse und Seminare sollen dort angeboten werden, über konkrete Praktiken des klimaneutralen Lebens, Theoretisches über Allerlei im Zusammenhang mit der Klimazerstörung, anderen Konfliktfeldern, deren Ursachen und potentiellen Lösungen und über konkrete Widerstandsmethoden.

Und das Ganze in einer DIY-Kultur. Das heißt, dass wir ein hochwertiges Programm organisieren wollen, bei dem jede_r aufgefordert ist, sich daran zu beteiligen und eigenes Programm anzubieten.

Zudem soll die school of racikal transition ein Ort der Debatte sein: Da wir nicht an einheitlichen Konzepte von oben glauben, und diese auch nicht erstrebenswert finden, halten wir eine Debatte von unten darüber, wie der Klimaproblematik und anderen Spannungsfeldern entgegengewirkt werden kann, für notwendig. Eine Debatte, an der alle eingeladen sind, sich zu beteiligen, die nicht auf Expert_innen-Hierarchien setzt, die nicht nach einer Vereinheitlichung strebt, sondern verschiedene Positionen aushalten kann, in der Hoffnung, dass aus der Spannung zwischen ihnen Synthesen erspringen.

Standort, Offener Raum und funktionelle Nutzung

Die WAA befindet sich im Rheinischen Braunkohlerevier, welches mit drei Kohletagebauten und sechs Mega-Kraftwerken der größte CO2-Emittent in ganz Europa ist. Mit den lokalen Betroffenen, die mit ganzen Dörfern zwangsumgesiedelt werden, wollen wir solidarisch gegen die Zerstörung zusammenarbeiten. Es soll ein Gegenbild zur kapitalistischen Destruktivität geschaffen werden. Durch die bildliche Gegenüberstellung wollen wir die beiden Zukunftsvisionen verdeutlichen.

An Infrastruktur setzt sich die WAA konkret aus der school of radical transition und weiteren offenen Räumen, die funktionell genutzt werden, zusammen. Das Prinzip des offenen Raumes bedeutet, dass der Ort prinzipiell allen offen steht und es keine feste Gruppe oder Einzelpersonen gibt, die festlegen, was, wie, wann in den Räumlichkeiten geschieht. Es basiert darauf, dass stets die Leute, die direkt betroffen sind, entscheiden. Wichtig ist dabei, dass die Bedürfnisse anderer berücksichtigt werden und sich jede_r einzelne verantwortlich fühlt.

So leben die Menschen, die bisher Teil der WAA sind, vegan bzw. freegan. Das heißt, es werden keinerlei tierliche Produkte konsumiert bzw. zumindest nicht gekauft. Die Intentionen liegen dabei zum einen in dem Zusammenhang des Konsumierens von Tierprodukten und des Klimawandels, zum anderen in einer grundlegenden Kritik der Ausbeutung nichtmenschlicher Tiere. Diese Lebensweise soll keinem_r aufgezwungen werden, doch ein Auseinandersetzten damit und den Versuch sich erst einmal darauf einzulassen ist gewünscht.

Es wird niemensch geben, der_die bestimmt, wo’s lang geht – egal ob bei der Essensbesorgung, dem Hausausbau oder bei direkten Aktionen. Selbstorganisierung ist hier das Zauberwort.

Durch die funktionelle Nutzung der Räume wird die Logik des Privateigentums in Frage gestellt und so viel wie möglich gemeinschaftlich genutzt und organisiert. So findet die Zuteilung der Zimmer nicht nach Privatleuten statt (was an einem Ort, der allen offen steht und somit ständig unterschiedliche Menschen da sind auch kaum Sinn ergeben würde), sondern nach Funktionen. So werden beispielsweise Küchen, Werkstätten, Schlafräume, Seminarräume und Rückzugsräume entstehen.

Und action...

Die WAA soll als Ausgangsort für vielfältige Aktionen dienen: symbolische, kreative und direkte. Ein offener Raum bietet sich optimal als Aktionsbasis an, da neue und wechselnde Menschen selbstverständlich sind, Materialen aufgrund der gemeinschaftlichen Nutzung der Räume und Utensilien keinen Einzelpersonen zuordnungsbar sind und es keine übergeordnete Aktionsmoral gibt, sondern immer die handelnden Menschen im Mittelpunkt stehen, die nach einer reflektierten Abwägung entscheiden mögen. Wichtig ist es uns dabei zusammen mit Menschen aus der Region, sowie temporär oder dauerhaft anwesenden Aktivist_innen gemeinsam Aktionsweisen zu entwickeln, die eine Selbstermächtigung der einzelnen Menschen zum Ziel haben und Sand im Getriebe sind.

Der Weg bis zum Start

Die Eröffnung der WAA findet direkt im Anschluss an das diesjährige Klimacamp im Rheinischen Braunkohlerevier statt. Wenn du dich angesprochen fühlst, gibt es diverse Möglichkeiten, wie du dich einbringen kannst. Komm auf die nächsten beiden Vorbereitungstreffen am 7.–14.8. auf dem Klimacamp in der Lausitz und am 26.8.–4.9. auf dem Klimacamp in Mannheim, melde dich bei uns unter waa@riseup.net, verbreite unsere Existenz weiter oder biete deine Fähigkeiten (Layouten, Schreiben, Rechereche vor Ort,...) an.

Lasst uns das bestehende System und seine konkreten Auswirkungen angreifen und in den entstehenden Lücken zarte Pflänzchen eines selbstorganisierten Lebens pflanzen, auf dass sie Wälder werden.

Offensive Prozessführung und Vermittlung

(vega) Der folgende Text entstand bei dem ersten Laienverteidigungstreffen in der Projektwerkstatt Saasen, ausgehend von einem kollektiven Diskussionsprozess.

In den letzten Jahren wurden erfreulicherweise die Methoden der offensiven/kreativen Prozessführung in Strafverfahren zunehmend verbreitert und verbessert. Während immer mehr Menschen diese Methoden anwenden, können sie häufig nicht überzeugend nach außen vermitteln, warum sie das tun. Wir denken, da muss sich was ändern, und wollen mit diesem Papier Denk- und Diskussionsanstöße dafür liefern. Alles, was hier steht, ist als These gemeint – es soll und kann keine einfache Linie vorgeben, durch deren Einhaltung alles gut wird.

Auffällig sind konkret drei Probleme, die oft zu einer Vermittlungsschwäche unserer Zusammenhänge führen:

1. Geringes Bewusstsein der Anwender_innen offensiver Methoden warum sie diese benutzen

In unseren kleinen Kreisen ist offensive Prozessführung inzwischen regelrecht hip. Die Entscheidung für die Methodik fällt dann gerne mal sehr schnell. Dadurch fehlt dann aber auch oft eine persönliche Reflektion über Sinn und Unsinn dieser Strategie. Die Fähigkeit, diesen Punkt dann anderen weiter zu vermitteln, ist dementsprechend.

Das gilt insbesondere auch für eine eigene, grundsätzliche politische Analyse über Rolle und Charakter der Justiz, die (wenn überhaupt vorhanden) oft auf dem Niveau von gegenseitig übernommenen Schlagworten und Versatzstücken liberal-bürgerlicher Ideologie bleibt.

2. Zu häufig reiner Konsum der Methodik statt Vorbereitung und Auseinandersetzung mit dem konkreten Fall

Es ist nicht grundsätzlich schlecht, dass die offensive Prozessführung konsumierbar ist. Damit ist z.B. gemeint, dass es inzwischen manchmal reicht, sich die fertigen Anträge von anderen auszudrucken und zu stellen, um einen Verhandlungstag platzen zu lassen. So lässt sich Zeit und Energie sparen, was durchaus sinnvoll sein kann. Aber eben gerne mal auf Kosten der Vermittelbarkeit geht.

Wer die Anträge die er/sie stellt nur vom flüchtigen Durchlesen am Tag davor kennt, wird ihre Inhalte oft nicht überzeugend rüberbringen können. Wer sich seine Strategie anderswo zusammenklaubt statt sie selbst zu entwickeln, wird sie häufig nicht gut begründen können. Neben dem Problem der Außenvermittlung ist dieser Aspekt selbstverständlich auch entscheidend für die Selbstsicherheit mit der Angeklagte auftreten.

3. Abgrenzungsunschärfe ob juristisch/politische oder persönlich/emotionale Unterstützung benötigt wird

Klingt vielleicht auf den ersten Blick nicht nach einem Problem der Vermittlung, ist es letztlich aber doch. Wenn es gut läuft (und das tut es nicht immer!) kriegen Angeklagte ein gewisses Maß und Rechtsberatung und politischer Solidarität aus unseren Zusammenhängen. Die psychologischen Seiten der Repression, der Zusammenhang der Verteidigung mit der Persönlichkeit der Angeklagten usw. bleibt dagegen oft auf der Strecke. Wer sich mit einem Verfahren einfach nur schlecht fühlt, aus psychologischen Gründen nicht richtig vorbereiten kann, etc. wird auch keine gute Öffentlichkeitsarbeit machen können.

Letztlich ist es so, dass Personen die nicht zum engsten Szenekreis gehören (seien es bürgerliche Unterstützer_innen oder „Laufkundschaft") nach einem offensiv geführten Prozess oft mit wenig Verständnis und vielen Fragen den Heimweg antreten. Unklar ist beispielsweise häufig/immer wieder/manchmal:

Wozu die ganzen sinnlosen Anträge? Geht es wirklich um den Inhalt oder um das Nerven? Warum erzählt die Angeklagte so wahnsinnig viel, was zwar interessant ist, aber irgendwie komisch an dieser Stelle erscheint? Warum nervt das Publikum so? Bringt das was? Gefährdet das nicht die Angeklagte? Darf die Richterin/die Justizwachtmeister_innen das? Wie sollte das Verhältnis zwischen Polizei und Justiz sein? Also eigentlich?

Was zur Hölle tun die da? Die reden ja mit Richtern! Machen die etwa Aussagen zum Vorwurf? Die benutzen ihre Rechte, um einen Gerichtsablauf zu stören, dass kann ja nicht sein, dass die unsere Rechte so misshandeln. Die sollen mal froh sein, dass die sich in Deutschland verteidigen dürfen. In anderen Ländern ist ja alles viel schlimmer. Wohin soll das alles führen? Aber ihr habt doch Grundrechte, seid doch froh, dass wir so etwas haben. Ihr beschmutzt damit unser Rechtssystem.

Auf diese Fragen wollen wir an dieser Stelle keine Antworten formulieren, dafür verweisen wir auf das Flugblatt „Hallo...? Geht's noch? Zur Vermittlung möglicherweise unkonventioneller Prozesstrategien".

Soweit die Kritik am Ist-Zustand. Wir wollen im folgenden ein paar Lösungsansätze vorschlagen:

Bessere Anträge

Einiges was wir schreiben ist juristisch schon ziemlich gut. Dafür hat es keinen über Juristerei hinausgehenden Inhalt. Das führt dann häufig zu einer ziemlich langweiligen Dramaturgie, und ist für viele, die nicht eh schon von offensiver Prozessführung überzeugt sind, unverständlich. Verfahren sollten nicht nur juristisch, sondern auch politisch gewonnen werden. Anträge sollten daher auch über den formaljuristischen Rahmen hinausgehen. Unsere Inhalte sind dabei nicht nur der politische Kontext der kriminalisierten Aktionen, sondern auch die Begründung für unsere Strategie vor Gericht.

Freies Reden verbessern / spontanes Agieren erlernen

Naturgemäß fällt es unterschiedlichen Menschen unterschiedlich schwer, schlagfertig auf das Agieren der Gerichte zu reagieren. In jedem Fall ist es für die Vermittlung lohnend, sich diese Fähigkeiten so weit es eben geht anzueignen.

Zwischenrufe aus dem Publikum
Auch hier sollte reflektiert werden, was zu einer Vermittlung an Außenstehende beiträgt, und was nicht.

Diskussionsverhalten
Wir sollten da, wo es notwendig erscheint, untereinander solidarische Kritik an der Art und Weise üben, wie (offensive) Prozesse von uns geführt werden. Wir brauchen eine Debatte über Sinn und Unsinn offensiver Prozessführung, über unsere Ziele und die unterschiedlichen Analyen von und Kritik am Justizapparat. Wir brauchen eine bessere Streitkultur und einen inhaltlichen Austausch untereinander.

Materialen für die Außenarbeit erstellen
Das gilt sowohl für den formalen Ablauf eines Gerichtsprozesses, als auch für die inhaltliche Begründung der Offensiv-Strategie. Denkbar wäre z.B. ein Flugblatt, was sich an die Beobachter_innen eines Gerichtsprozesses richtet. Anfänge hierfür wurden schon gemacht.

Emotionalen Support verbessern

Neue Rolle: Vermittler
So wie es bei vielen Prozessen Menschen gibt, die sich z.B. für das Schreiben des Protokolls verantwortlich fühlen, sollte es routiniert Personen geben, die gezielt mit dem Publikum das Gespräch suchen und ihnen die Art und Weise der Prozessführung erklären.

Der Vollständigkeit halber an dieser Stelle auch noch eine Aufzählung weiterer Rollen, die sich bereits bewährt haben:

Pressekontakt, Ablaufprotokoll, Zitateprotokoll (um in Befangenheitsanträgen oder Pressearbeit wörtliche Zitate von Richter_innen und Staatsanwält_innen verwenden zu können), Zeugengespräche verhindern durch auf dem Gang sitzen, Rauswürfe beobachten (evtl. Justizwachtmeister/ Polizei fotografieren, dokumentieren), Zwischenrufe (Nerven, rauswerfen lassen, Pausen erzwingen, Gründe und Vorgänge produzieren, mit denen Angeklagte weiterarbeiten können), Mahnwache vor dem Gericht.

Publikumstraining
Für Prozessinteressierte, die keine Lust/Zeit auf ein komplettes Prozesstraining haben, können kurze, reine Publikumstrainings angeboten werden.

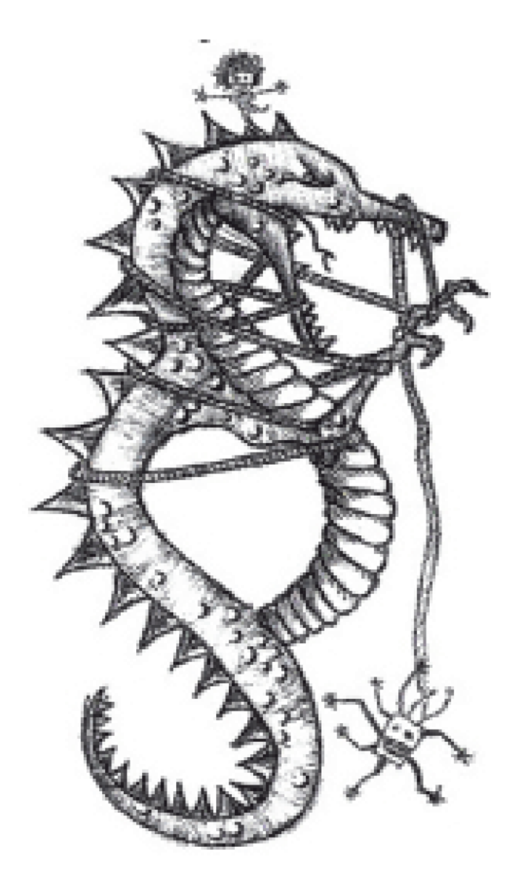
Über das Nennen dieser formalen Ansätze hinaus sollten wir aber auch stärker diskutieren, welche Ziele und Analysen wir mit der offensiven Prozessführung verbinden. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen den konkreten Zielen einerseits und andererseits den politischen Einschätzungen, die dazu führen, eine Strategie zu wählen, die in der Regel mit der Autorität des Gerichts in Konflikt gerät. Konkrete Ziele können z.B. sein:

Angst nehmen, Aktionsfähigkeit erhöhen, Lehren für künftige Aktionen ziehen, unregierbar sein, Obrigkeit anzweifeln, Herrschaft enttarnen, Unruhe stiften, Normalität durchbrechen, eigene Zurichtung überwinden, konsequent handeln und Integrität wahren, letztlich widerständig bleiben, Motivation schöpfen, Geschehen lenken und inhaltlich gestalten, Utopien benennen, die Möglichkeit der Verbindung von effektiver Einzelfallverteidigung und Gesellschaftskritik, Justizbetrieb ins Stocken bringen, ...

Mögliche Elemente einer Kritik, vor deren Hintergrund eine offensive Prozesstrategie gewählt wird, können unter anderem sein:

Steuergeldverschwendung durch Justiz, Permanenter Rechtsbruch, Urteilsfabrik, Kriminalisierung sozialer Bewegungen, Bejahung von staatlichen Gewaltverhältnissen/Staatslogik, Waffen- bzw. gewaltgestützter Apparat, Strafe ist als Konzept bekloppt, Zerstörung von Existenzen, Binäres Weltbild, schwarz-weiß-Logik, Schützt Eliten, Antiemanzipatorisch weil keine Konfliktlösung und keine Verbesserungen für die Zukunft, Gesetze sind doof weil Verregelung des gesellschaftlichen Lebens von Oben anstatt Freier Menschen in Freien Vereinbarungen, Teil des Machtapparates, Aufrechterhaltung des Status Quo/bestehender Herrschaftsverhältnisse, Schützt die Grundlagen des Kapitals wie z.B. das Privateigentum, Kapitalistische Gesellschaften sind grundsätzlich gewaltförmig (z.B. wegen Ausschluss Vieler vom gesellschaftlichen Reichtum, und erzwungener Konkurrenz), Gerichte wenden also gegen die Folgen des eigenen Handelns stumpf noch mehr Gewalt an, Doofe Klamotten, ...

Auch wenn es einigen in unseren Zusammenhängen wichtig ist, beinhaltet die Entscheidung für eine offensive Prozessführung nicht automatisch eine Ablehnung der Justiz an sich. Argumente wie das Verschwenden von Steuergeldern und die Kri-



Das Paragraphenmonster wird gebändigt.

tik am Fließbandbetrieb in den Gerichten mögen gut begründbar sein, stellen aber allein genommen nicht die Justiz an sich, sondern nur ihre konkrete Form in Frage sein. Auch die Kritik an Rechtsbrüchen durch Richter_innen und Kriminalisierung bedarf einer gewissen Zuspitzung, um wirklich in einer radikalen Gesellschaftskritik zu münden.

Zwischen dem Einfordern von Rechten sowie Verweisen auf demokratische Gepflogenheiten und tatsächlich radikaler Justizkritik und –ablehnung in Zusammenhang mit revolutionärer Politik liegt ein großer Unterschied, der oft von uns unterschätzt wird. Wer aber eine solche radikale Kritik vertritt, und sich vor Gericht (sinnvollerweise) dennoch auf die Gesetze des Staates beruft, bewegt sich in einem Widerspruch, der vielen betroffenen nicht bewusst ist. Der Umgang mit diesem Widerspruch ist daher häufig entsprechend unbefriedigend.

Die Schaffung von mehr Bewusstsein von uns und anderen in Bezug auf Inhalt und Notwendigkeit einer radikalen Kritik, erscheint dringend notwendig.

Uran: ein tödlicher Stoff

vom Uranabbau über Verarbeitung bis zu Atommüll und CO_2

fb **Dieser Text erzählt die Geschichte der Uranspirale sowie ihrer Stationen und gibt einen Überblick über die Gefahren, die mit jedem Schritt der Verarbeitung des radioaktiven Urans verbunden sind. Es beginnt mit dem Abbau des Uranerzes, geht weiter mit der Umwandlung des gemahlenen „Yellow Cake“ zu Uranhexafluorid, dann wird es angereichert und im nächsten Schritt werden die Brennelemente hergestellt. Danach wird das Uran im Atomreaktor oder als Waffenmaterial verwendet – und hinterlässt langlebigen radioaktiven Müll. Jedes Stadium der Uranspirale ist mit gefährlichen Transporten und der Freisetzung gewaltiger Mengen Kohlendioxids verbunden.**

Es gibt 92 in der Natur vorkommende Elemente, aber nur eines, Uran, ist zum Schlüssel für den Betrieb der nuklearen Brennstoffspirale geworden. Dieser einzigartige Einsatzbereich rührt von der Spaltbarkeit seines Isotops Uran-235 her. Aus seiner Nutzung ergeben sich für Mensch und Umwelt Gesundheits- und Sicherheitsprobleme, da es durch die Verwendung in AKWs hochradioaktive Stoffe und Gase hinterlässt und selbst noch radioaktiver wird. Der Kern des bereits in der Natur radioaktiven Uran-235 besteht aus 143 Neutronen und 92 Protonen, der des Uran-238 setzt sich aus 146 Neutronen und 92 Protonen zusammen. Die Halbwertzeit von Uran-235 beträgt 713.000.000 Jahre und die des Uran-238 beläuft sich auf 4.500.000.000 Jahre. Uran-238 ist anders als Uran-235 kaum spaltbar. Aber das Uran-238-Atom kann ein Neutron einfangen, um ein Plutonium-239-Atom entstehen zu lassen; in geringerem Umfang entstehen außerdem Plutonium-238, -240 und -242. Plutonium ist das für den Menschen gefährlichste radioaktive Element, wenn es – z.B. durch Einatmen – in den Körper aufgenommen wird.

Uranabbau

Je nach Uran-Lagerstätte wird das Erz in Untertagebergwerken oder Tagebauen abgebaut oder durch Pressen von Chemikalien wie Säuren und Laugen in den Untergrund ausgelöst und an die Oberfläche gepumpt („In-Situ-Laugung“). Der Gehalt von Uran im Erz liegt zwischen 0,1 und 1 Prozent, manchmal auch bei nur 0,01 Prozent. Nur an einigen wenigen Standorten in Kanada kann Uranerz mit Konzentrationen von bis zu 20 Prozent gefunden werden. Daher müssen typischerweise zwischen 100 und 10.000 Tonnen Erz gelöst, extrahiert und verarbeitet werden, um eine Tonne Uran zu produzieren.

Uranabbau verursacht die Zerstörung riesiger Gebiete; oft betrifft dies bisher unberührte Natur auf dem Land indigener Menschen. Große Halden mit nicht ausbeutbarem Uranerz, gewaltige Becken („Tailing Ponds“) mit giftigen Abwässern und der überwiegende Teil der Radioaktivität des abgebauten Urans verbleiben in den betroffenen Gebieten. Die Gesundheit der ArbeiterInnen und in der Region lebender Menschen wird beeinträchtigt und die Umwelt verschmutzt. Damit wird die Lebensgrundlage der örtlichen Bevölkerung auf Dauer vernichtet.

Eines der gesundheitsschädlichsten Zerfallsprodukte des Uran-238 ist das Gas Radon-222. Es entsteht natürlicherweise beim Zerfall des Uran-238 und hat eine Halbwertzeit von 3 Tagen 19 Stunden und 45 Minuten. Durch den Abbau und die Verarbeitung des Uranerzes wird es in die Umwelt abgegeben und kann ernsthafte Schäden am menschlichen Körper verursachen, wenn es eingeatmet wird.

Kasachstan, Kanada und Australien waren 2009 die größten Uran-Produzenten, gefolgt von Russland, Namibia und Niger. Bis zur Schließung der ostdeutschen Wismut-Uranmine stand diese weltweit an dritter Stelle in der Rangliste des produzierten Uranvolumens. Da die Uranvorräte auslaufen, erfolgt seit 2003 ein neuer Ansturm auf profitable Uranerzquellen. In Europa werden neue Abbauvorhaben besonders in der Slowakei, Ukraine und Spanien vorangetrieben, aber auch Schweden und Finnland sind von diesen Entwicklungen gefährdet.

Uranabbau in Australien: Tagebau-Grube der Ranger Uranium Mine



Umwandlung: Yellow Cake

Konventionell in Tagebauen oder Untergrundbergwerken abgebautes Erz wird zunächst in einer Uranmühle zerkleinert und ausgelaugt. Meistens sind diese Anlagen nahe dem Bergwerk angesiedelt. Danach wird das Uran in einem Verfahren der Hydrometallurgie extrahiert. Das Endprodukt der Uranmühle, ein pulverförmiges Uranerzkonzentrat (U_3O_8), enthält eine Mischung verschiedener Uranbestandteile.

Eine geläufige Bezeichnung ist „Yellow Cake“, benannt nach der gelben Farbe eines dieser Uranerzkonzentrate. Zwei Tonnen abgebauten Erzes ergeben etwa ein Kilogramm dieses Stoffes. Die Rückstände der Uranextraktion (Tailings) sind immer radioaktiv und müssen auf „geordnetem Wege“ entsorgt werden. Aufgrund der großen Menge und langen Halbwertzeit des verbleibenden Thoriums, Radi-

ums und der Uranisotope stellen diese Tailings ein dauerhaftes Umweltproblem dar.
Das Uranerzkonzentrat wird als nächstes in Uranhexafluorid (UF_6) umgewandelt (Konversion). In Ekaterinburg (RUS) und Pierrelatte (F) sind derartige Konversionsanlagen ebenso wie in Lancashire (UK) in Betrieb. In verschiedenen anderen Staaten werden auch solche Anlagen betrieben.

Urananreicherung

Die Konzentration des spaltbaren Uran-235 in natürlichem Uranerz ist nicht hoch genug für die Nutzung als Brennstoff in Atomkraftwerken. Der Anteil von Uran-235 beträgt 0,7 % im Natururan, während etwa 99 % aus dem nicht-spaltbaren Uran-238 bestehen. Daher muss der Uran-235-Anteil erhöht werden, um eine atomare Kettenreaktion in den sogenannten Leichtwasserreaktoren zu ermöglichen – das Uran muss angereichert werden. Es gibt verschiedene technische Methoden der Urananreicherung. Eine der gebräuchlichsten Technologien ist die Trennung der Uranisotope in Gaszentrifugen. In Gronau (D) ist die einzige deutsche Urananreicherungsanlage (UAA) mit Gaszentrifugen in Betrieb und produziert Brennstoff mit einer Kapazität von 4.500 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr für etwa 35 Atomreaktoren in aller Welt. Weitere Urananreicherungsanlagen befinden sich u.a. in Tricastin (F) und Almelo (NL). In Gronau soll ein „Zwischenlager“ für 60.000 Tonnen Uranmüll gebaut werden.

Brennelemente-Herstellung

Das UF_6 wird in UO_2 dekonvertiert, und als Uranpulver zu Tabletten von 10–15 mm Länge und 8–15 mm Durchmesser gepresst. Unter hohen Temperaturen von mehr als 1.700 °C werden diese gesintert, um ein keramisches Material zu formen, mechanisch aufbereitet und in Hüllrohre aus einer Zirkoniumlegierung gefüllt, deren Enden zugeschweißt werden. Eine größere Zahl einzelner Stäbe (bis zu 250) werden gebündelt und formen ein Brennelement. Beispiele für Brennelementefabriken sind die Anlagen in Lingen (D) und Dessel (B).

Atomkraftwerk

Der Einsatz von Uran als Brennstoff im Atomreaktor ist lediglich eine von mehreren Stufen der Urankette. Die Kernspaltung im Reaktor erzeugt heißen Dampf, der genutzt wird, um in den Turbinen elektrischen Strom zu produzieren. Beim Betrieb eines Atomkraftwerks werden radioaktive Partikel und Strahlung an die Umwelt abgegeben. Zusätzlich entstehen mit den abgebrannten Brennelementen im Atomkraftwerk große Mengen radioaktiven Mülls, der endgelagert oder „wiederaufbereitet“ werden muss. Unfälle wie 1986 die Katastrophe in Tschernobyl stellen ein inakzeptables Risiko für Menschen und die Umwelt dar. Prinzipiell kann kein Reaktor sicher betrieben werden. 437 Atomreaktoren waren am 1. April 2011 weltweit in Betrieb.
Unabhängig von der Frage, ob der Atommüll in ein Endlager gebracht oder in einer Wiederaufarbeitungsanlage behandelt wird, ist zunächst die Zwischenlagerung des abgebrannten Brennstoffs notwendig. Aus diesem Grund verfügt jedes Atomkraftwerk über ein eigenes Zwischenlager. Die abgebrannten Brennelemente werden für einige Jahre im Abklingbecken gelagert. Viele Atomreaktoren haben außerdem ein Trockenlager, um die Brennelemente für weitere Jahre aufzubewahren. Diese Zwischenlager erhöhen das Gefahrenpotenzial – wie inzwischen auch der Super-GAU im japanischen Fukushima zeigt –, da der Umfang des radioaktiven Inventars erhöht wird und bei Störfällen die Auswirkungen und Folgen enorm steigen.

Entsorgung

In jedem Glied der Uranspirale wird Atommüll produziert. Ein durchschnittliches Atomkraftwerk mit einer Kapazität von etwa 1.300 Megawatt braucht im Volllastbetrieb ungefähr 33 Tonnen angereichertes Uran pro Jahr. Um diese Menge Brennstoff zu produzieren, müssen über 740.000 Tonnen Gestein bewegt werden, von denen fast 620.000 Tonnen als radioaktiver Abfall in Halden in den Abbaugebieten verbleiben. Nur etwa 120.000 Tonnen Uranerz können im nächsten Schritt weiter verarbeitet werden. Hier fallen etwa 123.000 Tonnen radioaktiver und giftiger Schlick an, die in den Tailing Ponds abgelagert werden. Ca. 280 Tonnen Uranerzkonzentrate werden in etwa 348 Tonnen Uranhexafluorid umgewandelt, wobei wiederum 165 Tonnen festen bzw. 153 m³ flüssigen Atommülls entstehen. Die Urananreicherung hinterlässt weitere 305 Tonnen abgereichertes UF_6, das entsorgt werden muss oder für militärische Zwecke verwendet wird. Lediglich 43 Tonnen angereichertes UF_6 werden nun zu 33 Tonnen UO_2 in Brennelementen für den Reaktoreinsatz verarbeitet. Während des Betriebs eines Atomkraftwerks entsteht daraus hochradioaktiver Müll und weitere strahlende Abfälle werden erzeugt, die entsorgt werden müssen.
Nach dem Durchlaufen all dieser Abschnitte der Uranspirale hat sich die Menge des Atommülls verdoppelt, denn ein Großteil der Materialien, die in Kontakt mit den radioaktiven Substanzen kommen, werden auch radioaktiv und müssen als niedrig- oder mittelradioaktiver Abfall entsorgt werden. Nirgendwo in der Welt existiert ein sicheres Endlager für den langlebigen Atommüll, und wahrscheinlich wird es niemals eine sichere Lösung für dieses gefährliche Problem geben, da es unmöglich ist präzise Entwürfe einer für Millionen von Jahren sicheren Endlagerstätte zu formulieren. Niemand kann detaillierte Berechnungen der geologischen oder gar sozialen Entwicklungen über einen derart langen Zeitraum leisten.
Bis heute wird der Uranabfall in riesigen radioaktiven Abraumhalden und in großen sowohl giftigen als auch radioaktiven Tailing Ponds in den Abbaugebieten sowie in Zwischenlagern nahe den Verarbeitungsanlagen gelagert, in bestimmte Gebiete der Erde entsorgt (beispielsweise wurde deutscher Uranmüll lange Zeit nach Russland geschickt) oder wurde in bekanntermaßen unsichere Atommüll-Endlager verbracht.

Tailing Ponds mit gelbem Atommüll bei der Olympic Dam Mine

Behandlung des Atommülls: „Wiederaufarbeitung“

Das chemische Verfahren zur Abtrennung von Plutonium oder spaltbarem Uran aus abgebrannten Brennstäben wird „Wiederaufarbeitung“ genannt. Weltweit werden etwa 10 % des abgebrannten Brennstoffs wiederaufbereitet. Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) haben überall auf der Welt – z.B. in La Hague (F) oder Sellafield (UK) – ärmliche Zeugnisse beim Arbeitsschutz, beim Immissionsschutz, bei der Abfallbehandlung und in Sachen Sicherheit an den Tag gelegt.
Die Wiederaufarbeitung wurde vor Jahrzehnten entwickelt, als die Atomindustrie

plante Plutonium für den Einsatz in Reaktoren vom Typ „Schneller Brüter“ zu separieren. Aufgrund von Problemen der Wirtschaftlichkeit, bei der Sicherheit und in technischen Fragen scheiterte die Brütertechnologie. Ungeachtet dieses Misserfolgs wird die Wiederaufarbeitung in Europa und Asien noch fortgesetzt. Plutonium, von dem lediglich wenige Kilogramm genügen, um eine Atomwaffe zu bauen, wird nun in gewissem Umfang für sogenannte Mischoxidbrennelemente (MOX) verwendet. MOX erhöht die Gefahren atomarer Proliferation, da das Plutonium einfacher als aus abgebrannten Brennstäben für die Verwendung in Waffen extrahiert werden kann. Um MOX-Brennstoff einsetzen zu können, muss der Reaktor angepasst werden. Diese Konfigurationsänderung führt zu einem geringeren Sicherheitsspielraum, wenn der Reaktor abgeschaltet wird, und die Brennstäbe können leichter beschädigt werden. Plutonium neigt bei Temperaturanstieg zu steigenden Spaltungsraten, was die Kontrolle über den Reaktor gefährden kann.
Neben der begrenzten Wiederverwendung von Plutonium, behauptet die Atomindustrie 95 % des wiederaufbereiteten Urans erneut anzureichern und als Brennstoff wieder zu verwenden. Das ist jedoch nur Theorie. In Wirklichkeit wird nur ein geringer Teil wiederverwendet.

Militärische Verwendung

Die Urananreicherung ist auch ein brisantes Thema der Rüstungspolitik. Prinzipiell können Anreicherungsanlagen wie die in Gronau (D) auch atomwaffenfähiges Uran produzieren. Atomwaffenfähiges Uran wird bis zu einem Grad angereichert, an dem es 70–90 % Uran-235 enthält. Offiziell darf Gronau bisher nur bis zu „zivilen“ 6 % anreichern. Ein höherer Prozentsatz könnte aber nach einigen Umbauten erreicht werden.
Aber nicht nur Urananreicherungsanlagen versorgen das Militär mit dem tödlichen Material: In Wiederaufarbeitungsanlagen wie La Hague (F) wird Plutonium produziert, das für Atomwaffen verwendet werden kann. Dies war ohnehin die ursprüngliche Konzeption dieser Anlagen, was durch die in Frankreich verwendete Bezeichnung als „l’usine de plutonium“ verdeutlicht wird.
Seit den 1990ern verwendet das Militär verschiedener Länder wie der USA oder Großbritannien abgereichertes Uran (depleted uranium – DU – ein Abfallprodukt der Anreicherung von Uran-235), um die Wirkung konventioneller Geschosse zu verstärken. Wenn das Geschoss auf einer gepanzerten Oberfläche auftrifft, wird ein feines Pulver aus Uranstaub freigesetzt und verbreitet. Während des letzten Jahrzehnts verursachte DU-Munition schwerwiegende Gesundheitsschäden unter betroffenen Soldaten und EinwohnerInnen der angegriffenen Gegenden.

Klimaveränderung

Atomkraft ist nicht CO_2-neutral. Der Abbau von Uran, dessen Verarbeitung, die Konversion von „Yellow Cake“ zu Uranhexafluorid (UF_6), die Urananreicherung, die Rückverwandlung des UF_6 in Uranoxid und die folgende Brennelementeherstellung verbrauchen eine gewaltige Menge fossiler Energie. Umso schlechter der Urangehalt des Erzes, umso höher ist der erforderliche Aufwand zur Herstellung des Brennstoffs. Selbst bei heutigem Stand der Technologie verursacht jede Kilowattstunde Atomstrom 32–65 g CO_2, das in die Atmosphäre freigesetzt wird. Andere Untersuchungen haben bis zu 159 Gramm CO_2 pro Kilowattstunde Atomstrom aufgezeigt. Die meisten erneuerbaren Energiequellen produzieren geringere CO_2- oder vergleichbare klimarelevante Emissionen. Sogar moderne Kraft-Wärme-Kopplung-Blockheizkraftwerke verursachen geringere Klimaprobleme als manche Atomkraftwerke.
Neben der Uranverarbeitung zur Brennelementeherstellung wird auch für den Bau von Atomkraftwerken viel Energie verbraucht, und auch die zugehörige Infrastruktur benötigt große Mengen an Ressourcen und Energie, da sie wegen der Risiken, die mit dem Betrieb von Atomanlagen verbunden sind, sehr robust sein müssen. Diese Energie wird meist aus fossilen Quellen gewonnen.
Außerdem produziert der atomare Brennstoffzyklus Treibhausgase wie Fluorkohlenwasserstoffe (FKW – emittiert z.B. von der Atomanlage Sellafield), die tausendfach klimawirksamer als Kohlendioxid sind.

Transporte

Im Zusammenhang mit der Herstellung von atomarem Brennstoff für die Reaktoren aus natürlichem Uran sind eine gewaltige Zahl von Transporten notwendig. Jede Sendung birgt das Risiko von Unfällen oder gefährlichen Anschlägen und führt zur Freisetzung großer Mengen klimarelevanter Gase. Außerdem erhöhen die Transporte die Strahlenexposition von AnwohnerInnen, FahrerInnen, Sicherheitskräften und anderen Personen, die von der Fracht passiert werden.
Transporte sind notwendig, um das Uranerz und die verarbeiteten Produkte von einer Anlage zur nächsten zu bringen, um den Atommüll von den Atomkraftwerken zu den Zwischenlagern oder Wiederaufarbeitungsanlagen zu befördern und um andere Vorräte und Stoffe für diese Prozesse an die richtigen Orte zu verfrachten. Zusammen mit der Verarbeitung des Urans sind die Transporte hauptverantwortlich für die schlechte Klimabilanz von Atomkraftwerken.
Atomtransporte erfolgen zum größten Teil per LKW, Schiff oder Zug. Daher werden die Kommunen bestimmter Seehäfen, Bahnhöfe und Bahnstrecken, sowie Autobahn- und Fernstraßenrouten von diesen gefährlichen Frachten beeinträchtigt.
In Deutschland führt der Transport hochradioaktiven Atommülls (die sogenannten Castortransporte) zu den Zwischenlagern in Gorleben, Lubmin oder Ahaus immer wieder zum Widerstand von Tausenden Menschen und wird mit der Gewalt Tausender PolizeibeamtInnen durchgesetzt. In großen Mengen wird Uranmüll von der UAA Gronau nach Frankreich transportiert.

Weitere Informationen

The Sustainable Energy & Anti-Uranium Service:
http://www.sea-us.org.au
Nuking the Climate (Film über Uranabbau):
http://nukingtheclimate.com
WISE Uranium Project:
http://www.wise-uranium.org
Uranium Network:
http://uranium-network.org
Nuclear Heritage Network - Bereich Uranabbau:
http://uranium.nuclear-heritage.net
Uranium Watch:
http://uraniumwatch.org

Grundlage dieses Textes ist ein Hintergrund-Faltblatt, das über das Nuclear Heritage Network derzeit in vier Sprachen (deutsch, englisch, finnisch, russisch) bestellt werden kann:
http://material.nuclear-heritage.net

Der sogenannte deutsche Atomausstieg ist eine Lüge

fb Auch wenn die deutsche Regierung und einige konservative Medien die im Mai/Juni getroffene Strategieentscheidung der deutschen Führung als konsequente Reaktion auf das atomare Desaster in Fukushima feiern und als Fortschritt bezeichnen, handelt es sich dabei um das Gegenteil. Mit den aktuellen Entscheidungen der regierenden Parteien der BRD soll eine teilweise Erhöhung der verbleibenden Laufzeiten der Atomreaktoren gesetzlich verankert werden. Die Atomindustrie erhält ein weiteres Geschenk in Form des Weiterbetriebs von neun Reaktoren. Damit werden weitere Fukushimas und Tschernobyls für mindestens elf zusätzliche Jahre legalisiert.

Zwar sind noch nicht alle Einzelheiten des neuen Gesetzes öffentlich, aber mittlerweile scheint es sich zu einem Geschenk an die Atomindustrie zu entwickeln, die bereits fürchtete alle ihre AKW zu verlieren. Es gibt keine Anzeichen, dass das Stilllegen der Reaktoren unwiderruflich bleibt. Im Gegenteil, ein Reaktor soll bereit gehalten werden, um möglicherweise reaktiviert zu werden. In ein paar Jahren könnte die Atomindustrie wieder anfangen zu verhandeln, mit der Begründung, dass es nicht möglich ist ihre AKW zu schließen – wie sie es ja schon mal getan haben. Wie die Erfahrung mit dem sogenannten Atomausstieg in den letzten zehn Jahren gezeigt hat, gibt es nur bei Reaktoren, die auch tatsächlich abgeschaltet wurden, die Chance, nicht wieder reaktiviert zu werden – obwohl Grüne und Sozialdemokraten während ihrer gemeinsamen Bundesregierung sogar Möglichkeiten gefunden haben Reaktoren faktisch zu reaktivieren, indem sie der Industrie erlaubt haben, die theoretisch verbliebende Laufzeit eines bereits abgeschalteten Reaktors zur Laufzeit anderer AKW hinzuzufügen. Der neue „Plan“ sagt, dass die verbliebenen neun Reaktoren 2015, 2017, 2019, 2021 und 2022 dicht gemacht werden sollen – genug Zeit für die Atom-Lobby, wieder einen Ausstieg aus dem Ausstieg zu versuchen, wie es einige Monate vor der Katastrophe von Fukushima geschehen war.

Es scheint, dass die arithmetisch noch verbleibende Laufzeit der ältesten Atomreaktoren zur gesetzlichen Laufzeit der neueren (die auch alle ziemlich alt sind) hinzugerechnet werden soll. Sogar die gesetzlichen Laufzeitkapazitäten solcher AKW, die wegen Unfällen oder Gerichtsbeschlüssen ausgeschaltet oder geschlossen wurden, werden zu den verbleibenden hinzugerechnet. Da Unfälle und Vorfälle bei der Atomindustrie normal sind, könnte die schlußendliche Schließung des letzten Reaktors noch viel länger brauchen als bis 2022, eben wegen der Regel, dass die Unterbrechungszeit nicht zur gesetzlichen Laufzeit gerechnet wird.

Laut den verfügbaren Informationen über den Ausgang der Verhandlungen der regierenden Parteien, werden die sieben Reaktoren, die als Konsequenz aus der Katastrophe von Fukushima ausgeschaltet sind, als auch das AKW Krümmel, welches seit vielen Jahren wegen einer Reihe von Unfällen ausgeschaltet ist, nicht wieder angefahren werden. Das ist wahrscheinlich die einzige gute Nachricht: Die Regierung wagt es nicht sie wieder anzufahren – Massenblockaden dieser Reaktoren wurden für den Zeitpunkt, an dem das Moratorium enden würde, angekündigt.

Die Anti-Atom-Bewegung in Deutschland, Umwelt-Gruppen, Oppositionsparteien auf Bundesebene als auch die große Zahl von Länderregierungen, die nicht von den Parteien der Bundesregierung gestellt werden, üben zur Zeit viel Druck auf Angela Merkel und ihr Kabinett aus, das Gesetz zum Atomausstieg zu verbessern, das die Regierungsparteien am 30. Mai 2011 beschlossen haben. Einige Einzelheiten wurden schon aufgrund der Verhandlungen geändert, z.B. ein schrittweises Schließen der Atomkraftwerke statt alle bis 2022 laufen zu lassen. Und es scheint auch so, dass die vorgeschlagenen und durch die frühere Rot-Grüne-Regierung im alten Atomausstiegsgesetz festgehaltene Möglichkeit des Transfers von Reaktor-Laufzeiten beseitigt wird. Dies sind nicht die Erfolge der konservativen Regierung oder der Pseudo-Anti-Atom-Partei der Grünen, die für das Rahmenwerk für die AKW-Laufzeit-Verlängerung verantwortlich sind, sondern der Anti-Atom-Bewegung.

Mehr Abos für das grüne blatt:

Damit wir das grüne blatt besser kalkuliert werden kann und um zumindest einen Teil der Herstellungskosten zu finanzieren, suchen wir weitere Abonnent_innen.
Überleg doch, ob du das grüne blatt abonnieren möchtest und frag auch andere Leute danach. Den Abo-Schnippel findest du ganz hinten im Heft.

NukeNews

Neuer Anti-Atom Infodienst gestartet

fb Die erste Ausgabe der „NukeNews“ – ein mehrsprachiger Anti-Atom-Newsletter, der über atompolitische Entwicklungen in verschiedenen Ländern, internationale Events, Kampagnen etc. informiert – erschien Anfang Juni zum ersten Mal und soll von nun an vierteljährlich verschickt werden. Die NukeNews gibt es derzeit in fünf Sprachen: Deutsch, Englisch, Finnisch, Französisch und Russisch. Wir suchen noch HelferInnen, die Beiträge für den Newsletter beisteuern, übersetzen oder bei der Zusammenstellung der unterschiedlichen Sprachversionen helfen wollen. Meldet euch bei
newsletter@nuclear-heritage.net!
Wenn ihr alle drei Monate den NukeNews-Newsletter in eurer bevorzugten Sprache erhalten wollt, könnt ihr ihn hier abonnieren:
http://www.greenkids.de/europas-atomerbe/index.php/NukeNews
Die „NukeNews“ sind ein mehrsprachiger Newsletter von Anti-Atom-AktivistenInnen aus verschiedenen Ländern, um andere AktivistenInnen und die interessierte Öffentlichkeit über Atompolitik und aktuelle Entwicklungen in ihrer Region, sowie über Anti-Atom-Kampagnen und Aktionen zu informieren und Texte über die Themen, an denen sie gerade arbeiten zu verbreiten. Die erste Ausgabe des Newsletters erschien im Juni 2011 und soll von nun an vierteljährlich verschickt werden. Die „NukeNews“ sind ein offenes Projekt, das von engagierten Anti-Atom-AktivistInnen getragen wird und nicht durch professionelle EditorInnen. Die Grundidee ist Personen in anderen Ländern über die Entwicklungen und Aktivitäten im eigenen Land oder der eigenen Region zu informieren. Somit ist es ein Werkzeug zur Vernetzung und zum Informationsaustausch.
Da lange E-Mails nicht das Interesse der LeserInnen wecken, versuchen wir die einzelnen Nachrichten sehr kurz zu halten. Soweit möglich binden wir Links zu Webseiten mit weiterführenden Informationen zu dem jeweiligen Thema ein. Das „Nuclear Heritage Network“ ist ein informelles Netzwerk von AktivistenInnen – aufgrund ihres Engagements für die Sache mangelt es den meisten von ihnen an Zeit um weitere Aufgaben zu übernehmen. Ebenso sind die „NukeNews“ von Freiwilligen geschaffen, um über ihre Aktivitäten zu berichten, während sie sich auf die unmittelbare Bekämpfung der atomaren Bedrohung konzentrieren. Folglich eignet sich das Konzept dieses Newsletter-Systems ganz gut, da kurze Nachrichten auch von AktivistenInnen, die bedingt durch ihre Projekte wenig Zeit haben, leichter zu schreiben sind und andere Personen diese dann einfacher in verschiedene Sprachen übersetzen können.
Die Inhalte der „NukeNews“ schließen Projekte, Kampagnen, Aktionen und andere Aktivitäten von Personen des „Nuclear Heritage Network“ genauso mit ein wie andere Anti-Atom-Nachrichten, die für den interessierten LeserInnenkreis der „NukeNews“ wichtig sein könnten. Grundsätzlich sollen die „NukeNews“ vierteljährlich erscheinen. Dies ist ein guter Zeitrahmen um Personen über Anti-Atom-Entwicklungen in anderen Ländern auf dem Laufenden zu halten und selbst für sehr beschäftigte AktivistenInnen realisierbar. Die „NukeNews“ sind eine gute Möglichkeit für Anti-Atom-AktivistenInnen Informationen über ihre Aktivitäten, Projekte und Veranstaltungen zu verbreiten. Schon jetzt beziehen einige Personen verschiedene Sprachversionen des Newsletters.

Fukushima Emergency Alert

Hintergrundinformationen und Updates

fb Seit dem Beginn der Atomkatastrophe in Fukushima tun wir unser Bestes alle relevanten Informationen, Einschätzungen, Daten und Materialien vom Betreiber, den japanischen und internationalen Behörden, unabhängigen NGOs, Medien und atomkraftkritischen WissenschaftlerInnen auf der Internetseite des Nuclear Heritage Netzwerks zusammen zu tragen. Obwohl es ohne umfangreiches Personal unmöglich ist alle Informationsquellen zu berücksichtigen, ist daraus bereits ein unbezahlbarer Wissensschatz zu dem atomaren Desaster entstanden. Diese Internetseite ist als Grundlage für deine Anti-Atom-Arbeit gedacht, also nutze sie!
Im August erschien außerdem ein vierseitiges Faltblatt mit Hintergrundinformationen über die Katastrophe, den Unfallhergang, Freisetzungen, Folgen und Konsequenzen. Es bereitet die Fakten in zeitloser Weise auf und benennt gleichzeitig die noch nicht behördlich bestätigten Befürchtungen atomkritischer ExpertInnen. Das Faltblatt wurde in mehreren Sprachen veröffentlicht – kontaktiere contact@nuclear-heritage.net, um mit weiteren Übersetzungen und durch die Verbreitung dieses Infomaterials in deiner Region zu helfen!
Der gesamte Bericht findet sich auf: http://atomiclegacy.net



Das Kraftwerk Fukushima Dai-ichi am 17. März 2011 Foto: DigitalGlobe



Anti-Atom-Aktion zum Tschernobyl-Tag in Minsk

12 AktivistInnen verhaftet

Mit einer internationalen Aktion protestierten Menschen aus Belarus, BRD und Polen mit Bannern und Kurzdemos an belebten Plätzen in Minsk gegen das AKW-Projekt in Astraviec. Es war der 25. April 2011, 25 Jahre nach der geschichtsträchtigen Nacht, in der das AKW Tschernobyl in der bis Fukushima schlimmsten Katastrophe explodierte; der selbe Tag, an dem über 140.000 Menschen in Deutschland und anderen Ländern anlässlich dieses Jahrestages gegen Atomkraft demonstrierten. Nach einer erfolgreichen und von staatlichen Sicherheitskräften ungestörten 6-Minuten-Demo wurde die zweite Aktion durch belarussische Zivilpolizeieinheiten beendet, wobei 12 von schätzungsweise 40 AktivistInnen verhaftet wurden. Die Aktion, und mehr noch die Reaktion der Polizei, führte zu einem großen Medienecho in Belarus und in anderen Ländern, insbesondere in der BRD.

fb Eine internationale Aktion von ca. 40 Aktivist_innen aus Belarus, Deutschland und Polen fand am Tag vor dem Tschernobyl-Tag 2011 in Minsk statt. Im am meisten von der Tschernobyl-Katastrophe betroffenen Land sollte diese Aktion an die tödliche Gefahr der Atomkraft erinnern und den Widerspruch gegen die Pläne der Belarussischen Regierung, ein Atomkraftwerk in Astraviec zu bauen, sichtbar machen.

Wegen der staatlichen Repression in Belarus gegen beunruhigte Bürger_innen sind die meisten politischen Aktionen in diesem Land illegal. Deswegen musste die Aktion kurz und effektiv gestaltet werden. Um Kontakt mit der Polizei zu vermeiden, war es nur ein 5–10 Minuten-Event: Anti-Atom-Banner an belebten Plätzen zeigen und Flyer verteilen. Die erste Aktion an einem Einkaufszentrum verlief gut und die Leute konnten ohne Probleme nach ihrer Session verschwinden. Als sie die Aktion an einem anderen hoch frequentierten Ort, am Puschkin-Platz, wiederholten, hielt ein roter Bus und ein zweites ziviles Auto an der Straße an und Männer in schwarzen Anzügen sprangen aus ihm heraus. Sie brachten die Leute mit den Bannern zu Boden und zogen sie in die Autos. Andere, die entkommen konnten, wurden von ihnen mehrere hundert Meter weit gejagt. Wie eine Kidnapping-Aktion. Innerhalb von 5 Minuten wurden 12 Aktivist_innen von dieser Polizeieinheit, wahrscheinlich eine Anti-Riot-Einheit, in Gewahrsam genommen: Sechs Deutsche, fünf Belarus_innen und eine Polin.

Während des ersten Tags ihrer Gewahrsamnahme bekamen sie kein Essen und später bekamen sie nur eine kleine Menge, nachdem die Deutsche Botschaft Druck auf die weißrussischen Behörden ausgeübt hatte. Sie hatten keine Decken, obwohl es kalt war und das Wasser, das sie bekamen war ungenießbar. „Total normal“, kommentierte eine weißrussische Aktivistin, aber in Konflikt mit Belarus’ Verpflichtungen durch verschiedene internationale Verträge.

Nach einem Tag wurden alle der folgenden „Anklagen“ für schuldig befunden: Zeigen von Bannern, Schreien in der Öffentlichkeit, Stören von Fußgängern. Zusätzlich zu einem (die Belarus_innen) bzw. zwei Tagen in Gewahrsam (die ausländischen Aktivist_innen) wurden alle jeweils mit einem Bußgeld zwischen 550.000 und 700.000 BYR (120–160 EUR) belegt. Die Ausländer_innen haben ein Einreiseverbot von mindestens 3 Jahren.

Ein weiterer Aktivist, der vor dem Gericht Fotos machen wollte als die Gefangenen verurteilt werden sollten, wurde gewaltsam von der Polizei festgenommen. Allerdings ist in Belarus das Fotografieren von Polizist_innen prinzipiell nicht illegal. Später beschuldigten sie ihn für „Schreien in der Öffentlichkeit“. Dafür kam er zehn Tage in Gewahrsam.

Diese Aktion, und besonders die Reaktion der Belarussischen Behörden, brachte viel internationale Medienaufmerksamkeit, besonders aus Deutschland, für den Fall und die Pro-Atom-Politik von Belarus.



oben: **Aktion am Puschkin-Platz mit dem Banner „AKW = Zeitbombe“**
unten: **Aktion am Einkaufszentrum mit den Bannern „Tschernobyl, Fukushima, Ostrovets?“ und „Wir sind gegen den Atomreaktor“**

++++ internationale direkte Aktionen ++++
++++ Kurznachrichten ++++

++++ Brutale Räumung des Anti-TAV Protestcamps in Italien ++++

Italien, 27/06/2011: Am frühen Morgen um 05 Uhr stürmten 2 000 Polizist_innen ein Protestcamp in Val di Susa, Norditalien, um mit den Bauarbeiten für eine Hochgeschwindigkeitsbahn, High Velocity Railway (TAV) zu beginnen.

Die Polizei attackierte das Camp mit Tränengas. Einige der Protestierenden wurden verletzt. Ihre Campingausrüstung sowie einige Fahrzeuge wurden zerstört. Daraufhin drängten Menschen aus der Region auf die Straßen. Autobahnen wurden mit quergestellten Lastern blockiert. Die Metaller-Gewerkschaft Fiom rief zu einem 8-stündigen Direktstreik auf in Solidarität mit dem Protest. Am Abend nahmen 2000 Menschen an einer Demonstration gegen das Projekt teil. Die Hochgeschwindigkeitsbahn ruft vor Ort seit Jahren Widerstand hervor, weil Bewohner_innen des Susa-Tals enorme Umweltschäden durch die Errichtung der Tunnel für die Strecke befürchten. Zwei gigantische Tunnel müssten in die Berge gesprengt werden, der Längere 53 Kilometer lang. Diese beiden Tunnel müssten mit einer Brücke verbunden werden, direkt oberhalb des Dorfes Venaus.

Die Strecke soll die Fahrtzeit von Mailand nach Paris von 7 auf 4 Stunden verkürzen und ist somit ein Infrastrukturprojekt mit hohem Interesse von der EU. Deshalb gibt es auch EU-Subventionen. Die Räumung und der Beginn der Bauarbeiten – mit Gewalt gegen den Widerstand durchgesetzt – sind auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Denn die Subventionen gibt es nur, wenn bis Ende Juni angefangen wurde zu bauen. Der Innenminister gab dann auch zu verstehen: „Dieses Projekt wird durchgeführt. Andernfalls würden wir goodbye zu hunderten Millionen Euro EU-Subventionen sagen, aber besonders auch zur Anbindung an Europa. Wir würden also goodbye zur Zukunft sagen."

Am Sonntag darauf, den 3. Juni 2011 kam es italienweit zu Demonstrationen und Aktionen. Vor Ort im Susa-Tal versammelten sich Zehntausende und versuchten die Baustelle zu besetzen. Teilweise gelang es die Zäune zu überklettern. 2000 Riotpolizisten gingen äußerst brutal gegen den Widerstand vor und setzten massenhaft Tränengas ein. Es gab viele Verletzte auf beiden Seiten, ein TAV-Gegner wurde von einem Tränengasgeschoss im Gesicht getroffen.

Frei übersetzt von http://earthfirst.org.uk

++++ 5 Menschen umgebracht bei Kämpfen gegen Silbermine ++++

25.6.11, Peru: Mindestens 5 Menschen wurden durch die Polizei umgebracht bei Protesten gegen eine geplante Silbermine im Süden von Peru. 20 weitere wurden verletzt. Seit Mai diesen Jahres gibt es in der Region Puno heftigen Widerstand gegen die Unterzeichnung eines Vertrages über den Silberabbau mit einem kanadischen Unternehmen. Die Anwohner_innen wollen die Erhöhung der Umweltverschmutzung nicht hinnehmen während das Projekt für sie selber kaum Nutzen bringt. Im Mai blockierten die indigenen Bewohner_innen Straßen zwischen Peru und Bolivien für 3 Wochen. Während eines zweitägigen Streiks gegen dieses Projekt wurde nun zweimal versucht den lokalen Flughafen in Juliaca zu blockieren. Als 1000 Aktivist_innen versuchten die Umzäunungen des Flughafens zu überwinden kam es zu der Polizeigewalt. Der Flugverkehr musste eingestellt werden. Aufgrund des anhaltenden Widerstandes wurde das Projekt der Silbermine verworfen.


https://earthfirst.org.uk/actionreports/content/peru-airport-riot

Frei übersetzt von http://earthfirst.org.uk

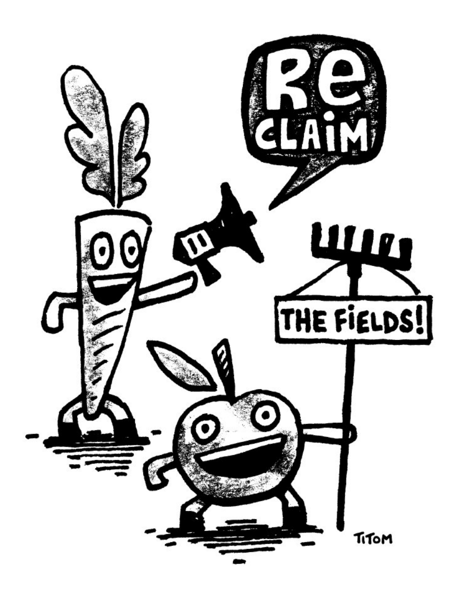
++++ Neues aus dem Khimki-Wald ++++

Der Khimki-Wald ist ein direkt an Moskau angrenzender alter Eichenwald und wird auch die „grüne Lunge Moskaus" genannt. Nun wird es wohl eher die „schwarze Lunge" werden, denn eine Autobahn, die weite Teile des Waldes zerstört, ist gerade im Bau. Bereits im vergangenem Jahr kam es zu heftigen Protesten gegen den Autobahnbau, an dem sich weite Teile der Bevölkerung beteiligten, aber auch Öko-Anarchist_innen, gegen die es nach militantem Widerstand zu massiver Repression kam. Die Bauarbeiten wurden allerdings durch den massiven Widerstand ausgesetzt. Das war jedoch nur ein kurzer Erfolg, denn im Frühjahr 2011 wurden sie wieder aufgenommen. Der Widerstand aber auch. Im Wald campieren jede Nacht Autobahngegner_innen, um die Rodungen zu verhindern und riskieren damit Gesundheit und Leben. Denn immer wieder werden sie von brutalen Securities der Baufirmen angegriffen.

frei übersetzt von http://khimkiforest.org

+++ 400 Bauern, Clowns und „faucheurs volontaires“ befreien Genkartoffelfeld in Belgien +++

Am Sonntag den 29. Mai machten sich 400 Antigentechnikaktivist_innen auf, um das Genkartoffelfeld nahe Ghent unschädlich zu machen. Polizeiketten und Stacheldrahtzaun wurden dabei überwunden. Aus ganz Belgien kamen die Aktivist_innen zusammen, unter ihnen auch viele der in Frankreich etablierten Bewegung „faucheurs volontaires" (freiwillige Befreier_innen). Sie bildeten gemeinsam die Bewegung „Field Liberation Movement". Der Tag begann an einem Treffpunkt in der Nähe des Feldes mit VoKü und inhaltlichem Programm, dann ging es los zum Feld. Mit einer Sambaband, Clowns und viel buntem Treiben. Die Cops waren mit 50 Beamt_innen unterbesetzt und konnten die Feldbefreier_innen nicht von ihrem Ansinnen, das Feld von seiner unheilvollen Saat zu befreien, stoppen. Am Ende nahmen sie noch 15 Personen fest, die nach einer Personalienkontrolle aber wieder freigelassen wurden. Welche rechtlichen Anklagen auf sie zukommen ist noch unklar.



Frei übersetzt von http://earthfirst.org.uk

+++ Anti-GMO-Sabotage auf einem Bauplatz für einen ASDA Supermarkt ++++

Schottland, Mitte Mai: Zwei Baufahrzeuge auf einem Bauplatz für einen Supermarkt der Kette ASDA in einem Vorort von Edinburgh wurden Mitte Mai sabotiert. Elektronik- und Hydraulikkabel wurden zerschnitten. Die Aktion fand statt, weil die Supermarktkette Gentechnikprodukte befürwortet und vermarktet. In einem Bekenner_innenschreiben auf Indymedia Schottland, dem diese Informationen entnommen sind heißt es: Wir leisten Widerstand gegen die Kontrolle unserer Nahrung durch die Supermärkte und Pharmakonzerne, die das Ziel verfolgen zu beenden was ihre Vorgänger_innen mit der Patentierung des Lebens begonnen haben.

Frei übersetzt von http://earthfirst.org.uk

++++ Guardia Civil verhaftet 12 radikale Umwelt- bzw. Tierschützer ++++

BILBAO / SPANIEN 23.06.2011: Die Guardia Civill hat in einer großangelegten Operation in vier spanischen Provinzen 12 Personen verhaftet, die des „Öko-Terrorismus" beschuldigt werden und der Tierbefreiungsfront „Frente Liberación Animal" zugerechnet werden, weltweit bekannt als Animal Liberation Front.

Vier der Personen wurden in der Biskaya, die anderen in Madrid, Asturien und Galicien verhaftet. Koordiniert wurde die Operation vom Amtsgericht in Santiago de Compostela.

Die Ermittlungen kamen ins Rollen, nachdem radikale Aktivisten in Galizien in Farmen eingebrochen sind und Nutzteire befreit haben, auch werden sie beschuldigt, Tiere aus Zohandlungen, Zoos und Zirkussen befreit zu haben.

http://tierrechte.blog.de/2011/06/24/

+++++ Carlo Giuliani – unvergessen +++++

Der 10. Jahrestag der Ermordung Giulianis gibt uns Anlass zur Erinnerung, aber bestärkt uns auch in unserem Widerstand. Carlo war zum falschen Zeit, am falschen Ort. Es hat ihn getroffen, aber gemeint waren wir alle. Wir wollen ihm gedenken, nicht als Märtyrer irgendeines glorifizierten Widerstandes, sondern als das was er ist: Ein Opfer staatlicher Repression und Willkür.

Carlos Tod zeigt, das vermeintlich demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien nichts mehr zählen, sobald der Staat sich durch Proteste in seiner Legitimation, auch nur im Ansatz, bedroht fühlt. Dann gelten Gesetze und moralische Erwartungen plötzlich nur noch für eine Seite. Dann werden Aktivist_innen wegen nicht haltbaren oder geringfügigen Vergehen mit Ermittlungsverfahren und Prozessen überzogen, während Staatsbeamt_innen die ganze Palette von Straftaten, bis hin zum Mord, zur Verfügung haben ohne sich groß um die Folgen scheren zu müssen.

Dennoch bricht dies alles nicht unseren Widerstand. Unser Traum von einer befreiten Gesellschaft, die auf gegenseitige Rücksichtnahme, Reichtum für alle, und ein selbstbestimmtes Leben baut, lässt sich nicht einfach wegprügeln. Gegen eure Knüppel, Spitzel und Knäste setzen wir unsere Solidarität. Wenn ihr versucht einen von uns zu treffen, spürt ihr den Widerstand von allen.

Carlo Giuliani ist tot – der Kampf geht weiter. Für ihn. Für uns.

www.antinationale.org





Endstation

(phandasia) Endstation Hoffnung ist kein Gnadenhof. Es ist viel mehr ein Ort für die chancenlosen, ungewollten sogenanten Haustiere – für alte, kranke und/oder behinderte Hunde, die keinen Platz in der Gesellschaft haben, weil sie anders sind. Es ist ein Ort, an dem Tiere, oft nach einem Leben voller Lieblosigkeit und Entbehrung, dennoch in Frieden gehen können ... zumindest ist das mein Wunsch.

Hier darf jede_r sein wie er/sie ist, ohne irgendwelchen menschlichen Ansprüchen genügen zu müssen.

Angefangen hat es mit meinem allerersten Hund, der blind und alt war und im Tierheim saß. Seitdem bewegt mich das Schicksal dieser abgeschobenen Hunde zutiefst und ich möchte vor allem alten gehandicapten Hunden einen schönen Lebensabend bereiten. Ich würde die Erlebnisse und Erfahrungen, die mir diese Tiere zugute kommen lassen um nichts auf der Welt missen wollen.
Vorwiegend leben bei mir Auslandshunde, weil diese meist unter unwürdigsten Bedingungen leben. Mit der Zeit kam hier und da eine Katze dazu. Sie lebt wie alle anderen Katzen als FreigängerIn.

Da ich mit den Tieren in einem großen Haus auf dem Land lebe und keine Stallungen habe, kann ich keine sogenannten Großtiere bzw. ehemaligen Nutztiere aufnehmen.

Dafür liegen mir die „Kleinen“ umso mehr am Herzen: Meerschweinchen und Kaninchen finden bei mir ein neues, artgerechtes Zuhause. Oft sind sie nichts weiter als lästig gewordenes, Kosten und Dreck verursachendes Spielzeug... angeschafft und dann mehr schlecht als recht in kleinen Käfigen, oft sogar noch in Einzelhaft, eingesperrt – verdammt zu einem Leben, das so gar nicht ihren Bedürfnissen gerecht wird. Im Sommer leben die Meerschweinchen in einem 16qm großen Außengehege, im Winter sind sie drinnen. Da ich keine sogenannten Nutztiere habe, falle ich im Gegensatz zu den anderen Höfen etwas aus der Reihe – dabei ist das Leid, das sogenante Haustieren angetan wird genauso grenzenlos.

Diese Tiere leiden oft im Verborgenen, sterben im Tierheim oder werden noch nicht einmal eingeschläfert, sondern verrecken im Ausland auf elendige Art. Sogenannte Haustiere sind in unserer Gesellschaft oft nur ein Wegwerfprodukt. Sie gelten nicht als Individuen mit Rechten. Dagegen setze ich mich ein, deshalb gibt es „Endstation Hoffnung“.



Weil Tiere Rechte haben!



Wie ihr mich und die bei mir lebenden Tiere unterstützen könnt:

Sachspenden:

- Decken
- Handtücher (bitte keine Mini-Handtücher)
- Bettwäsche und Spannbetttücher
- Spielzeug für die Hunde / Intelligenzspielzeug
- Häuschen für die Kleintiere (aus Holz, nicht aus Plastik)

Futterspenden:

- Die Hunde und Katzen freuen sich über Futter oder Leckerchen von www.futterservice-fulda.de
- Die Kaninchen und Meerschweinchen wünschen sich ein paar Leckerbissen von: www.kaninchenladen.de

Lieferadresse:

Annabell Eisenmann
Flurstr.3
97780 Sachsenheim

Kontakt: endstation-hoffnung@riseup.net

Aktuelles gibt es auf dem Blog:

endstationhoffnung.blogsport.de/

Wietze und die Mastanlagen
Eine Zwischenbilanz

Wietze ist überall...

Paeman ***Spätestens seit im Sommer 2010 knapp 30 Aktivist_innen den Bauplatz für Europas größte Hühnerschlachtfabrik in Wietze (Landkreis Celle) für ca. 3 Monate besetzt hielten, ist der Diskurs um Massentierhaltungsbetriebe in Medien und Öffentlichkeit allgegenwärtig. Doch auch die Bandbreite des Widerstands gegen solche agrarindustriellen Großprojekte ist stark gewachsen. War ein kontinuierlicher Protest an den jeweiligen Standorten zuvor lokal hauptsächlich durch Bürgerinitiativen (BIs) und überregional durch bäuerliche Zusammenschlüsse wie der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) vertreten, interessieren sich mittlerweile auch viele Aktive aus Tierrechts-/Tierbefreiungs-, Umwelt- und Anti-Gentechnikzusammenhängen für die Thematik.***

Einerseits hat dadurch die Anzahl der Aktionen (und Aktionsformen!) stark zugenommen. Andererseits hat die Präsenz dieser Bewegungen an vielen Stellen auch neue Inhalte in die Debatte gebracht. So werden z.B. ethische Aspekte der Tierhaltung, Vertreibung, Vernichtung und Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Süden, Klimawandel und Gentechnik im Futtermittelanbau durch die Tierfabriken der Industrieländer inzwischen deutlich mehr thematisiert. Dabei profitieren umgekehrt Aktivist_innen bei ihren Aktionen von Infrastruktur, Recherchearbeit, Mobilisierungskraft und materieller Unterstützung durch vorhandene Initiativen bzw. NGOs, sofern beide Seiten eine Zusammenarbeit für sinnvoll erachten.

Vor dem Hintergrund der z.T. seit Jahren andauernden Proteste gegen andere geplante Tierfabriken wie Europas größter Ferkelzuchtanlage in Alt Tellin (Mecklenburg-Vorpommern) und Boehringers Tierversuchslabor in Hannover kommt Wietze dabei noch eine besondere Rolle zu. Hier geht es um einen Komplex, der neben dem Schlachthof selbst auch hunderte Mastanlagen beinhaltet, die eigens für dessen Belieferung in der Region entstehen müssten. Zudem scheint es, besonders seit Beginn der Bauarbeiten in Wietze, sinnvoll, das Projekt verstärkt dezentral, d.h. durch die Verhinderung möglichst vieler Zulieferbetriebe anzugreifen. Denn: Rothkötter hat nach wie vor große Schwierigkeiten genügend bereitwillige Mäster_innen zu finden. Nach Informationen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft sind momentan erst ca. 20 der für die erste Ausbaustufe nötigen 120 bzw. im weiteren Verlauf der Planungen bis zu 480 (!) Mastanlagen genehmigt. Gründe hierfür dürften sowohl moralische Bedenken und die berechtigte Angst vieler Landwirt_innen vor der totalen Abhängigkeit – Rothkötter würde u.a. die Küken und das Futter aus eigener Produktion liefern – als auch der drohende Zusammenbruch des Marktes für Geflügelfleisch, die sog. „Hähnchenblase“ sein.

...wir auch!

Doch auch der bisherige Widerstand spielt dabei sicher eine Rolle. Geht ein Bauer oder eine Bäuerin auf die fragwürdigen Angebote des Unternehmens ein und wird das Ganze öffentlich, ist eine örtliche BI vorprogrammiert. Dass es auch dabei nicht bleiben muss, hat am eindrucksvollsten der Brandanschlag auf die Mastanlage in Sprötze (Landkreis Harburg) gezeigt. Bei der Aktion, zu der sich später in einem Schreiben die ALF bekannte, brannte Ende Juli 2010 die kurz vor der Inbetriebnahme stehende Anlage für knapp 40.000 Tiere fast vollständig nieder. Ein Sachschaden von 500.000 Euro entstand – auf dem Gelände befanden sich zu diesem Zeitpunkt weder Menschen noch Hühner. Die „Täter_innen“ konnten trotz intensivsten Ermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft gegen mindestens 5 Personen aus dem Umfeld des Wietze-Widerstands und einem Kopfgeld von 25.000 Euro für Hinweise bis heute nicht ausfindig gemacht werden. Aufgrund der Repressionen gründete sich Anfang des Jahres die Soli-Gruppe KaKaKa.Du, mit deren Hilfe schon nach kurzer Zeit eine Einstellung des Verfahrens bei allen Beschuldigten erreicht wurde (das grüne blatt berichtete).

Zugleich gab es im letzten Jahr neben der Wietze-Besetzung und den damit einhergehenden zahlreichen Aktionen vor Ort im Mai eine einwöchige Mahnwache gegen die Anlage in Sprötze und im August eine am selben Tag geräumte Bauplatzbesetzung – und in der Folge eine Sprayaktion – gegen einen geplanten Mastbetrieb bei Üfingen/Alvesse, nördlich von Braunschweig.

Der Sommer 2011 begann dann direkt mit zwei weiteren Besetzungen, beide Male im Landkreis Lüchow-Dannenberg. In Schnega blockierte Anfang Juni die Initiative „Ich wollt‘ ich wär kein Huhn“ für einen Tag das Grundstück einer gerade genehmigten Anlage. Nachdem allerdings der ansässige Bauer im Traktor aufs Feld gefahren und seinen Rasensprenger als Wasserwerfer gegen die Besetzer_innen eingesetzt hatte, war die Aktion fürs Erste beendet.

Repressive Ag(g)roindustrielle spielten auch knapp drei Wochen später auf einer Baustelle für einen Mastbetrieb inkl. Biogasanlage in Teplingen eine Rolle. So versuchte sich zunächst die Polizei an einer Räumung des Geländes. Diese vergaß allerdings vier Personen, die sich festgekettet an einem Fass bzw. in luftiger Höhe auf dem Tripod befanden, sodass nach dem Abrücken der militanten Staatsschützer die übrigen rund 15 Campbewohner_innen das Areal zum Abend wieder für sich in Anspruch nehmen konnten.

Dass der sogenannte Eigentümer, der zuvor schon Maststallgegner_innen u.a. massiv bedroht und mit einem Knüppel angegriffen hatte, einen etwas eigenartigen Antispeziesismus vertritt, indem er Gewalt gegen Menschen und Hühner gleichermaßen ausübt, zeigte sich in vollem Maße am folgenden Tag. Offensichtlich verärgert über das Scheitern der Polizist_innen beschloss er zusammen mit ca. 20 (agrarindustriellen) Schläger-Freunden – darunter Mitglieder der bäuerlichen Notgemeinschaft (!) – und deren Traktoren sowie einigen Bauarbeitern mit Baggern die Besetzung in Eigenregie zu räumen. Dies geschah daraufhin in äußerst brutaler Form, sprich u.a. durch den Einsatz von Schlagstöcken und eines Anti-Wild-Verbissmittels (einer Buttersäure ähnlichen ätzenden Chemikalie) gegen die Besetzer_innen. Zugleich wurden mit schwerem Gerät Zelte und Tripods plattgefahren, wobei es mit viel Glück keine Schwerverletzen oder Toten gab, sodass durch den Angriff „lediglich“ ein Großteil des Materials zerstört wurde.

Dass mit dieser ungewöhnlichen wie hochgradig gefährlichen Variante einer Räumung die Wut und Leidenschaft der Gegner_innen nur noch gewachsen ist, bewiesen an den folgenden Tagen zahlreiche Soli-Aktionen sowie eine mehrstündige Ankett-Blockade der Firma Werner in Salzwedel, einer der Baufirmen für den Mastbetrieb in Teplingen.

Wietze zu Gorleben – Aktionstage gegen Tierfabriken

Bereits einige Wochen zuvor wurde auch Wietze selbst noch einmal Schauplatz des Widerstands. Vom 9.–14. Juni (Das Pfingstwochenende wurde bewusst in Anlehnung auf das über Pfingsten 2010 besetze Baugelände ausgewählt) fanden in unmittelbarer Nähe zum mittlerweile halbfertigen Schlachthof „Aktionstage/ -training gegen Tierfabriken“ statt. Das auf dem Grundstück von Sympathisant_innen errichtete Camp sollte zum einen die Menschen, die im letzten Jahr die Besetzung unterstützt bzw. dort gelebt haben, animieren, sich weiter mit dem Megaschlachthofsbau in Wietze zu beschäftigen.

Durch ein breites Angebot an Vorträgen und Workshops, aber auch im alltäglichen Austausch konnten Themenerfahrene genau wie Neueinsteiger_innen Hintergrundwissen sammeln und damit Ideen für mögliche zukünftige Angriffsziele, Strategien und Aktionsformen vorantreiben. Gleichzeitig wurde versucht, den Schlachthof und seine Mastanlagen in den Gesamtkontext mit anderen (geplanten) Tierfabriken zu stellen und bereits bestehende Proteste unabhängig von Unternehmen und ausgebeuteter Spezies zu beleuchten. Dabei bestand die Möglichkeit für Anwesende existierender Widerstandsstrukturen von ihrer Arbeit bzw. über die Projekte zu berichten, gegen die im jeweiligen Fall vorgegangen wird. Workshops wie (Schnupper-)klettern, Aktionstheater, Lock-On-Bau und Undercover-Recherche machten Appetit auf neue Aktionsformen. Andere transportierten für die politische Arbeit allgemein nützliche Skills wie Repressionen-Basics, Pressearbeit und Prozesstraining.

Als ca. 25 engagierte Tierausbeutungskritiker_innen eines Morgens an der Schlachthofbaustelle kamen, bot sich ihnen ein verstörendes Bild. Das zuletzt unbewirtschaftete, besetzte Gerstenfeld hatte sich in eine Sandwüste mit einem riesenhaften Klotz in der Mitte verwandelt. Ein Drei-Meter-Zaun, teilweise mit Nato-Draht und unzähligen Überwachungskameras vermittelten genau wie patrouillierende Uniformen mit abgerichteten Hunden den Eindruck von Militärgelände bzw. Hochsicherheitsgefängnis.

Aufgebracht über diese skandalöse Verschandelung der Landschaft, die ab dem Spätsommer zudem noch 135 Millionen Vögel pro Jahr das Leben kosten soll, beschäftigten die Aktivist_innen daraufhin für einige Stunden sowohl Bauarbeiter_innen und Security als auch die eilends herbeiströmende Dorfpolizei. Eine Aktivistin wurde festgenommen, weil sie angeblich durch ein Maisfeld gelaufen war. Da jedoch ansonsten niemensch


Die Bauplatzbesetzung in Teplingen wird von ca. 60 Agrarindustriellen mit Knüppeln, Baggern und Reizgas angegriffen.

mit dieser Maßnahme einverstanden war, wurde die Wagentür blockiert und die weitere Festnahme verhindert.

Am Pfingstmontag entdeckte die Polizei schließlich am Rathaus (dem Arbeitsplatz von u.a. Bürgermeister und Schlachthof-Fan Wolfgang Klußmann) ein eingeworfenes Fenster- und Türglas. Daneben prangte in gut lesbarem Rot der Satz „Blut an euren Händen“.

Wenig fruchtbaren Boden fanden Diskussionsversuche mit einem in Camp-Nähe feiernden Taubenzuchtverein, „dessen“ mitgebrachte Tauben übereinandergestapelt in engen Drahtbodenkäfigen stark an die zusammengepferchten Vögel in den knapp 400 LKW erinnerten, die demnächst möglicherweise täglich zwischen Schlachthof und den Mastställen hin und her fahren. Leider konnten die „Tierfreunde“, wie sich teilweise selbst bezeichneten, von Anfang an auf keine einzige Frage ohne (faschistoide) Beleidigung oder Ankündigung einer Körperverletzung antworten, sodass zuletzt ein polizeilich erteilter Platzverweis als Argument herhalten musste.

Für zweifelhafte Unterhaltung sorgte des Weiteren ein roter Kleinwagen mit wahlweise vier oder fünf äußerst fragwürdigen jugendlichen Insassen, deren einzige Beschäftigung schon zu Zeiten der Besetzung darin bestand, scheinbar endlos im Kreis um das Camp zu fahren, Faschomucke auf voller Lautstärke zu hören und hin und wieder entsprechende Parolen und allerlei ähnlichen Stumpfsinn aus dem Autofenster zu brüllen. Dieses Jahr trauten sich die Möchtegern-Nazis immerhin, Aktivist_innen quer durchs Dorf und in einem Fall bis nach Celle zu verfolgen. Zudem wurde das Zelt eines Camp-Bewohners aus dem Auto heraus gepackt und

mehrere Meter über die Straße geschleift, sowie Böller gegen das Haus der Unterstützer_innen geworfen. Nachdem die Truppe jedoch beim anschließenden um die Kurve heizen nur knapp einen Anwohner mit seiner Enkelin nicht überfahren hatte und dieser die Polizei verständigte, ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen schwerem Eingriff in den Straßenverkehr und fahrlässiger gefährlicher Körperverletzung.

Alles in allem sollten die Aktionstage u.a. als Plattform dienen, bei der der Austausch von Wissen und Fähigkeiten im Vordergrund steht. Dieses Ziel wurde sicherlich mehr als zufriedenstellend erreicht. Strategien wurden ebenso entwickelt wie Pläne für zukünftigen Widerstand geschmiedet. Wichtig dabei bleibt ein gut vernetztes, kontinuierliches Arbeiten und wohl auch ein gesundes Maß an Penetranz. Kreativität als Waffe und das Entwickeln und (Vor-)leben von Utopien und Alternativen können außerdem dabei helfen, Massentierhaltung als extreme Form der Tierausbeutung und die soziale, ethische und ökologische Katastrophe, die sie ist, in die Köpfe der Menschen zu tragen. Vielleicht sind dann eines Tages auch keine Besetzungen, Blockaden oder Brandanschläge mehr nötig.

Das Mantra der Schlachthof- und Mastanlagenbefürworter_innen von einigen entstehenden (Billiglohn-)Arbeitsplätzen und einer angeblich bestehenden Nachfrage, obwohl der deutsche Hähnchenmarkt nachweisbar mit 104% übersättigt ist, argumentativ zu brechen, ist dabei sicher noch die leichteste Aufgabe.

Tierfabriken zu Baulücken!
Den ungekürzten Artikel lesen: www.gruenes-blatt.de

Der Schlachthof in Zahlen

- **Betreiber: Firma Rothkötter/Celler Land Frischgeflügel GmbH**
- **Schlachtkapazität: 27.000 Tiere/Stunde in zwei Schlachtlinien**
- **Wasserverbrauch: 3323 m^3 (3.323.000 Liter)/Tag**
- **Transporte: 1500 PKW und 386 LKW/Tag bei geplanten 6 Arbeitstagen**
- **Subventionen: 6,5 Millionen Euro Fördergelder vom Land Niedersachsen**
- **Zulieferer: 484 geplante Mastanlagen á 40.000 Tiere im Umkreis von 150km**

Brauchbares zum Thema im Internet:

www.antiindustryfarm.blogsport.de
Blog über Proteste gegen den Schlachthof in Wietze

www.bi-wietze.de
Webseite der Bürgerinitiative

www.ogit.blogsport.de
Offensive gegen industrielle Tierhaltung

www.bauernhoefe-statt-agrarfabriken.de
Bäuerliches Netzwerk gegen industrielle Tierhaltung

www.cellerland-frischgefluegel.de
Betreiberpropaganda...

Proteste gegen Tierversuchslabor in Hannover: Was geht?

Was war?

Im Jahr 2008 stellt die Pharmafirma Boehringer Ingelheim den Plan vor im hannoverschen Stadtteil Kirchrode ein Europäisches Tierimpfstoffzentrum zu bauen. Ein geeignetes Grundstück war auch schon gefunden: An der Bemeroder Straße in direkter Nähe zur Tierärztlichen Hochschule (TiHo), die für ihre Tierversuche bereits bekannt ist, will Boehringer auf dem Gelände einer ehemaligen Kleingartenkolonie ihr Tierversuchslabor errichten. Geplant sind dort Versuche an Schweine und später auch an Rindern, um Impfstoffe speziell für Tiere in Massentierhaltung zu entwickeln. Pro Jahr sollen in dem Labor ca. 2000 Schweine als Versuchsobjekte herhalten, deren Kadaver nach den Versuchen in Lauge aufgelöst werden und über die städtische Kanalisation entsorgt werden sollen.

Gegen diese Bauvorhaben entwickelte sich in kürzester Zeit eine Widerstandsbewegung. Bereits im Jahr 2008 gründete sich eine Bürgerinitative gegen Massentierversuche in Wohngebiete, welche im Sommer 2008 bereits die erste Demonstration gegen das geplante Labor veranstaltete. Kurz darauf schlossen sich auch die lokalen Tierrechtsgruppen dem Widerstand gegen Boehringer Ingelheim an und organisierten im Oktober 2008 eine bundesweite Demonstration gegen Tierversuche mit konkreten Bezügen zu dem Labor in Hannover. Der Widerstand erreicht im Sommer 2009 seinen Höhepunkt, als Tierrechts- und Umweltaktivist_innen die ehemalige Kleingartenkolonie für ca. 6 Wochen besetzten.

Nach dem die Besetzung am 12.08.2009 von mehr als 900 Polizist_innen geräumt worden war, kam es in Hannover immer wieder zu Brand- und Farbanschlägen auf Fleischereitransporter, das Rathaus, Parteizentralen und die Baufirma, welche nach der Räumung das Aufstellen des Bauzaunes und den Abriss der Kleingartenhütten übernommen hatte.

Am 22.08.2009 wurden die sich noch auf dem Gelände befindlichen Kleingartenlauben durch Tierrechts- und Ökoaktivist_innen erneut besetzt. Die Besetzung wurde jedoch schon am Mittag desselben Tages durch das Sondereinsatzkommando der Polizei geräumt und die Fa. Boehringer Ingelheim stellte Strafantrag wegen Hausfriedensbruch die gegen Besetzer_innen.

Im September 2009 erreichte der Widerstand der Tierrechtsbewegung gegen Boehringer Ingelheim seinen vorläufig letzten Höhepunkt. Vom 6.9.2009 bis 13.9.2009 fanden in Hannover Aktionstage gegen das geplante Tierversuchslabor mit verschiedenen

Vorträgen und Aktionen statt. Es wurden täglichen öffentlichkeitswirksame Aktionen in der hannoverschen Innenstadt durchgeführt, z.B. ein Die In, eine interaktive Ausstellung und eine Besetzung des Rathauses.

Im Herbst und Winter 2009 fanden noch zwei Demonstrationen statt, die von der neugegründeten Tierrechtsgruppe „Tier Time e.V.“ aus Hannover organisiert wurden.

Im Mai 2010 fanden dann die ersten Prozesse gegen 5 der 16 Besetzer_innen der 2. Besetzung am 22.08.2009 statt. Verhandelt wurde vor dem Amtsgericht Hannover wegen Hausfriedensbruch. Die Besetzer_innen verteidigten sich vor Gericht selbst und ihnen gelang es aufgrund einer offensiven Prozessstrategie den Prozess auf 15 Verhandlungstage auszudehnen. Die 5 Besetzer_innen wurden im September 2010 zu einer Geldstrafe von 40 bzw. 35 Tagessätzen verurteilt. Die Revision, welche sie daraufhin einlegten wurde im Mai 2011 vom Oberlandesgericht abgewiesen.

Ein weiteres Tierversuchslabor für Hannover?

Die Tierärztliche Hochschule in Hannover plant in direkter Nachbarschaft zum Versuchslabor von Boehringer ein Tierversuchslabor für Grundlagenforschung an Nutztieren. Gebaut werden soll auf dem Gelände der Tierärztlichen Hochschule am Bünteweg.
Man müsse „die Krankheiten verstehen und überblicken können, um ihnen etwas entgegenzusetzen“. Zudem müsse die Wissenschaft schnell reagieren können, wenn neue Krankheitserreger auftauchten, erklärt TiHo Präsident Greif in einem Artikel der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 12.12.2010 den „Nutzen“ des neuen Labors. Geforscht werden soll an Schweinen, Rindern, Schafen und Geflügel.
Wie auch im Tierversuchslabor von Boehringer werden im dem neuen Labor Versuche der Sicherheitsstufe 2 durchgeführt, also Versuche mit Krankheitserregern, die auch für den Menschen eine Gefährdung darstellen. Pläne für das Labor existieren bereits seit 2008, doch erst im Januar 2011 gab es einen sogenannten Behördengang mit Vertreter_innen der Stadt Hannover und der Tierärztlichen Hochschule auf dem geplanten Baugelände. Im März 2011 wurde die Öffentlichkeit im Rahmen einer Informationsveranstaltung über das Bauvorhaben informiert. Derzeit läuft das Genehmigungsverfahren für das Labor.

Informationen zum aktuellen Stand gibt es unter: www.schweinerei-hannover.de

Und Aktuell?

Die Bauarbeiten an der Bemeroder Straße schreiten zügig voran und Boehringer Ingelheim plant das Tierversuchslabor noch in diesem Jahr, zu eröffnen. Die Bürgerinitiative Hannover hat gegen den Bau bereits Klage eingereicht, ist damit aber vor dem Oberlandesgericht Celle gescheitert.

Da die Revision im Verfahren wegen Hausfriedensbruch gegen 5 Besetzer_innen es Boehringergeländes abgelehnt wurde, wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten Monaten weitere Prozesse gegen Besetzer_innen vor dem Amtsgericht Hannover geben.

Um den Protest wiederaufleben zu lassen und Boehringer zu zeigen, dass sie sowohl in Hannover, als auch irgendwo anders nicht erwünscht sind und um Druck auf die Tierärztliche Hochschule und die Stadt Hannover das Tierversuchslabor der TiHo nicht zu bauen, wird es im Herbst, voraussichtlich im September, Aktionstage in Hannover geben. Der genaue Termin und Ort werden rechtzeitig auf www.boehringerbesetzung.blogsport.de bekanntgegeben.

Keine Tierversuchslabore in Hannover und sonst Irgendwo!

Weiter Informationen:
boehringerbesetzung.blogsport.de
Kontakt:
boehringer-besetzung@gmx.de

Oben: Die Bauarbeiten auf dem Gelände schreiten voran. Nur die Eiche ist geblieben
Unten: Demo gegen Europäisches Tierimpfstoffzentrum BoehringerIngelheim, September 2009





Zu den staatlichen Angriffen auf die Tierbefreiungsszene in Spanien

Von FREE! In Spanien sind bei einer landesweiten Aktion am 22. Juni 2011 zwölf Tierrechtsaktivist_innen von einer Antiterroreinheit der Guardia Civil bei einer Razzia verhaftet worden. Die Razzia wurde von dem Trial Court of Santiago de Compostela angeordnet. Mit vorgehaltenen Waffen drangen die Antiterroreinheiten in die Häuser und Wohnungen der Aktivist_innen ein, beschlagnahmten Computer, sowie T-Shirts und Aufnäher mit Tierrechtsmotiven. Die Festnahmen und Durchsuchungen der Häuser von Aktivist_innen und den Organisationen Equanimal und Igualdad Animal erfolgten in den Provinzen Madrid, Asturien, Kantabrien und Galicien.

In einer Presseerklärung der beiden Organisationen heißt es, Anlass für die Durchsuchungen und Verhaftungen scheint die Befreiung von 20.000 Nerzen von der Nerzfarm "Bermudez Visones" in Santiago de Compostela im November 2007 zu sein. Beide Organisationen haben öffentlich die Freiheitsberaubung und Tötung von mehr als 300.000 Nerzen jährlich durch die spanische Lederindustrie angeprangert. Somit sind diese Verhaftungen als Angriff der Industrie wegen der Aufdeckung der Praxis auf Pelzfarmen zu werten. Der Spanische Staat ermittelt gegen die Aktivist_innen im Kontext des Vorwurfes sie seien „Ökoterrorist_innen“.

Beide Organisationen definieren ihren Aktivismus als friedlich und erklären, dass sie ihre Anstrengungen der Bewusstseinsbildung für Tierrechte widmen, indem sie die Gesellschaft über die Konsequenzen des Konsums von Produkten tierlichen Ursprungs informieren und Alternativen dafür fördern. Die Organisationen legen ihre Arbeitsschwerpunkte in die Recherche und die Veröffentlichungen von Tiermissbrauch bzw. Tierquälerei in Mastanlagen und Pelzfarmen. Zudem führten die Aktivist_innen „open rescues“, sogenannte offene Befreiungen, von Tieren durch, um die Qualen der Gefangenschaft zu beenden. Obwohl sie erklären, mit der Befreiung der Nerze nichts zu tun zu haben, verurteilen die Organisationen diese Aktionsform aber nicht.

Da niemand für die Befreiung der Nerze verantwortlich gemacht werden konnte ist die Einschätzung von Equanimal und Igualdad Animal, dass nun zwölf bekannte Aktivist_innen verhaftet worden seien mit dem Ziel, die Tierrechts- bzw. Tierbefreiungsbewegung zu kriminalisieren, wie es auch bereits in anderen europäischen Ländern geschieht. Tierausbeutungslobbys und multinationale Konzerne wollen die Tierbewegung so stoppen. Die Welle der Repression ist damit auch in Spanien angekommen. Diese Maßnahme staatlicher Gewalt war die bisher härteste in der Geschichte der spanischen Tierrechts- bzw. Tierbefreiungsbewegung.

Wenn sich die Repressionsbehörden mit ihren Aktionen erhofft hatten die Tierbefreiungsszene zu schwächen oder gar lahmzulegen haben sie sich getäuscht. Genau das Gegenteil war der Fall. Nach den Verhaftungen begann eine bisher beispiellose Welle an Solidaritätsbekundungen bzw. Soliaktionen von Tierbefreiungsaktivist_innen weltweit. Von Indien bis Kanada, von Kolumbien bis Kroatien, von USA bis Italien, von Holland bis Israel fanden Protestkundgebungen in dutzenden Städten verschiedenster Länder statt. Die folgenden Orte sind nur einige von vielen um zu zeigen wie weit sich die Solidarität mit den in Spanien gefangenen Aktivist_innen erstreckte. Neben Aktionen in Ottawa (Kanada), Pereira (Kolumbien), Mailand (Italien),... (Layoutanm.: Um 40 Orte gekürzt wegen Platzproblem) reist die Welle an Solidarität nicht ab. Weitere Aktionen gab es unter anderem auch in Düsseldorf, Berlin, Hamburg, München, Siegburg und Stuttgart.

Ähnlich wie auch bei den Prozessen in Österreich (2008-2011) versuchen Staat und Tierausbeutungsindustrie die Tierbefreiungsszene einzuschüchtern und lahmzulegen. Deshalb sorgt die staatliche Gewalt in Spanien weltweit für Proteste und Aktionen. Die Verhaftungen sind ein Schlag ins Gesicht der Tierbefreiungsbewegung. Doch wenn die Repressionsorgane denken, die Tierbefreiungsszene damit lahmzulegen, haben sie sich geirrt. Die Bewegung wächst, es gibt mehr Aktionen denn je und die weltweite Solidarität ist ungebrochen. So gab es neben den zahlreichen Solidaritätsbekundungen vor spanischen Botschaften weltweit auch andere Arten von Soliaktionen. Beispielsweise verübten Aktivist_innen der Animal Liberation Front (ALF) in der Nacht auf den 27. Juni einen Anschlag auf die Pelzindustrie in Vancouver (Kanada). Sie verklebten alle Schößer und besprühten sämtliche Pelz- und Lederjacken mit Chemikalien, so dass diese komplett zerstört wurden. In einem Bekenner_innenschreiben hieß es: „Diese Aktion der Wirtschaftssabotage wurde als Zeichen der Solidarität mit den 12 in Spanien gefangenen Aktivist_innen durchgeführt ... FREIHEIT FÜR DIE SPANISH 12! Tierbefreiungsaktivist_innen sind keine Terrorist_innen ... ALF“ Dabei entstand ein Sachschaden von über 50.000$.

Eine andere Aktionsart wählten Aktivist_innen in Tschechien. Ende Juni wurden dort sieben Lämmer von Tierbefreiungsaktivist_innen befreit. Die Lämmer hätten kurze Zeit später von Schlachter_innen ermordet werden sollen. Nach der Befreiung wurden sie an einem Ort untergebracht, an dem sie sicher vor Gewalt bis zu ihrem natürlichen Ende leben können. Die Befreiungsaktion wurde explizit als Zeichen der Solidarität mit den in Spanien inhaftierten Tierbefreiungsaktivist_innen bezeichnet.

Die Welle der Solidarität mit den in Spanien Gefangenen zeigt, dass die Gewalt, die der spanische Staat gegen die Tierbefreiungsbewegung anwendet, die Bewegung nicht lähmt. Im Gegenteil, viele Menschen werden durch derartige Repressionen ermutigt, erst recht gegen Tierausbeutung und staatliche Gewalt vorzugehen. So war beispielsweise die Tierbefreiung in Tschechien für eine der Aktivist_innen die erste Aktion. Auch animiert durch die staatliche Gewalt gegen die Tierrechtsszene in Spanien hat sie sich zur Aktionsform der Tierbefreiung entschieden und beschreibt ihre Gefühle dazu: „Es war meine erste Befreiungsaktion. Ich zog eine Maske auf und zusammen mit anderen gingen wir die Lämmer holen. Ich nahm das kleinste in meine Arme. Ich konnte sein Herz an meinem schlagen hören. Ich beruhigte mich. Die Angst blieb, aber nicht wegen mir, sondern wegen ihm. Ich bedauere nichts. Nicht das Geringste. Es gibt eins, was ich mit Sicherheit sagen kann. Das Risiko war es wert.“

Wie sich das Vorgehen der Staatsgewalt in Spanien weiterentwickelt und ob die Behörden dort ein ähnlich absurdes und zermürbendes Gerichtsspektakel wie in Österreich anstrengen ist momentan noch nicht absehbar. Zwar wurden zunächst neun von zwölf Aktivist_innen gegen eine Kaution wieder freigelassen und am 13. Juli wurden dann auch die letzten drei in Haft verbliebenen Aktivist_innen entlassen. Was weiter passiert wird sich zeigen. Beide Organisationen werden noch immer von der Polizei überwacht und die Verfahren gegen die Inhaftierten laufen noch. Die “United Against Repression Campaign” fordert von den Behörden die Beobachtung der Tierrechtsorganisationen zu stoppen, weiterhin nach dem Prinzip der Unschuldvermutung vorzugehen und ein öffentliches Statement zu den Fakten abzugeben.

Dass in Österreich alle der Angeklagten im sogenannten Tierschutzprozess in allen Anklagepunkten freigesprochen wurden dürfte auch den Spanischen Repressionsbehörden nicht entgangen sein.

Die weltweiten Aktionen der Solidarität zeigen vor allem eines, und zwar dass die Bewegung wächst und nicht länger bereit ist die Gewalt von Staat und Tierausbeutungsindustrie hinzunehmen.

Aktuelle Infos: https://thespanish12.wordpress.com/

Bloß weniger Wirtschaften, oder vor allem „ganz anders"?

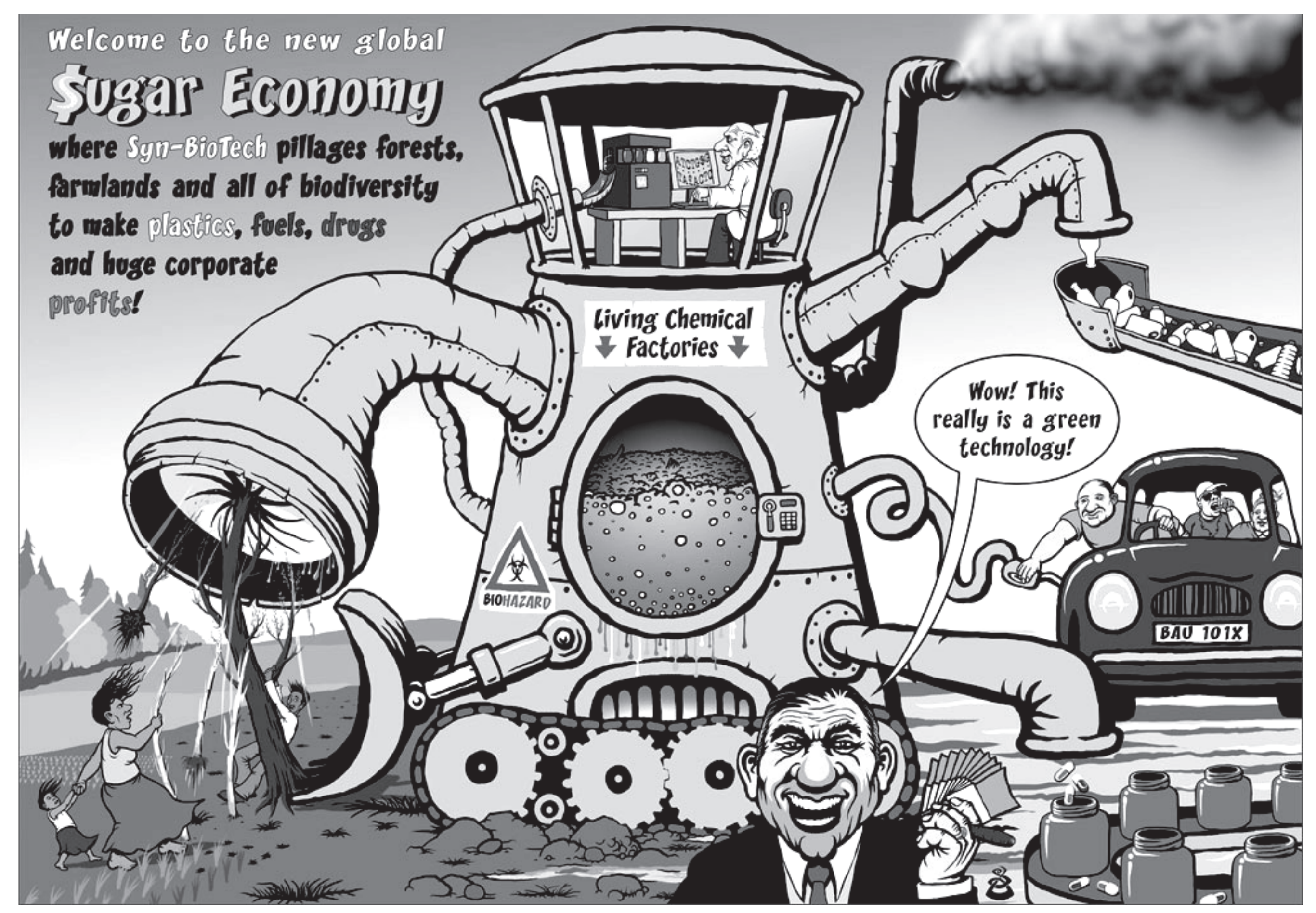
Floh **Von der Unvereinbarkeit von Wachstum und Ökologie und Bewegungen die das erkennen, von der Unvereinbarkeit von Verwertungslogik und Ökologie und Bewegungen die das nicht erkennen. Von praktischen Ansätzen, die bloß alte Logiken reproduzieren, und welchen die es nicht müssten.**

Eine neue Bewegung?

Wachstumsverweigerung, Décroissance, Postwachstumsgesellschaft, Schrumpfwirtschaft, Degrowth. Der Namen gibt es vieler einer neuen, sich hauptsächlich in Westeuropa breit machenden Bewegung, die Schluss machen will mit dem Wachstumszwang. Die erste Frage ist aber, ob es hier wirklich um eine Bewegung geht. Oder ob nicht alle verschiedenen Strömungen, die die simple Erkentniss teilen, dass endloses Wachstum bei endlichen Umweltressourcen nicht möglich ist, hier einfach zusammengeworfen werden. Von Anhänger_innen des elitären, patriarchalen Club of Rome, die diese Erkentniss erstmals massenwirksam verbreiteten, die heute aber hauptsächlich durch ihre Pro-Atom-Propaganda für den Klimaschutz auffallen, bis hin zu antikapitalistischen Strömungen. Von autoritären bis emanzipatorischen Bewegungen. Diese verschiedenen Strömungen sind genausowenig neu, wie sie sich vereinen lassen. Sie erhalten lediglich durch die Dringlichkeit der Klimaproblematik eine neue Brisanz. Ob es Sinn macht sie alle in einen Topf zu werfen um eine Bewegung zu konstruieren bleibt offen.

Der Green New Deal

Weiten Teilen der Anti-Wachstumsbewegung ist eine Kritik des Green New Deals gemein, also jener Programmatik, mit der der Kapitalismus eine Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie suggerieren will. Vor einem Jahr, in der Sommerausgabe 2010 des grünen blattes schrieb Ernst Schnitter in einem Artikel über Décroissance : „Was ist zu tun angesichts der umfassenden Krise, die der Marktfundamentalismus zu verantworten hat? Der neoliberale Brandstifter spielt den Feuerwehrmann und hat die Antwort parat: Weiterwursteln! Das darf er aber nicht sagen. Deshalb tut er, was Ideologen in schwierigen Zeiten immer tun: Sie benennen um, was ihnen peinlich ist, und blockieren unser Denken mit einer Formel... Das neueste Beispiel in der Reihe der Worthülsen, mit denen man uns eine bessere Zukunft vorgaukelt, ist nun der



Green Technologies?

'Green New Deal'. Was damit gemeint ist? Weiterwursteln, aber grün und gerecht. Ein unauflösbarer Widerspruch! Die Farce wird dadurch zur Tragödie, dass politisch Rot und Grün einmal mehr als gelehrige Schüler das Spiel des liberalen Mentors mitspielen. Mäuse fängt man mit Speck und Rotgrüne mit dem Green New Deal."

Diese Kritik ist wichtig, und diese Analyse macht die „Schrumpfungsbewegungen", die ihre Schwerpunkte in Frankreich und England haben, sympathisch, gerade angesichts einer deutschen Umweltbewegung, die aktuell die Möglichkeit feiert, den Green New Deal per Stimmabgabe groß rauszubringen. Durch den Green New Deal wird suggeriert den innerkapitalistischen Antagonismus zwischen der Notwendigkeit wachsender Produktion (und Absatz) und endlicher (und derzeit dem Ende sehr nahen) Umweltressourcen aufheben zu können, indem in jene Wirtschaftszweige investiert wird (und somit das Wachstum darauf gelenkt wird), die als grün gelten. Vom Ganzen her betrachtet ist das also der Versuch die Lösung in technischer Effizienzsteigerung zu suchen und so Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Dass das nicht aufgeht, wird aber klar, wenn mensch sich die Geschichte technischer Entwicklungen ansieht, und feststellt, dass Effizienzsteigerungen selten zu einem geringeren Gesamtverbrauch geführt haben, sondern in der Überzahl sogar zu einem Mehrverbrauch, dadurch, dass die jeweilige Technologie durch Effizienzsteigerungen erst massentauglich wurde. Als Beispiel wird für dieses „Rebound" genannte Phänomen meist die Entwicklung der Glühbirne herangezogen. „Zwischen 1920 [...] und 2000 stieg die Effizienz der Straßenlaternen noch einmal um das Zwanzigfache (Anm.: Nachdem sie schon vorher um das 4 fache gestiegen war) (von 10 auf 200 Lumen pro Watt). Die Beleuchtungsdichte (Lumen pro Straßenkilometer) nahm aber um mehr als das Vierhundertfache zu. Pro Kilometer Straße wird heute also mehr als zwanzig mal mehr Strom verbraucht."[1] Nehmen wir eine Musterkategorie des Green New Deals: Elektroautos. Würde innerhalb der nächsten Jahre komplett umgestellt auf die scheinbar ökologischere Alternative des Antriebs des motorisierten Individualverkehrs, würden alleine der Produktionsenergieaufwands, den Klimawandel weit mehr vorantreiben, als das das Weiterfahren der bisherigen Blechkisten würde. Oder ein weiteres Musterbeispiel: Die New Economie, alle jene Bereiche die sich online abspielen, und in denen ein weiterer Boom erwartet wird, der scheinbar grün sein soll, weil kein direkter Ressourcenverbracuh damit verknüpft sei. Dass das Internet aber alles andere als immateriell ist, zeigt, dass der Energieverbrauch hier jährlich um 10 Prozent ansteigt, global gesehen. Alleine die Datenzentren in den USA verbrauchen eine Menge an Strom mit der ganz Großbritannien versorgt werden könnte.

'Green New Deal' – Was damit gemeint ist? Weiterwursteln, aber grün und gerecht. Ein unauflösbarer Widerspruch!

Emanzipation oder bloß Schrumpfung?

Ein grünes Wachstum gibt es also nicht, oder ist zumindest nicht in Sicht. Wer eins und eins zusammenrechnen kann, wird schnell begreifen, dass ein Wirtschaftssystem, das ohne Wachstum nicht auskommt, der Vergangenheit angehören muss. Zu welchen politischen Konsequenzen diese Erkenntnis führt, ist aber wie bereits erwähnt, bei den verschiedenen Flügeln dieser Bewegung sehr unterschiedlich. Konsequent emanzipatorische Perspektiven unter einem der „Schrumpfungslabels" konnte ich bisher nicht finden. Fast immer werden Markt oder Staat zum Bezugspunkt von Appellen für Regulierungsmaßnahmen gegen das Wachstum gemacht. Inwieweit in selbstorganisierten Gesellschaften Anreize für ein nicht auf Wachstum basierendes Wirtschaften besteht, wird nicht oder kaum untersucht. „...seinem politischen Programm (Anm.: Paul Ariès, prominenter Vertreter der Décroissance-Bewegung) liegt der Begriff der 'grattuite' (Kostenlosigkeit) zugrunde. Ein sinnvoller Gebrauch ('bon unsage') von Gütern und Dienstleistungen müsste Ariès zufolge kostenlos sein. Ein umwelt- und klimaschädigender Verbrauch ('mésusage') sollte hingegen verboten oder drastisch versteuert werden. Für Trink- und Duschwasser oder für Straßenbahnfahren soll man nicht bezahlen müssen. Das private Schwimmbad und die Autobahnfahrt im Porsche müssen dagegen abgeschafft oder unzumutbar teuer zu stehen bekommen"[2]. Sinnvolle Ansätze (bspw. Gemeingüter) werden dadurch zur Ökodiktatur, dass Anreizsetzungen zu klimaneutralem

Rezension: „Postwachstum"

Floh In diesem „Attac-Basistext" wird zuerst eine Kritik an der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft ausgeführt und dann die „Fluchtlinien" für eine Postwachstumsgesellschaft skizziert.

Richtig werden die falschen Lösungen gegen die Klimazerstörung auseinandergenommen, die sich aus dem Wachstumszwang ergeben: Der „Green New Deal".

Die Grundrichtung der hier angestrebten Postwachstumsgesellschaft ist nicht verkehrt: Weniger Produktion – und damit Klimazerstörung – und trotzdem kein Verzicht, sondern eine gerechtere Verteilung des Reichtums und eine Entscheidungsverlagerung nach unten. Die Mechanismen, mit denen diese Änderungen erreicht werden sollen, bleiben aber klar innerhalb fremdbestimmender Strukturen verhaftet. Vielleicht fragt mensch sich wie folgende beiden Zitate zusammengehen sollen: „Es geht darum, den Prozess der Kommodifizierung (das „Zur-Ware-Machens"), der die Geschichte des Kapitalismus auszeichnet, umzukehren, und vor allem lebensnotwendige Güter wie Wasser, Luft, Meere, Wälder, Boden, Lebensmittelversorgung, Wohnraum und Wissen dem Markt (aber auch der staatlichen Verwaltung) zu entziehen und kollektiv und solidarisch zu verwalten. Ausdehnung der Gemeingüter ('commoning') ist das Ziel – auch in der Sphäre der Produktion" (S.74f.) und: „Aber auch auf einer betrieblichen Ebene ist es denkbar, dass die Managerin nur fünf, zehn, oder 20-mal mehr verdienen darf als die am schlechtesten bezahlte Person." Konzepte der Selbstorganisiation und des nicht-warenförmigen Wirtschaftens werden bloß auf der Ebene der Reproduktion oder der Produktion im kleinen Rahmen als Lösung gesehen. Für das Große und Ganze sollen weiterhin Staaten und Konzerne verantwortlich sein, die dann mit allen möglichen Mechanismen reguliert werden sollen. Eben jene Finanzmarktregulierungen, die Attac schon seit Jahren propagiert, und damit suggeriert, dass kapitalistische Logiken reformierbar wären, und dann Grundlage einer „ganz anderen Welt" bilden könnten.

Desweiteren wird das Prinzip der Tauschwährungen in diesem Buch als Möglichkeit dargestellt, „Güter ... dem Markt zu entziehen", zwar werden sie dadurch dem globalen Markt entzogen, nicht aber der Marktlogik selber.

von Passadakis, Alexis / Schmelzer, Matthias, Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte, AttacBasisTexte Bd.36, 2011. 94 S., ISBN-10: 3899654293, Vsa Verlag

handeln nur in Gesetzen gedacht werden, und nicht in einer Aufhebung von Entfremdung, auch gerade durch die Emanzipation von gesetzgebenden Gebilden.

Ein weiteres großes Feld, innerhalb der Vorschläge aus der Postwachstumsbewegung sind, von der Antiglobalisierungsbewegung abgeschusterte Konzepte der Finanzmarktregulierungen. Mit der Forderung nach einem regulierten Kapitalismus von linker Seite wird der bürgerliche Diskurs verfestigt, dass die Lösung lediglich im richtigen Mischungsverhältnis zwischen Staat und Kapitalismus zu suchen sei. Emanzipatorische Lösungen, die bloß außerhalb von beidem möglich sind, werden so marginalisiert. In dem Buch „Postwachstum“ von Passadakis und Schmelzer, eine von wenigen deutschsprachigen Publikationen zum Thema, die in dieser Ausgabe rezensiert ist, wird zwar auf die Potentiale von Commons (Gemeingütern) verwiesen, und ein nicht warenförmiges Wirtschaften gutgeheißen, es aber lediglich zum Ausprobieren auf unterster Ebene degradiert. Die entscheidende Produktion soll weiterhin der globalisierte Kapitalismus übernehmen, den mensch bloß richtig bändigen müsste.

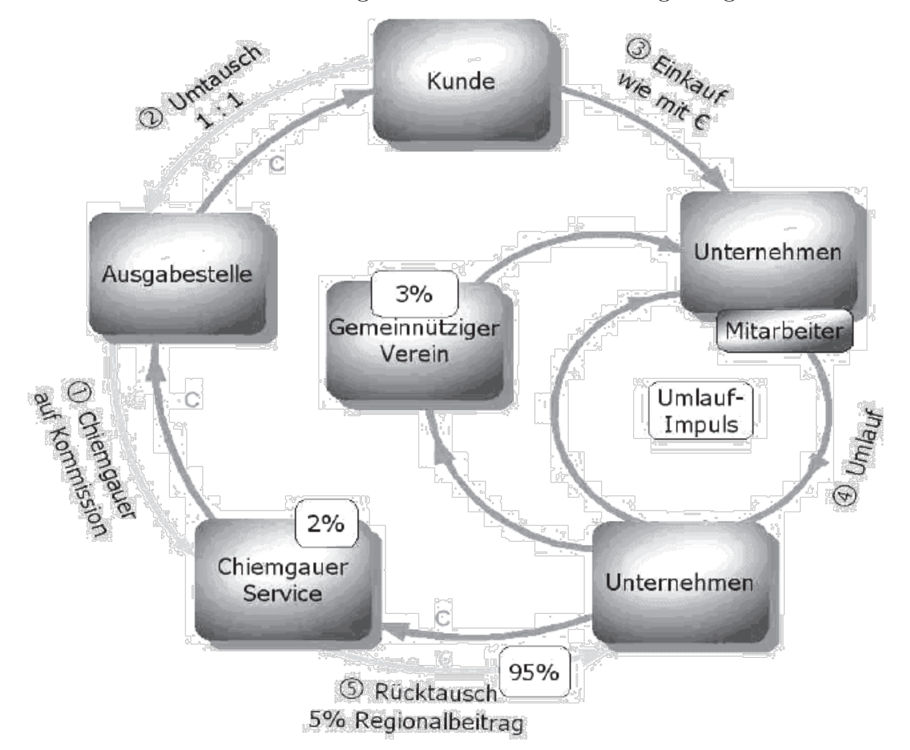
Eine weitere Manifestation fehlender Herrschafts- und Kapitalismusanalyse ist der Hype von Regional- und Tauschwährungen, verharmlosend auch Talentgeld genannt, in den Postwachstumsbewegungen. Ich will gar nicht bezweifeln, dass das Zirkulieren von Waren und Dienstleistungen auf lokaler Ebene anstatt auf globaler, das durch Regionalwährungen angeregt wird, einen wichtigen ökologischen Wert hat. Am Kern kapitalistischer, unsinniger Anreizsetzung tut es aber nicht kratzen. Eine Besonderheit der meisten Regionalwährungen ist der Verfall des Geldes nach einer bestimmten Zeit. Damit soll ein Aufsparen des Geldes zur Spekulation verhindert werden. Gerade das setzt aber in der Praxis den Anreiz zeitig zu konsumieren, um nicht umsonst für das eigene Geld geschuftet zu haben. „Trendgedaken.de“, eine pro-kapitalistische Webseite schreibt: „Wegen der Kombination aus Lokalpatriotismus, Spendenfreude, Offenheit für Neues, dem starken Wunsch nach Verbesserung der Situation entwickelte sich die Regionalwährung 30 km südöstlich von München zu einem Wachstumsfaktor. Während der Rest der Republik eine wirtschaftliche Schrumpfkur erfährt, kann die Region um den Chiemsee hoffnungsvoll in die Zukunft schauen. In der Krise könnte sich der Chiemgauer als Stabilitätsanker erweisen. Das belegen die Zahlen:

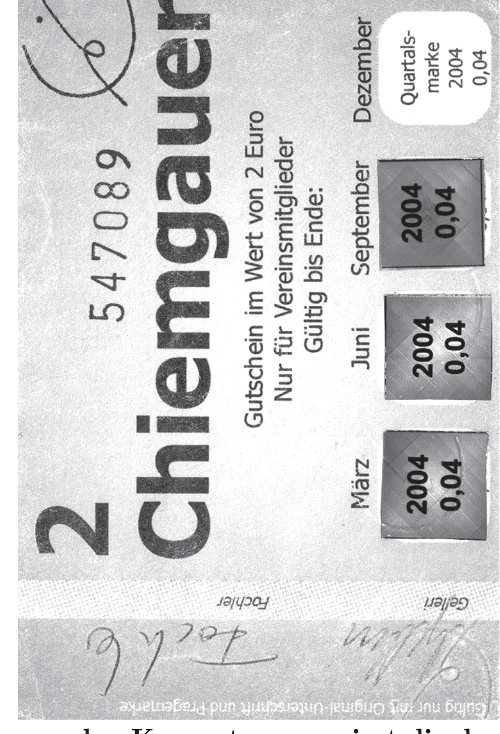
- Hohe Umlaufgeschwindigkeit: 2008 wurde ein Chiemgauer 15,77 Mal bewegt (Euro: 6,22)
- Die Zahl der teilnehmenden Verbraucher erhöhte sich 2008 um 49 Prozent auf 1992. Die Zahl der teilnehmenden Unternehmen erhöhte sich auf 779 (+23 Prozent), geförderte Vereine und Projekte gab es 204 (+29 Prozent)
- Umsatzsteigerung für Unternehmen: Gesamter Jahresumsatz mit dem Chiemgauer stieg von 78.190 € (2003) auf 3.941.843 € (2009)“

Eine konsumfördernde Anreizsetzung also, die mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Schrumpfung nicht vereinbar ist. Zudem wird eine historisch und theoretisch sehr kritische Unterteilung in schaffendes und raffendes Kapital vorgenommen. Schlecht am Geld sollen also bloß die raffenden Elemente sein und alles schaffende an sich gut, ohne zu fragen, wem das Schaffen von Autobahnen, Panzern, Überwachungstechnologie und Gentechnik was bringen soll.

Wertkritik als notwendige Grundlage emanzipatorischer Schrumpfung

Es scheint, als ob weite Teile der genannten Bewegungen sich um eine Konsequenz drücken möchten: Dass mensch die Wachstumsgesellschaft am besten an ihrer Wurzel bekämpft: Die kapitalistische Anreizsetzung zur Produktion, die nicht in der Lage ist Bedürfnisbefriedigung und Sparsamkeit zum Schutz von Umweltressourcen in ein Verhältnis der dynamischen Abwägnung zu setzen. Stattdessen werden Bedürfnisse erzeugt, um die Akkumulation zu beschleunigen oder aufrecht zu erhalten. Durch Umweltressourcen + Arbeitskraft + Bedürfniserzeugung wird aus Geld mehr Geld gemacht. Wer bei der Anreizsetzung wirtschaftlichen Handelns den Hebel anlegen will, und das ist die einzige Möglichkeit nachhaltig den Wachstumszwang abzu-





Der Chiemgauer, eine Regionalwährung - Durch eine verkürzte Analyse werden Konzepte propagiert die den gegenteiligen Effekt haben als gewünscht: Eine Akkumulationsankurbelung!

streifen, muss noch tiefer ansetzen. Und zwar an der Inwertsetzung von Gebrauchs- und Konsumgegenständen. Erst dadurch, dass Gegenstände zu Waren werden, deren Wert am Markt verglichen wird, verschiebt sich die Motivation der Produktion weg von „nützliche Dinge produzieren“ hin zu „aus Wert mehr Wert machen“. Ab diesem Punkt ist eine Ausbeutung von Umweltressourcen wahrscheinlich, weil damit eine Abwälzung der Produktionskosten auf die Allgemeinheit und auf andere Weltregionen möglich wird. Um diese Abwälzung der Produktionskosten zu verhindern, soll nun an viel späterer Stelle eine Regulation durch Gesetze oder Marktregulationen stattfinden, anstatt sie an der Wurzel zu verhindern.

Alle auf Geld und Handel basierenden Wirtschaftsmodelle können der Notwendigkeit einer radikalen wirtschaftlichen Schrumpfung mit sozialem und emanzipatorischem Ansatz nicht gerecht werden. Wo Rüben und i.Phones nur über den Markt per gleichwertiger Gegenleistung zugänglich sind, ganz egal ob durch feste oder regionale Währungen, oder ob über Tausch, steht der Anreiz von vornherein fest: Für die Zugänglichkeit der angebotenen Waren, den Wert auf der eigenen Haben-Seite zu erhöhen. Wie und womit wird zweitrangig.

Die einzige Möglichkeit die Befriedigung von verhandenen Bedürfnissen zum Anreiz und Ausgangspunkt einer Produktion zu machen, setzt also eine entprivatisierte Nutzung der Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel voraus. Eine Planwirtschaft von unten sozusagen, in der in frei gewählten und losen Bezugsgrößen auf der einen Seite die Bedürfnisse zusammengetragen werden und auf der anderen Seite die Produktion oder der Anbau zusammen organisiert wird. Wenn das Ganze auf der Ebene eines lokalen Netzwerkes beruht, ist der Anreiz, Produktionskosten oder -Aufwand (für Kosten würde es ja keine festen Größen mehr geben) auszulagern, durch den Verbrauch von Umweltressourcen gering. Denn die „Kosten“, also Negativauswirkungen der Umweltzerstörung wären unmittelbar und auf der gleichen Ebene, also lokal, spürbar.

Transition Town

Als praktische Umsetzung vieler Ideen aus den „Schrumpfungsbewegungen“ ist die „Transition Town“-Bewegung zu sehen. Sympatisch macht die Bewegung das, was viele linke Diskursführende in Angst und Schrecken versetzt: Der Versuch sich auf lokaler Ebene zu organisieren und Konzepte in die Praxis umzusetzen. Betont wird dabei das Prinzip Hoffnung: Durch das gemeinsame Erlernen von ökologischen und sozialen Organisierungsformen die Welt bereits ein Stück weit zu verändern und so Vorbild zu sein und das Unmögliche möglich und sichtbar zu machen. Einige konkrete Ansätze sind dann auch sehr nett, wie das Errichten von Gemeinschaftsgärten und ähnlichem. Sehr sympatisch ist auch das dezentrale Konzept von Transition Town. Die einzelnen lokalen Initiativen bestimmen selber wie sie aktiv werden wollen, was jeweils zu sehr unterschiedlichen Aktivitäten und Ausformungen führt.

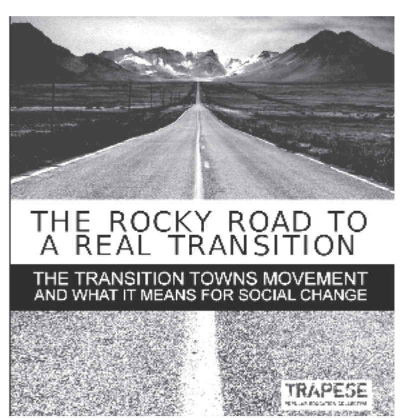
In der Überzahl werden bei TT-Initiativen aber eben die Konzepte umgesetzt, die bei der Postwachstumsbewegung durch eine fehlende Analyse auf der theoretischen Ebene entwickelt werden. Tauschwährungen einführen oder mit lokalen Politikern anbändeln, um sie dazu zu bewegen Konzepte aus der TT-Bewegung zu übernehmen, schließlich sei das auch für die lokale Wirtschaft nicht schlecht, so wird oft argumentiert. Im Kleinen wird also genau das gemacht, was im Großen als Green New Deal erkannt wurde und zurecht kritisiert wird: Ökologie und Wachstum vereinen zu wollen. Nur eben auf der lokalen Ebene. Und das ist nicht mehr als die logische Konsequenz aus der unterbliebenen ökonomischen Analyse. Durch das Appellieren an lokale Stellvertreter_innen unterbleibt ebenfalls eine Herrschaftsanalyse, und eine darüber wie Herrschaft eine Vorraussetzung für Umweltzerstörung ist, oder diese zumindest begünstigt.

Radikale Analyse und trotzdem Praxis

Weil der grundsätzliche Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie uns vor ein akutes Klimaproblem stellt, reicht es aber nicht aus, diskursive Räume zu gestalten, und bei der radikalen Kritik zu bleiben. Stattdessen ist es notwendig auch materielle Räume zu gestalten, so wie das von der TT-Bewegung versucht wird. Ziel einer emanzipatorischen Umweltbewegung müsste es also sein, konkrete Konzepte, die nicht bloß neuer Aufguß alter Verwertungslogik sind, umzusetzen und in den Kontext emanzipatorischer Ansätze gegen Wachstumszwang und Umweltzerstörung zu setzen. Seien es Umsonstläden, Gemeinschaftsgärten, offene Räume, jede Form offen zugänglicher Infrastruktur oder Wissens. Und zwar nicht nur für ein Nischendasein für die lokale oder reproduktive Ebene, sondern als gesellschaftliches Konzept. Glauben, dass es allerdings möglich wäre DIY-Projekte zu verbreitern und damit die Verwertungslogik anzugreifen, ohne irgendwann in den Konflikt mit dieser Logik zu geraten, sollte mensch allerdings nicht. Und auch das ist ein zu naiver Ansatz der Transition Town-Bewegung. Gesellschaftliche Veränderung muss nach dem altbewährten Konzept funktionieren: Zu gleichen Teilen das bestehende System abbauen (also auch angreifen) und Alternativen aufbauen (die bitte nicht auf denselben Logiken beruhen sollen). Weite Teile der deutschsprachigen radikalen Linke wollen von solchen Konzepten aber nichts wissen. Weil die Parole heutzutage „Paläste für alle“ heißt, wird wird sich darauf beschränkt, eine „gerechte“ Verteilung des wachsenden Kuchens zu forden. Der wachsende Kuchen wird als Grundlage der Emanzipation gesehen. Eine Verknüpfung der Kritiken zweier fundamentaler Antagonismen im Kapitalismus bleibt hier wie dort also aus: Der Ausbeutung von Mensch und Umwelt.

1. ↑ Marcel Hänggi, Wir Schwätzer im Treibhaus, 2008

2. ↑ Ernst Schnitter, grünes blatt, Sommer 2010, Wachstumsverweigerung



Eine emanzipatorische Kritik an der Transition-Town-Bewegung aus der englischsprachigen radikalen Umweltbewegung, herunterzuladen unter: trapese.clearerchannel.org/resources/rocky-road-a5-web.pdf

In meiner kleinen Welt geht es logisch zu, soviel Rüben wie ich kriege, gebe ich auch zurück – Goldene Zitronen

Über gewürfelten Weißkohl und Gender

Ank.: Auf was wir diesen Sommer keinen Bock haben!

Volxküche Maulwurf ***In Erinnerung an das letzte Jahr und die ein oder anderen Erlebnisse bei Kochprojekten in und um Freiburg setzten sich zwei Volxküchenaktive[1] zusammen, um sich mal gehörig auszukotzen:***

Uns kotzt es an

Uns kotzt es an, wenn wir Personen dreimal erklärt haben, wie wir gerne den Weißkohl geschnitten hätten und am Ende trotzdem dicke Würfel statt feines Kraut in den Yufka quetschen müssen. Uns kotzt es an, wenn uns eine gestresste Person, die das Essen transportiert und sonst gar nichts mit der Küche zu tun hat, den Kochlöffel aus der Hand und den Topf von der Flamme reißt, weil sie beschließt, dass die Soße auch ungewürzt ausgeteilt werden kann. Uns kotzt es an, wenn wir unsere strukturierte Essensausgabe rechtfertigen müssen und andere uns vorschreiben wollen, wie es angeblich schneller geht. Uns kotzt es an, wenn uns beim Installieren einer Lampe in der Küche das Werkzeug aus der Hand genommen und uns erklärt wird, wie das richtig geht. Uns kotzt es an, wenn Personen bei der Frage: „Brauchst du Hilfe?“ unsere Antwort nicht abwarten. Uns kotzt es an, wenn die Person in der Küche, die gerade beim Schnippeln hilft, von Außenstehenden als Küchenverantwortlicher angesprochen wird.

Uns kotzt es vor allem an, dass dabei jedes mal die „Person“ männlich und das „uns“ und „wir“ weiblich definiert ist. Uns kotzt es jedoch am allermeisten an, dass wir als weiblich definierte Menschen solches Verhalten gewohnt sind. Und am allerallermeisten kotzt es uns an, dass dieses Mackergehabe – meist unterschwellig in kleinen banalen Alltagssituationen – auch in linken Szenen immer wieder auftaucht und viel zu selten reflektiert wird.

Und außerdem kotzt es uns an, dass uns nur dann keine Leute ins Zelt latschen und das Weißkraut nur dann so geschnitten wird, wie wir es haben wollen, wenn wir selbst mackrig genug auftreten.



Genug Gepost. Rollen am Kücheneingang ablegen!?

Beispiel: Sprache

In der Küche spielt dieses „männlich definiert“ oder „weiblich definiert“, „mackrig“ oder „nicht mackrig“ unserer Erfahrung nach eine große Rolle.

Es macht beispielsweise einen Unterschied, ob wir sagen: „Kannst du den Weißkohl bitte so und so schneiden“ oder: „Ich brauche den Weißkohl so und so geschnitten“. In einigen Gendertheorien wird im Kommunikationsverhalten zwischen female und male register unterschieden. Das *female register* ist geprägt durch Ich-Botschaften, Relativierungen, Bitten und ist indirekt und zuvorkommend. Das *male register* ist dominant, direkt, klar und deutlich.

Wir jedenfalls haben unabhängig von unserem *sex*[2] und *gender*[3] keine Lust, nur durch dominantes Redeverhalten das zu bekommen, was wir brauchen, sondern wollen mit unseren Überlegungen und Erfahrungen auch so ernst genommen werden – unabhängig von unserem sex und gender!

Wir wollen das bekommen, was wir brauchen, weil die Leute es nachvollziehen können. Und sei es auch nur der fein geschnittene Weißkohl.

KochtopfExkurs: Küche als Arbeitsplatz

Wenn ein weiblich definierter Mensch das Abendessen für Ehemann und 1,28 Kinder zubereitet, das Gemüse schnippelt, kocht und den Tisch deckt, würde kaum wer an den Kompetenzen dieser Person zweifeln.

Wenn ein weiblich definierter Mensch (mit anderen) das Abendessen für 500 Menschen kocht, das Gemüseschnippeln koordiniert und in großen Töpfen rührt, kommen Zweifel auf!? Wenn Kochen im Privatraum unentlohnt stattfindet und die Töpfe max. 10 Liter fassen, ist es Frauensache? Wenn Kochen im öffentlichen Raum (Gastronomie) gegen Bezahlung stattfindet und Töpfe gerne mal 200 Liter fassen, ist es Männersache? (Warum gibt es denn so viele männliche Spitzenköche, warum ist der Beruf Koch bei männlichen Jugendlichen denn unter den Top-Ten?) Welches Kochen gilt als Produktion, welches als Reproduktion?

Volxküche als Spielplatz?

Jenseits von Arbeitslogik und Bezahlung: Betrachtet mensch Volxküchen, fällt es sicher nicht so leicht in Reproduktion und Produktion zu unterscheiden, als männlich oder weiblich zu assoziieren. Das Kochen (=weiblich assoziiert) hat ab einer bestimmten Anzahl von Mitesser_innen weniger mit „Kochen“ zu tun, sondern mehr mit Organisieren, Delegieren, Koordinieren, Leiten und Technik zu tun (=männlich assoziiert).

Mal werden wir als die Checker_innen angesehen, weil wir ach so lässig am Bräter stehen, mal werden die anderen als die Checker_innen angesehen, die bei der Aktion den Nazis ach so lässig aufs Maul hauen. Beides Blödsinn!
Mal ist die Küche im Camp öffentlich einsehbar und wir sind die Checker_innen beim Werkeln. Mal findet das Nazi-aufs-Maul-hauen „draußen“ im öffentlichen Raum statt und wir bleiben zurück im „Privatraum“ Camp, dann sind die anderen die Checker_innen. Genauso blöder Blödsinn!

1. Volxküche (VoKü): selbstorganisierte Mitmachküche **2. sex:** biologisches Geschlecht **3. gender:** soziale und psychologische Geschlechtszugehörigkeit

Gender- und Checker_innen„analyse“ für Mithelfer_innen und Esser_innen

- Wen flirte ich wie an, um als erste_r Nachschlag zu bekommen?
- Wen frage ich, ob ich noch helfen kann?
- Wer läuft im Sommer „oben ohne“ im Camp rum?
- Spreche ich weiblich definierte Personen mit „Mädels“ an?
- Spreche ich männlich definierte Personen als „Jungs“ an?

Gender- und Checker_innen„analyse“ für die Küche

- Wer schließt die Gasanlage an?
- Wer schweißt die Töpfe?
- Wer soll mit einem Lächeln die Spendenbox hinhalten?
- Wer hat Zugang zum E-Mail-Account und zur Homepage?
- Wer säuft wie viel um als tough zu gelten?
- Wer vertritt die Küche im Camp-Plenum?
- Wer kommuniziert mit der Camp-Orga?
- Wer von der Küche wird als vermeintlich kompetente Person angesprochen?
- Wurden in Ihrer Einrichtung bereits Ziele zur Realisierung von Geschlechtergerechtigkeit formuliert?
- Wer fordert beim kitchen meeting eine Befindlichkeitsrunde ein?
- Wer wertet für einzelne wichtige Bezugsgruppenmethoden als bescheuerte Waldorfpädagogikkacke ab?
- Wer will den Überblick behalten und tendiert dabei dazu zum Kontroll-Freak zu werden?

Auf was wir diesen Sommer Bock haben

Wir wollen mit dem Kochen zum einen tolle Aktionen, Projekte und Gruppen unterstützen. Wir wollen beim Kochen aber auch Spaß haben, voneinander und miteinander lernen und einen Raum zum Experimentieren und Ausprobieren haben. Dabei wollen wir uns sicher sein können, dass wir nicht aufgrund von sex, gender, Alter, Kocherfahrung etc. übergangen und bevormundet werden. Wir wünschen uns, dass (auch eigene) Wissenshierarchien reflektiert werden und in der Gruppe und nach außen unter anderem durch Transparenz abgebaut werden. Wir wollen von anderen angesprochen werden, wenn wir uns selbst mackrig und checker_innenmäßig verhalten und sich damit andere unwohl fühlen.

Für uns ist die Küche ein Bezugsrahmen und eine Bezugsgruppe und nicht nur eine Ansammlung von mehr oder weniger großen Checker_innen! Wenn das nicht klappt werden wir alle Holzfäller_innen und nix is(s)t mehr mit Maulwurf!

Du findest den Artikel mit noch mehr Bildern und außerdem interessante VoKü-Termine auf:

volxkuechefreiburg.blogsport.de

ZAD: Zone à défendre – zu verteidigendes Gebiet. Oder: Kammmolche gegen Stahlbeton (bei Nantes)

pu Mitte Mai, es ist Abend und wir sitzen in La Gaite am Feuer und trinken Wein. Es ist mein vierter Tag hier auf einem kollektiv organisiertem Bauernhof, einem von über 20 unterschiedlichen Projekten in diesem Gebiet, das jetzt aus alten Bauernhöfen, uralten Wäldern, Wiesen, Flüssen, Seen und vielen spannenden Menschen besteht.

Aber eins nach dem anderen. Fabio reicht mir einen weiteren Wein, er erzählt mir auf Englisch (leider ist mein Französisch recht schlecht), dass er in einem der Baumhäuser im alten Wald am anderen Ende des ZAD, des zu verteidigenden Gebietes lebt.

Es gibt hier jeden Samstag Kneipe und jeder gibt soviel er kann, es gibt hier keine Festpreise, sondern alles gegen Spende. Und wenn einer kein Geld hat, dann ist das auch ok.

Heute morgen bin ich im Gemeinschaftshaus Les Planchettes aufgewacht, mit mir haben dort noch ein paar Menschen aus Schottland und Barcelona geschlafen. Vor der Tür dösten ein paar Hunde als ich ausging.

Ich mache mir erstmal einen Kaffee in der Gemeinschaftsküche und setze mich ins Wohnzimmer um erstmal ein paar Seiten aus Christiane F. „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ zu lesen. Ich habe es in der Bibliothek ausgeliehen, welche hier nur 15 Fahrradminuten durch den Wald im Projekt La Boissierre zu finden ist. Und da ich es schon kenne, lese ich es auch um mein Französisch zu verbessern. Einmal die Woche gibt es auch einen Kurs. Und in der großen Versammlung der „assemblée“ wurde für mich simultan übersetzt.

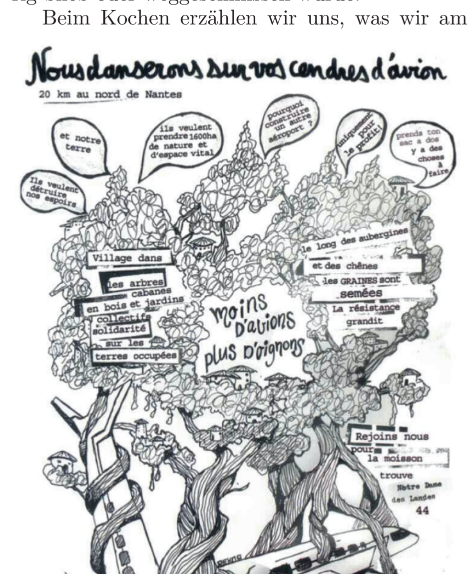
Später gehe ich zum Gemeinschaftsfeld, dem Projekt bei dem ich mithelfen möchte und säe dort Bohnen und gieße Pflanzen. Dieses Feld wurde im März von „Reclaim the fields“ Leuten angelegt, es war vorher ein verwilderter Garten.

Meine Vesper nehme ich hier zusammen mit den anderen Menschen ein und gehe dann zum Waldsee um die Mittagshitze dort zu verbringen.

Nach noch ein wenig Zeit auf dem Feld gehe ich am Nachmittag zurück, um mit den anderen gemeinsam das Abendessen zuzubereiten. Wir holen was wir brauchen aus dem „supermarché“, wo jede/r hinbringt was sie übrig hat oder sich holt was sie braucht. Es gibt Gemüse von Bauern aus der Umgebung, von eigenen Feldern, was bei den Läden der Umgebung übrig blieb oder weggeschmissen wurde.

Beim Kochen erzählen wir uns, was wir am Tag gemacht haben, lachen, machen Musik und haben Spaß. Nach dem wir uns die Gemüsesuppe haben schmecken lassen, gehen einige von uns hierher, wo wir jetzt am Feuer sitzen, miteinander reden, spielen, tanzen, Wein trinken und über neue Möglichkeiten des Seins philosophieren.

Müde von der Arbeit, aber glücklich lege ich mich neben das Feuer und betrachte die Sterne, träumend von den unendlichen Möglichkeiten des Lebens.



Geschichte

TGV, Autobahn und ein Flughafenneubau sind nördlich von Nantes geplant. Viele Menschen werden vertrieben und es wird versucht, die Gegend leerzukaufen. Es droht die Zerstörung des Gebietes, vieler Dörfer und Wälder.

September 2009:
Klimacamp mit dem Aufruf die vielen verlassenen Häuser und bedrohten Gebiete wiederzubeleben und zu verteidigen. Damals gab es schon 13 Projekte.

Juli 2010:
5 Projekte erhalten die Aufforderung zu gehen – mit der Drohung sonst Gewalt des Staates einzusetzen. Wir bleiben.

Die Firma Vinci erhält den Generalauftrag zum Bau des Flughafens. Erste Arbeiten beginnen mit einer Zufahrtsstraße. Es wird eine Firma gesucht, die die Bauarbeiten beschützt.

Sommer 2011:
Es gibt über 20 Projekte. Es gibt überdurchschnittlich häufig technische Störungen bei den Erkundungstrupps, Bauplätzen. Diese werden oft von Soldaten und Polizei begleitet.

Herbst 2011:
Rodungen möglich! Wir sind zuversichtlich.

La ZAD = Zone à défendre

http://zad.nadir.org/

B17 in Nantes
Anarchistisches Zentrum von der CNT

Hof Les Planchettes
Infopunkt, Zentrum für Neuankömmlinge ist 5 km vom Ort Notre Dame des Landes. Workshops: Einmal wöchentlich Französisch und einmal wöchentlich Englisch, Skillsharing-Wochen unregelmäßig, Sportgruppe.

Ticker Gentechnik und ihre Seilschaften

Neues vom Acker (machen)!

(jb) **Gießener FeldbefreierInnen**
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

Schwer ge- und beschädigt: Felder von AgroBioTechnikum und BioTechFarm

Erstmals hat es die beiden Top-Zentren der deutschen Gentechnik-Seilschaften getroffen: Versuchs- und Streichelzoo-Felder in Sagerheide (nahe Groß Lüsewitz/Rostock) und Üplingen (Börde) sind in zwei Aktionsnächten durch Unbekannte vernichtet oder beschädigt worden. Umfangreiche Presseberichte ergeben ein zum Teil erwartungsgemäß widersprüchliches, zum Teil aber auch eindeutiges Bild ab. Eindeutig scheint es eine „neue Qualität" zu sein, die von Polizei- und GentechnikbetreiberInnen-Seite, vor allem auf die eingesetzte „brutale Gewalt" gemeint war. Allerdings ist auch von offizieller Seite die Rede davon, dass niemand verletzt wurde. Es wird nicht einmal von Rangeleien gesprochen. Angesichts der High-Tech-Sicherungen könnte die neue Qualität auch in einer schlicht bemerkenswert strategischen Vorgehensweise gelegen haben, denn nach den bislang vorliegenden Berichten haben die FeldbefreierInnen alle wichtigen Felder getroffen und trotz der Sicherheitsvorkehrungen riesigen Schaden erzeugt - so groß, dass die Multi-Geschäftsführerin Kerstin Schmidt laut über die Aufgabe der Forschungsfelder nachdachte. Das könnte ein Ziel sein, dass die „TäterInnen" gehabt hatten. Peinlich artete die DDR-Mentalität der „Blockflöten" aus, denn alle Parteien (einschließlich der Grünen) taten der Gentechnik-Mafia den Gefallen, sofort gegen diejenigen zu stänkern, die den gefährlichen Feldern, deren Finanzierung und Genehmigung auf Machenschaften und Betrug fußen, das verdiente Ende setzten.

Irgendwie ließe sich viel schreiben über das vergangene Wochenende - von Horrorgeschichten über die Aufzählung der Schadenshöhen bis zum Tippfehler des Tages auf www.biosicherheit.de, die TäterInnen seien mit „Schweinwerfern" auf die Wachleute losgegangen. Eine umfangreiche Dokumentation findet sich auf http://linksunten.indymedia.org/de/node/43272. Hier seien nur zwei Reaktionen abgedruckt - stellvertretend für offene bis klammheimliche Freunde:

Gentechnik als unkalkulierbare Hochrisikotechnologie: Auch die Rostocker Kollegin Inge Broer konnt in den Diskussionen des Wiss. Beirats beim Umweltmin. (1999-2006) nicht bestreiten, daß eine flächendeckende (wenngleich von Fall zu Fall unterschiedlich große) Kontamination normaler Pflanzen durch GVO unvermeidbar, eine Koexistenz auf Nullemissionsniveau also unmöglich ist. Die unter Ingenieuren und Betriebswirten bekannte Risikoanalysemethodik FMEA erweist Gentechnik als eine nicht beherrschbare Technologie; eine Zertifizierung z.B. nach DIN EN ISO 9000 ff ist somit ausgeschlossen. Insofern haben die Groß Lüsewitzer (formal!) illegalen Aktivisten nachgeholt, was eigentlich schon Politiker aufgrund ihres Amtseids allein durch Sperrung der Mittel hätten tun müssen. Nichts gegen die Freiheit der Kollegin, hanebüchene Theorien zu verbreiten, das ist halt mal dank Art. 5 GG o.k., aber alles gegen eine Finanzierung waghalsiger Experimente und gegen eine Kriminalisierung von Menschen mit Zivilcourage (seit wann kosten 4 zerstochene Reifen über 200.000 €!?). MfG H. Wilde

In der Nacht vom 8.7. zum 9.7.2011 wurde es unruhig in Sagerheide. Polizeiautos, ein Krankenwagen und verschiedene andere Autos fuhren hin und her, Stimmen waren auf dem Feld zu hören. Am nächsten Mittag wurde im Netz unsere Vermutung bestätigt, es hatte eine Feldbefreiung gegeben. Übers Wochenende sprach sich die Neuigkeit herum, zumal Radio und Fernsehen davon berichteten. Am Montag, zur Mahnwache der Grünen an der Bundesstraße, überschlugen sich die Anrufe der Reporter, zumal Frau Schmidt zur gleichen Zeit zur Pressekonferenz im Versuchsgarten geladen hatte. Ein Fotoreporter erzählte uns bei der Mahnwache, daß laut Ticker auch was bei Magdeburg passiert sein muß. Die Politiker aller Parteien distanzierten sich von den Aktionen. Die Grünen erklärten dabei jedoch, daß sie die Aktion verstehen, wenn auch nicht billigen.
Wir haben uns noch nie von Formen des zivilen Ungehorsams distanziert. Kein Mensch kann soviel Heuchelei von uns erwarten, daß wir traurig wären, wenn die Freilandversuche eingestellt werden, egal aus welchem Grund. Und bei der Rückschau muß man feststellen, daß es gerade die Feldzerstörungen sind, die von Forschern und Konzernen als Hauptgrund angegeben werden, wenn sie ihre gefährlichen Projekte aufgeben. Das war in Frankreich 2010 so, das war in Zepkow so, und auch in Sagerheide war die erste Reaktion von Frau Schmidt, diese Zerstörung stelle den Agrogenforschungsstandort Deutschland in Frage.
Nicht die Ablehnung durch die Bevölkerung interessiert sie, keine UN-Aufforderung oder andere Protestformen, nein, dieser Satz fällt erst bei einer Feldbefreiung.
Die heimlichen Glückwünsche, die wir in Gesprächen übermittelt bekommen, können wir natürlich nicht annehmen. Es ist nicht unsere Art, uns mit fremden Federn zu schmücken. Aber diese verkürzte Denkweise existiert auch bei Politik und Polizei, wer sich nicht distanziert, der kann es auch gewesen sein.
Ute und Andreas Strauß aus Sagerheide

SCHWER ERSCHLICHEN
UNGELIEBT
TEUER MIT STEUERGELDERN GEFÖRDERT
GUT BEWACHT

und dennoch wurden sie, für alle plötzlich und unerwartet, nach kurzer schwerer Krankheit an der frischen Luft aus dem Leben gerissen:

ein Schweizer Weizenfeld
ein Rostocker Uni-Kartoffelfeld

Von Blumen- und Kranzspenden bitten wir abzusehen und empfehlen Spenden für Antigentechnik-Vereine. Beileidsbekundungen am Feldrand einzeln und in Gruppen möglich.

Gentechnikkritik ist wie Judenverfolgung?

Im aktuellen Gen-ethischen Informationsdienst (GID Juni 2011) befindet sich ein bemerkenswerter Artikel von Birgit Peuker. Die besuchte nämlich eine Tagung der ForscherInnen zum Thema und schrieb darüber. Auszüge:

Ende Mai fand in Berlin ein bemerkenswertes Pressegespräch statt. Sein Titel: „Nutzung der Grünen Gentechnik ist ethisch geboten!" ... Potrykus, emeritierter Professor der Pflanzenbiotechnologie, war gemeinsam mit seinem ebenfalls mittlerweile emeritierten Kollegen Klaus Ammann anwesend. In Anbetracht so viel wissenschaftlicher Kompetenz konnte man gespannt sein, welche neuen und originellen Argumente hervorgebracht werden würden.
Doch wer gedacht hatte, dass nun nüchterne und sachliche wissenschaftliche Argumente vorgetragen würden, wurde in ein - nun, wie soll man es ausdrücken? - gewisses Erstaunen versetzt. Denn das geheime Ziel der Veranstaltung schien eher gewesen zu sein, so viele Leute wie möglich zu beleidigen. Gleich zu Beginn seines Vortrages beklagte sich Potrykus über die Ignoranz, welche Politiker und Medien den Ergebnissen der Tagung in Rom entgegengebracht hatten. Dabei habe man doch ein überraschendes Resultat erzielt: Die Anwendung der Gentechnik ist ethisch geboten. ... Eine ganze „Protestindustrie" habe sich gebildet. Ein riesiges Budget stehe den gentechnikkritischen Gruppen zur Verfügung, ungefähr zwei Milliarden Euro. Dagegen seien die Budgets der großen Konzerne, die mit der Gentechnik ihre Geschäfte machen, „Peanuts". ... Ammann hieb in seiner Rede in die gleiche Kerbe. Die Studien, welche die Kritiker zur Untermauerung ihrer Argumente anführten - zum Beispiel, dass Glyphosat giftig sei (4) - seien äußerst schludrig. Überhaupt hätten Gentechnikkritiker generell kein Fachwissen - wie übrigens die Medienleute und die Leute von der Regierung auch nicht. Die Debatte werde viel zu emotional geführt. Gentechnikkritiker hätten ideologische Positionen. Mit Gentechnikkritikern könne man nicht sprechen. Gen-

Thema Umwelt

Martin Lobsiger/Klaus C. Ewald
Landschafts-CD
(2002, vdf Hochschulverlag in Zürich, CD, 49,90 €)
Kernstück der CD ist eine Typisierung von über 250 Landschaftselementen. Diese werden beschrieben, überwiegend sind auch Fotos vorhanden. Zudem wird ein Vorschlag gemacht, mit welchem Symbol diese bei einer Kartierung im Gelände auf den mitgeführten Karten eingetragen werden können. Unter den PDFs, die von der CD geladen werden können, befinden sich ebenfalls Listen und Beschreibungen von Lebensraumtypen, dazu Adress- und Literaturverzeichnissen und mehr praktische Hilfen. Dazu findet sich dann auch ein Kartierungsbogen, auf dem dann die genaueren Daten zu jeder Landschaftsstruktur erfasst werden können. Dieser ist allerdings ziemlich allgemein gehalten - daher für alle Biotoptypen verwendbar, gleichzeitig aber nicht geeignet, die von verschiedenen KartiererInnen erfassten Daten wirklich vergleichbar zu machen. Als Informationsquelle für die praktische Arbeit im Gelände (vor allem in Landschaftsräumen, wie sie in der Schweiz typisch sind) ist die CD nützlich. Systemvoraussetzung laut CD-Hülle: Windows95 bis XP und Macintosh ab System 8.1.

Niels Spilker
Von der konservativen Utopie zum neoliberalen Mainstream
(2010, AVM in München, 176 S., 39,90 €)
Sehr spannende Untersuchung: Obwohl nur an einem sehr eingeschränkten Betrachtungsgegenstand (ausgewählte Ausgaben der Verbandszeitung des BUND) schafft es der Autor, Paradigmenwechsel in der politischen Ausrichtung von UmweltschützerInnen nachzuweisen. Er geht dabei von moderner Herrschaftsanalytik aus, vor allem dem Erklärungsmodell der Diskurse in Anlehnung an den Philosophen Michel Foucault. Danach sind es bestimmte Konstellationen des Gedachten, Erwarteten, der scheinbaren Wahrheit und scheinbarer Notwendigkeit, die wie eine Matrix gesellschaftliches Werten und Handeln insgesamt wie auch im Einzelnen bestimmen. Im Konkreten analysiert Spilker den starken Hang des Umweltverbandes, mit seinen Positionen mainstream-fähig zu sein. Nicht Ideale oder Fragen optimaler Wirkung für Natur und Umwelt bestimmen das Handeln, sondern der Wille, ein Teil des großen Projektes zu sein, die "MS Öko-Deutschland", wie Spilker dem Standortwahn grüner Couleur einen schönen Namen gibt, flottzukriegen und - mit Biodiesel betankt - in die gleiche Richtung Vollgas zu geben.

Kathrin Hartmann
Ende der Märchenstunde
(2009, Blessing Verlag in München, 384 S., 16,95 €)
Ein wichtiges Buch zu einem gravierenden Paradigmenwechsel im Umweltschutz. Aus „Ökos" sind - zumindest teilweise - „Lohas" (lifestyle of health and sustainability) geworden. Schlimmer als die Tatsache, dass heute weniger neue Autobahnen interessieren, dafür aber die Anbaumethoden der Pflanzenfarben in Möbelpolitur oder Gesichtscreme, wirkt sich aus, dass die Themen verschoben sind. Risikodebatten sind in, gründliche Herrschaftsanalyse out. Die Autorin greift die Lifestyle-Ökos und ihre Vereinnahmung durch Geschäftsinteressen frontal an. Das ist gut. Auch ihrem Abschlusssatz ist nichts hinzuzufügen: „Wir sollten uns also lieber wieder an Bäume ketten, anstatt von Autokonzernen welche pflanzen zu lassen." Doch: Weiß sie, von was sie da redet? Es hat sie immer gegeben: AktivistInnen, die direkt agieren. Konzepte eines Umweltschutzes von unten. Kritik an den Wandlungen der Umweltbewegung. An keiner Stelle - weder im Text noch in den Quellen - lässt Kathrin Hartmann erkennen, dass sie davon irgendetwas weiß. Lifestyle-Ökos sind assimilierter Protest. Ist das Buch ein Vorbote der Assimilierung des Protestes gegen die Assimilierung des Protests?

Photovoltaische Anlagen
(2010, Deutsche Gesellschaft für Solarenergie in Berlin/Brandenburg, Loseblattordner mit 610 Seiten, 800 informativen Abbildungen plus DVD, 98 €)
und
Solarthermische Anlagen
(2008, Deutsche Gesellschaft für Solarenergie in Berlin/Brandenburg, Loseblattordner mit 570 Seiten, 460 informativen Abbildungen plus DVD, 85 €)
Mit Hilfe dieser Ordner lassen sich unterschiedliche solare Anlagen sehr genau projektieren. Denn in ihnen finden sich Diagramme zur Bestimmung der richtigen Dimensionen und Zusatzgeräte, genaue Bauzeichnungen und Hinweise zu den Berechnungsgrundlagen, dafür passender Software, Förderprogrammen und mehr. Es sind Ordner für PraktikerInnen, die es genauer wissen wollen. Dabei werden in beiden Ordnern verschiedene Anlagentypen beschrieben. Bei den Photovoltaiken sind es sowohl netzgekoppelte wie auch Inselanlagen, sowohl Dach- wie auch Freiflächenanlagen. Bei solaren Systemen werden solche zur Warmwassererzeugung im Haus, aber auch im Freibad beschrieben, dazu Kühl- und Warmlufterzeugung. In beiden Ordnern findet sich zudem eine DVD mit Software, Tabellen, Formularen und weitergehenden Informationen. Fazit: Die Ordner lohnen sich!

technikkritiker behaupteten, dass man mit ihm, Ammann, nicht sprechen könne. Ammann könne das nur eine „ökofaschistische Grundhaltung" nennen und er fühle sich, da häufig attackiert und denunziert, als „Genjude".

Mehr im aktuellen GID und unter Forschung auf www.biotech-seilschaften.de.vu.

Wundern über den WWF und das Wundern

Viele werden es mitbekommen haben: In der ARD lief ein Film mit Einblicken in die Seilschaften, in die der WWF verwickelt ist - auch hinsichtlich der Gentechnik. Die Nachricht lief über viele Mailinglisten, in Medien usw. Doch warum hat das überrascht? Wer glaubt eigentlich, dass in den Umweltverbänden und Bewegungsagenturen nicht schon seit Jahren die Fundraising- und Buchhaltungsabteilungen zentralen Einfluss haben? Vor kurzem erschien „Ende der Märchenstunde" und bot eigentlich genug Einblicke, um nicht mehr an die Märchen der Unabhängigkeit von Umweltverbänden usw. zu glauben. Ich habe vor über 10 Jahren schon Bücher veröffentlicht zu der hohen Verflochtenheit der Verbände mit Parteien, Konzernen, aber auch mit rechten und esoterischen Gruppen. Offenbar hat das niemanden interessiert. Auch in meinem Buch „Monsanto auf Deutsch" habe ich ein Kapitel den Umweltverbänden gewidmet - weil es unfair wäre, nur die Gegenseite der Seilschaften und Profitorientierung zu bezichtigen. Ich habe Kritik einstecken müssen dafür, dass ich solche unangenehmen Nachrichten benannt hätte (niemand hat aber bestritten, dass sie stimmen). Ist es jetzt wieder Monsanto, das so reizt? Dass WWF, aber auch BUND, Nabu (z.B. über Spendenwaschanlagen) von Daimler, Lufthansa, VW usw. gesponsort werden, stört seit Jahren und Jahrzehnten niemand. Warum ist jetzt plötzlich „bäh", wo alle seit Jahren weggucken?

Es gibt keinen Grund zu der Verallgemeinerung, dass überall nur Profitdenken herrscht. Aber es gibt auch keinen Grund, Umweltverbände und Bewegungsagenturen nur deshalb durch rosarote Brillen zu betrachten, weil sie vermeintlich das Gleiche wollen. Insbesondere ihre geldabhängigen Zentralen sind sehr anfällig für die Verlockungen des Sponsorings und der Orientierung auf Staatsgeldquellen (mehr unter www.projektwerkstatt.de/aes)

Gentechnik-Aktionen gefährden die Verfassung

Offenbar wissen die staatlichen Organe selbst, dass der Staat mit seinen Seilschaften und Machtnetzen so intensiv hinter der Agrogentechnik steht, dass er den Protest dagegen als Gefährdung seiner Existenz begreift. Jedenfalls ist es wie jedes Jahr: Die Projektwerkstatt landet (diesmal als „Graswurzelrevolution") im Verfassungsschutzbericht Hessen, weil sich die Leute dort vermeintlich schwerpunktmäßig und vermeintlich mit Feldbefreiungen am Thema Gentechnik abarbeiten. Das wäre ja auch nochmal interessant, welche Feldbefreiungen da eigentlich gemeint sind. In der Anlage die S. 127 des hessischen Berichtes.

Die **Graswurzelbewegung** besteht aus den verschiedensten Aktionsgruppen, die durch den Aufbau einer „Gegenmacht von unten" die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zerstören wollen. In ihrem Konzept des „zivilen Ungehorsams" wird „massenhafter Bruch von Gesetzen" als Aktionsform propagiert.

Graswurzelbewegung

Die politische Arbeit der dieser Bewegung zuzurechnenden Aktivisten der **Projektwerkstatt** in Reiskirchen-Saasen (Landkreis Gießen) richtete sich zuletzt gegen den Einsatz der Gentechnik. Hier engagierten sie sich vor allem bei sogenannten „Feldbefreiungen", bei denen Anpflanzungen gentechnisch veränderter Pflanzen zerstört werden.

graswurzelrevolution

Im vergangenen Jahr wurde der führende Aktivist der **Projektwerkstatt** wegen Sachbeschädigung an einem Versuchsfeld der Justus-Liebig-Universität Gießen zu sechs Monaten Haft verurteilt. Sein durch Proteste von Anhängern begleiteter Haftantritt im offenen Vollzug der Justizvollzugsanstalt Gießen erfolgte am 23. September.

Lustig ist das Ganze noch, weil nicht die Aktionen selbst, sondern die Verurteilungen deswegen, im Verfassungsschutzbericht landen. Ist der VS der Ansicht, dass die halbjährige Haft verfassungswidrig war? Warum sonst soll sie da erwähnt werden?

Wie immer das Nachwort: Von der Broschüre „Organisierte Unveranwortlichkeit" und dem Buch „Monsanto auf Deutsch" sind noch genügend Bestände vorhanden. Bestellungen über www.aktionsversand.de.vu.

Lechz! Ich liebe den Tod und nicht das Leben. Und ich brauche frisches Geld der SteuerzahlerInnen für meine dubiosen Firmen. Schnell!

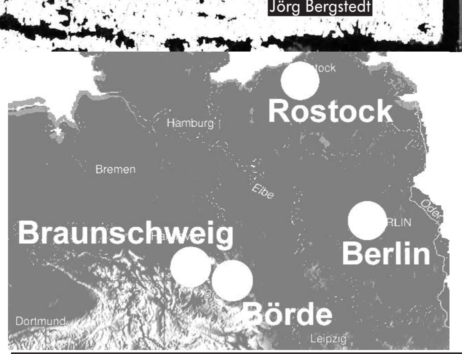
Aufruf zum Aktionstag am 5. und 6. September 2011 in Üplingen (Börde):

Organisierte Unverantwortlichkeit beenden!

Stoppt das InnoPlanta-Forum, das wichtigste Treffen der deutschen Agrogentechnik-Seilschaften!

Foto und Montage: Jörg Bergstedt

(jb) Es ist seit Jahren das größte und auffälligste Treffen zwischen Konzernen, Behörden, Lobbyverbänden und sogenannten ForscherInnen in der Agrogentechnik Deutschlands. KWS-Chef von der Bussche war da, ebenso führende MitarbeiterInnen von Bayer, BASF, Pioneer, Monsanto und anderen. Matin Qaim, Stefan Rauschen und andere WissenschaftlerInnen, die sich aus den Millionentöpfen der Gentechnikförderung bedienen. Betagte und aktuelle JournalistInnen aus ZDF, MDR und anderen puschten das Treffen. PolitikerInnen und BehördenvertreterInnen aus zuständigen Ministerien in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern bis zu Thomas Leimbach, Chef des Landesverwaltungsamtes, waren zugegen - letzterer hielt eine flammende Rede für die Versuchsfelder, die seine Behörde eigentlich überwachen soll. Rundherum gruppierten sich Geldgeber, LobbyistInnen und VertreterInnen derer, die mit Grund und Boden die ganze Sache unterstützten - vom Bürgermeister bis zur Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK). Anfang September 2011 soll es wieder soweit sein: Am 5. (Montag abend) und 6. (Dienstag tagsüber) lädt der Lobbyverband InnoPlanta unter seinem Vorsitzenden Uwe Schrader (FDP) zum Stell-Dich-Ein ins kleine Dorf Üplingen ein, wo mit Fördermitteln der EU und der SBK ein Hofgut als Treffpunkt der Seilschaften saniert wurde und wird. Hier wirbt zudem ein absurder Schaugarten für die Agrogentechnik. Mehr Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen als irgendwo anders in Deutschland bringen hier - inmitten der Börde als „Wiege der Saatzucht" - ein permanentes und hohes Auskreuzungsrisiko in die Landschaft.



Stoppen wir die Propagandashow! Gegen eine Technik, die Umwelt und Gesundheit gefährdet - und die BäuerInnen und VerbraucherInnen unterwerfen soll! Für eine Welt, in der die Menschen bestimmen statt Profit- & Machtinteressen!

Seit Jahren füllen Konzerne, Lobbyverbände und fördermittelabhängige WissenschaftlerInnen die öffentliche Debatte mit Märchenerzählungen über Wundertaten gegen den Hunger, für eine giftfreie Umwelt oder für die Wirtschaftsbedingungen der LandwirtInnen. Doch die Wahrheit sieht anders aus. Lobbyverbände und Konzerne, die hinter der Agrogentechnik stehen, betreiben andernorts das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft. In internen Schriften begründen sie die Gentechnik mit der „Aussicht, in dem stagnierenden Pflanzenschutzmittelmarkt durch Anwendung der Pflanzenbiotechnologie Positionsverbesserungen zu erzielen" (Zitat von Uwe Schrader, InnoPlanta-Chef und Mitbegründer des Schaugartens Üplingen - s. www.projektwerkstatt.de/gen/vorteile.htm). Gleichzeitig verweigern vor allem die Bundesbehörden die gesetzlich vorgeschriebene Akteneinsicht.

Schluss mit der Verdummung. Wir fordern: Fakten und Offenheit statt Ideologie! Aufklärung statt Angst schüren!

Bücher zur Umwelt

Gerhard Pretting und Werner Boote
Plastic Planet
(2010, Orange Press in Freiburg, 223 S.)
Das Buch zum Film ist ein spannendes Geschichtsbuch des Siegeszuges, den der Kunststoff auf der Welt seit 100 Jahren vollzieht. Bis in alle Winkel des Lebens und der Erde prägt Plastik das Leben wie das Sterben - und zwar mit allen Schattenseiten: Müllberge, die nicht verrotten, und immer neue Giftstoffe. Die Texte sind unterhaltsam geschrieben, bedrückend und informativ. Ein Farbteil zeigt Ausschnitte aus dem Film.

Ökologie und Ökonomie
(Wochenschau Nr. 2/2011, Wochenschau-Verlag in Schwalbach, 82 S., 21,60 €)
Das Themenheft ist für den Unterricht in der Sekundarstufe II konzipiert. Zu verschiedenen Themen im Spannungsfeld Ökologie und Ökonomie werden Textbausteine geliefert, die Ausgangspunkt für Debatten und z.B. Gruppenarbeit im Unterricht oder in anderen Bereichen der Bildungsarbeit sein können. Die Texte sind provokant gewählt, d.h. sie eignen sich überwiegend gut, um kontroverse Auseinandersetzung zu fördern. Jedes Kapitel endet mit einem oder mehreren Arbeitsvorschlägen.

Joachim Tepperwin
Nachweltschutz im Grundgesetz
(2009, Nomos in Baden-Baden, 244 S., 50 €)
Mit der Lupe ins Grundgesetz - so lässt sich dieses Buch etwas salopp beschreiben. Haarklein werden verschiedene Regelungen der Verfassung daraufhin überprüft, wieweit mit ihnen ein Schutz der Nachwelt verbunden ist. Dabei geht es um Wohlstandssicherung, den Schutz Ungeborener, den Schutz der Umwelt und die Frage, wieweit zukunftsorientiertes Handeln des Staates bereits im Grundgesetz angelegt ist. Fazit ist im Wesentlichen, dass die Ziele ausreichend benannt sind, aber es an der Durchsetzbarkeit mangelt. Könnten gerichtliche Verfahren durch „einen Vertreter der Nachwelt eingeleitet werden", würde das den Rechtschutzinteressen helfen.



Fabian Sösemann
Umweltverträgliche Energienetze
(2009, Nomos in Baden-Baden, 205 S., 44 €)
In der Dissertation werden die Leitungsnetze verschiedener Energieformen untersucht: Gas und Strom werden darauf untersucht, welche Umweltbelastungen durch Bau und Betrieb der Leitungen entstehen und welche Formen der Energieerzeugung und des Verbrauchs einen umweltfreundlichen Betrieb, vor allem durch die Reduzierung von Leitungskapazitäten, nützlich sind. Das Ganze wird vor allem an den gesetzlichen Vorgaben des EnWG und der Umweltverträglichkeitsprüfung ausgerichtet. Ein detailliertes Buch für eine Spezialfrage der Energieversorgung, die in der politischen Debatte regelmäßig vergessen wird.

Von Juni bis September ist der Schaugarten geöffnet, wirbt für eine industrielle Landwirtschaft mit Gentechnik und Energiepflanzenanbau. Gleichzeitig werden die umgebenden Flächen und Saatzuchtbetriebe einem erheblichen Verunreinigungsrisiko ausgesetzt, denn in Üplingen steht die Hälfte aller Felder mit gv-Pflanzen in Deutschland, flächenmäßig ist der Anteil noch höher. Schaugarten und Hofgut sind die wichtigsten Propagandaeinrichtungen der Agrogentechnik in Deutschland. Rundherum finden sich wichtige Einrichtungen, z.B. IPK und Bioparks in Gatersleben, das in allen Gentechnik-Seilschaften präsente bundeseigene Julius-Kühn-Institut (Quedlinburg), ein Firmensitz der KWS (Dreileben) und viele kleine Unternehmen. Am 5. und 6. September 2011 werden dann Schaugarten und Hofgut zum Treffpunkt des größten Seilschaftentreffens, dem InnoPlanta-Forum 2011. Grund genug also, Üplingen zu einem Aktionsschwerpunkt zu machen.

Am 5./6. September besonders: Den Seilschaften ihre Gentechnik-Suppe versalzen!

Für eine selbstbestimmte Landwirtschaft vom Saatgut und Acker bis zum Teller der VerbraucherInnen!

Die Agrogentechnik ist nur ein Mittel, die Lebensmittelproduktion von Anfang bis Ende unter Kontrolle von Konzernen, Patenten und profitorientierten Wirtschaftsformen zu bringen. Dieses führt zu industriellen Anbaumethoden und Strukturen im ländlichen Raum. Folgen sind die Ausräumung der Landschaft, Gift- und Nährstoffeintrag in Boden, Luft und Wasser, gesundheitliche Gefahren, Abhängigkeiten, Intransparenz und ein Verlust von Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen in ihrem Alltag. Wir wollen eine andere Welt - unter anderem, in der LEBENSmittel nicht nach Profitgesichtspunkten, sondern als selbstbestimmter Prozess von LandwirtInnen und VerbraucherInnen entstehen.

Die BioTechFarm und ihr Schaugarten Üplingen sind eine Propagandafläche für eine industrielle Landwirtschaft. Zudem gefährden sie die bestehende gentechnikfreie Landwirtschaft und Saatzucht in der Börde und überall. Der Protest muss von unten kommen, denn Bundesbehörden, Landesregierung und -überwachungsbehörden sowie Teile staatlicher Medien und weiterer FunktionsträgerInnen sind fest integriert in die Seilschaften der Agrogentechnik, die in und um die Börde mit den Standorten Gatersleben, Üplingen, Quedlinburg und einigen anderen Orten ihr deutschlandweites Zentrum hat. Appelle an diese eingespielten Geflechte organisierter Unverantwortlichkeit und mafiöser Fördermittelvergabe werden allein nicht reichen. Darum brauchen wir regionalen und auch praktischen Widerstand - aus Gemeinderäten, von LandwirtInnen, Saatzuchtunternehmen, AnwohnerInnen und überhaupt allen, die nicht mehr länger zusehen wollen, wie die Börde zum Spielplatz der SaatguterobererInnen wird.

Möglich sind:

- Gentechnikfreie Regionen in Gemeinden, Kreisen, der ganzen Börde und überall
- Gemeinsame Vermarktung gentechnikfreier, regionaler Produkte
- Vermehrter Anbau und/oder gemeinsamer Einkauf gentechnikfreier (Eiweiß-) Futtermittel
- Gründung einer BürgerInneninitiative gentechnikfreie Börde (oder ähnlich)

Wir fordern zudem die Braunschweiger SBK auf, ihre landwirtschaftlichen Flächen und Güter nur noch zu verpachten für

- umweltgerechte, möglichst zertifiziert-ökologische und gentechnikfreie Landwirtschaft
- bäuerliche Betriebe unter Bevorzugung von Direktvermarktung und eigener Weiterverarbeitung

Mehr Infos:
- Informationsdienst Gentechnik: www.keine-gentechnik.de
- Veranstalter des InnoPlanta-Forums: www.innoplanta.com
- BioTechFarm selbst: www.schaugarten-ueplingen.de
- Kritische Seiten: www.biogeldfarm.de.vu und www.biotech-seilschaften.de.vu

Auf Seite 50 und 51: Übersicht über Probleme und Verstrickungen der BioTech-Farm

Aktionsidee:
Vorbild könnte der Castorprotest sein - aber hier als kleinere Ausgabe. Also: Ein bunter Aktionstag, wo viele Menschen mit ihren Ideen kommen und demonstrieren, blockieren, Straßentheater, Musik, Infostände usw.

www.biotechfarm-schliessen.de.vu

Technische Hinweise:
Üplingen hat knapp 100 EinwohnerInnen und gehört zur Gemeinde Ausleben. Die liegt im Bördekreis ganz im Westen Sachsen-Anhalts, zwischen Oschersleben und Schöningen. Das Hofgut ist das zentrale Gebäude im Ort. Die Einfahrt zur BioTechFarm liegt nördlich des Gebäudekomplexes an der Badelebener Straße. Das InnoPlanta-Forum beginnt am 5. Juni abends mit der Auftaktveranstaltung. Dafür und am folgenden Tagesbeginn reisen die Konzernleute, BehördenvertreterInnen, LobbyistInnen usw. an. Das sollen auch die Aktionsschwerpunkte werden.

Wir brauchen Unterstützung!
Im Großraum Magdeburg-Börde-Braunschweig sind Übernachtungsplätze vom 5. auf den 6. September notwendig. Wir brauchen wahrscheinlich Fahrzeuge oder ein freundlich gesonnenes Busunternehmen, welches die Menschen von Üplingen zu den Schlafplätzen und wieder zurück bringt. Wo gibt es Platz, um z.B. auf einer Wiese zu zelten?
Wer organisiert gemeinsame Anfahrten aus den verschiedenen Ecken des Landes? Wir suchen regionale AnsprechpartnerInnen, die das für ihre Gegend übernehmen.

MitträgerInnen und mehr Aktionsideen
Dieser Text ist nur eine kleine Information über die BioTechFarm, das dort am 5./6. September stattfindende InnoPlanta-Forum und was an Ideen, UnterstützerInnen und MitaufruferInnen gesammelt wurde. Wir freuen uns über bunte Flugblätter, Aktionen, Veranstaltungen - auch am Wochenende vorher z.B. in den Orten der Umgebung. Infoseite zu mehr: www.biotechfarm-schliessen.de.vu. **Seid wütend! Werdet aktiv! In Üplingen und überall!**

Hintergrundinfo zur Agrogentechnik und ihren MacherInnen in Üplingen

Dokumentiert: Das Faktenpapier zum Schaugarten Üplingen (Verfasser: jb)

Die Gentechnik-Seilschaften von Üplingen

BioTechFarm, Schaugarten Üplingen und die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz

Propaganda und Irreführung

1. Der Schaugarten Üplingen dient der Propaganda für die Agrogentechnik. Geschäftsführer war zunächst der FDP-Landtagsabgeordnete Uwe Schrader, danach Kerstin Schmidt, die mit ihrer Firma biovativ GmbH auch die Versuchsanlage östlich von Rostock betreut. Sie sagte über den Zweck des Schaugartens: „Unser Unternehmen unterhält in Üplingen mit dem Schaugarten die europaweit erste Freilandausstellung. Mit der Kooperation bieten wir den Mitgliedern der Marketinginitiative an, ihre Produkte der modernen Pflanzenzucht dort der Öffentlichkeit zu präsentieren" (Quelle: mz-web am 8.9.2009). Auf TransGen, einer Propagandaseite für Agrogentechnik, wird der Schaugarten so vorgestellt: „Der insgesamt fünf Hektar große Schaugarten bildet gewissermaßen eine öffentliche Bühne ... Wer sich ein eigenes Bild von Gentechnik und Pflanzenzüchtung machen möchte, wer interessiert und neugierig ist, kann sich zu einem Besuch im Schaugarten anmelden. Schulklassen und Gruppen sind besonders willkommen."
2. Bemerkenswertes Beispiel dieser Sonderstellung ist der BT-Mais MON810. Dieser ist seit 2009 in Deutschland wegen seiner Umweltauswirkungen verboten. LandwirtInnen dürfen ihn nicht pflanzen. Im Schaugarten war er aber 2009 und 2010 ohne besondere Sicherungen im Freiland als Werbebeet vorhanden.
3. Ursprüngliches Ziel der Renovierung des Hofgutes und der Sanierung der Ortschaft Üplingen war der Gedanke der Nachhaltigkeit und des regionalen Wirtschaftens. Die mit dieser Intention investierten Gelder wurden ab 2008 für den Aufbau eines Schaugartens und des wichtigsten Treffpunktes der AgrogentechnikerInnen in Deutschland zweckentfremdet.
4. Ab 2011 ist Üplingen auch Standort des Feldes mit der BASF-Kartoffel Amflora. Dieser Anbau dient ebenfalls nur politischen und Propagandazwecken. Denn die Amflora ist eine sehr alte gentechnische Sorte und wird von BASF gar nicht mehr weiter verfolgt. Das Feld dient allein der Durchsetzung von Gentechnikinteressen, aber nicht (mehr) der Erforschung der Amflora-Kartoffel.
5. Von der Geschäftsführerin des Schaugartens werden auf Nachfragen Belege und Studien erfunden. So antwortete Kerstin Schmidt am 6.9.2010 auf die Frage einer Besucherin nach Fütterungsstudien mit gv-Mais bei Kühen: „Also da gibt's Tausende von ... Ich kann Ihnen ein paar Forschungsinstitute aus Deutschland nennen, das ist die RWTH Aachen, das ist die Biologische Bundesanstalt Braunschweig, heutzutage Julius-Kühn-Institut, das ist die FAL, die heißen von-Thünen-Institut oder teilweise Julius-Kühn-Institut." Das aber war frei erfunden. Bei allen genannten wurden nie solche Studien durchgeführt (Quelle: Mitschnitt der Führung durch den Schaugarten am 6.9.2010 und Recherche in den Forschungsdatenbanken der genannten Institutionen).

Betrug und Fälschungen

1. Sämtliche Felder im Schaugarten sind als Freisetzungsversuche beantragt und genehmigt. Tatsächlich dienen sie aber der Propaganda und nicht wissenschaftlichen Untersuchungen. In Üplingen selbst sind weder Labore noch qualifizierte WissenschaftlerInnen vorhanden. Über gesicherte Transporte von Materialien in andere Labore ist in den Überwachungsakten beim Landesverwaltungsamt nichts zu finden.
2. Die Felder sind Kopien von Versuchsfeldern an anderen Orten, die entweder von Firmen (KWS, BASF, Pioneer, Monsanto) durchgeführt werden und deren Interessen dienen oder als Scheinanmeldungen im Biosicherheitsprogramm dem Betrug mit Fördermitteln dienen. Die durchführende Firma biovativ GmbH erhält hierfür direkt oder indirekt Mittel aus einem Förderprogramm, das für die konkreten Versuche überhaupt nicht zutreffend ist. Dennoch werden die Gelder seit Jahren ausgezahlt.

Schlampereien und Verstöße gegen Sicherheitsauflagen

1. Das Feld verfügte nie über eine durchgängige Mantelsaat. Eine Lücke von ca. 50 Metern wurde der Überwachungsbehörde, die die erforderlichen Kontrollbesuche vernachlässigte, im Jahr 2010 eher zufällig bekannt. Nach Rücksprache mit der Bundesgenehmigungsbehörde BVL beschloss sie aber, weder die Nichteinhaltung der Sicherheitsauflagen zu ahnden noch eine Nachbesserung einzufordern (Quelle: Aktenvermerk des Landesverwaltungsamtes vom 26.8.2010). Neben dieser Lücke gab es zudem den BesucherInneneingang, bei dem die Mantelsaat unterbrochen war (Quelle: Mitschnitt der Führung durch den Schaugarten am 6.9.2010).
2. Auf dem Feld kam es mehrfach zu unkontrolliertem Durchwuchs. Dokumentiert sind das Aufkommen von Tabakpflanzen (Quelle: Aktenvermerk des Landesverwaltungsamtes vom 26.8.2010) und der Durchwuchs von Raps im RR-Rübenfeld (Quelle: Mitschnitt der Führung durch den Schaugarten am 6.9.2010).
3. Für den Versuch mit gentechnisch verändertem Weizen wurde von einem 10 Jahre alten Versuch der Universität Zürich ein Genehmigungsantrag weitgehend wörtlich kopiert (á la Ex-Minister Guttenberg). Es ist folglich unwahrscheinlich, dass jemals der tatsächlich dort stehende Versuch beantragt und genehmigt wurde, sondern ein unbekanntes anderes Experiment. Hinweise auf das Plagiat sind im Antrag nicht vorhanden. Hier wurde sich nicht einmal die Mühe gemacht, eigene Anträge zu fälschen, sondern es wurden vorhandene Antragstexte aus anderen Zusammenhängen recycelt (Quelle: Hintergrundpapier von BUND und anderen am 18.4.2011).
4. Der als Sicherheitsauflage vorgeschriebene Mäuseschutzzaun um das gv-Weizenfeld ist nicht geeignet. Als dieser Verstoß bekannt wurde, kommentierte das die Geschäftsführerin des Gartenbetreibers, Kerstin Schmidt, mit den Worten: „Wenn schon, was soll da passieren" (Quelle: Mitschnitt der Führung durch den Schaugarten am 6.9.10).

Vorgang
Besichtigung der Freisetzungsfläche

Ort:	Üplingen
Zeit:	26.08.2010, 16 Uhr
Anwesende:	Frau Weber, Dr. Röllich
Anlass:	Mitteilung des Betreibers wegen Lücken in der Mantelsaat

Datei: Dokument4

Die Randbepflanzung der Freisetzungsfläche an der nordwestlichen Ecke der Pflanzung wurde im Anschluss an die 57. Sitzung des Arbeitskreises GenT LSA besichtigt. Dort fehlt auf einer Länge von ca 50 m die Mantelsaat Mais fast vollständig. Teilweise sind Tabakpflanzen gewachsen. Hierzu liegt keine Erklärung vor.
Herrn Dr. Ehlers, Referatsleiter 403, Freisetzungen, des BVL wurde am 24.08.2010 der Sachverhalt vorgetragen. Er sieht keinen Handlungsbedarf.
Im Umkreis von mehr als 500 Meter zur Freisetzungsfläche gibt es keinen Maisanbau für Futtermittelzwecke. Ein benachbartes Maisfeld konnte auch über diesen Abstand hinaus nicht gesehen werden.
Aufgrund dieser örtlichen Gegebenheiten kann von der Anordnung irgendwelcher Vorsorgemaßnahmen abgesehen werden.

Oben: Begehungsprotokoll der Überwachungsbehörde

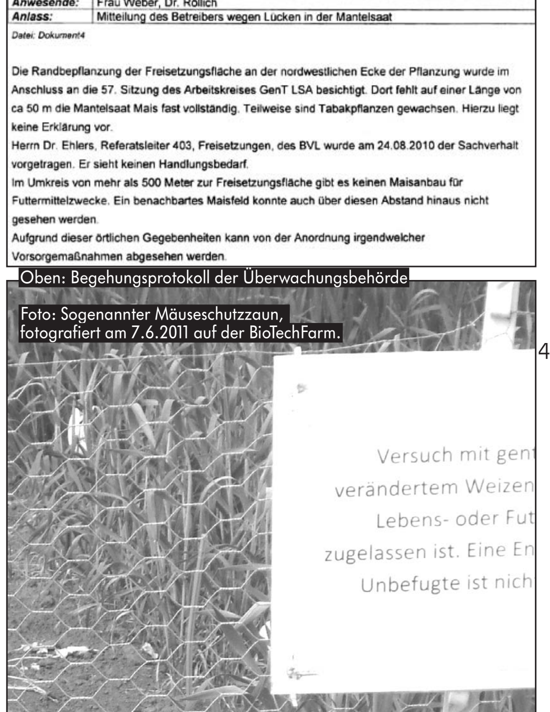


Foto: Sogenannter Mäuseschutzzaun, fotografiert am 7.6.2011 auf der BioTechFarm.

www.biogeldfarm.de.vu

Besondere Risiken

1. Im Schaugarten stehen sehr viele und zum Teil wenig erforschte, gentechnisch veränderte Pflanzen. Dazu entsteht ein besonders starkes Risiko, da es bislang vor allem Felder mit Versuchspflanzen sind, von denen Auskreuzungsskandale ausgehen. Das hat auch nachvollziehbare Gründe, denn Versuchspflanzen enthalten in der Regel mehr gentechnische Veränderungen, zudem stehen oft mehrere verschiedene gv-Pflanzen in einem Beet. Welche Wirkungen diese Veränderungen in der Umwelt hinterlassen, ist oft unbekannt, zudem fehlen für diese seltenen Pflanzen vielfach Nachweismethoden. Durch Auskreuzungsskandale der Vergangenheit ist bekannt, dass selbst ausbreitungsschwache Pflanzen von einzelnen Versuchsfeldern weltweit überall eindringen können – wie es 2006 mit dem Bayer-Reis LL601 der Fall war.
2. Der Standort des Schaugartens liegt in der Wiege der Saatzucht. Damit sind umliegende Betriebe, Saatgutbanken und Zuchtanlagen einer besonderen Gefahr ausgesetzt – und das nur zu Propagandazwecken.
3. Der gentechnisch veränderte Mais wird in einer Biogasanlage in Schöningen verarbeitet, am 20.12.2009 erfolgte auch eine Lieferung an die Biogasanlage in der Üplinger Straße in Badeleben (Quelle: Akten des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt).

Örtliche und regionale Betroffenheiten

1. Durch die Aussaat sehr vieler, unterschiedlicher und weitgehend unbekannter gv-Pflanzen sind die umgebende Landwirtschaft und vor allem Saatgutbetriebe massiv gefährdet. Eine Auskreuzung in der Region könnte die Börde als Herkunftsort in Verruf bringen.
2. In das Dorf Üplingen sind erhebliche Mittel zur Sanierung investiert worden. Dieses geschah unter anderen Vorzeichen (Agenda-21-Dorf und Nachhaltigkeitsprojekt). Die jetzige Übernahme durch die Gentechnik-Seilschaften stößt auch deshalb auf geringen Widerstand vor Ort, weil die engagierten BürgerInnen der Agenda-21-Phase um die Früchte ihrer Arbeit fürchten. Denn der Schaugarten ist offensichtlich eine Falschverwendung der Fördermittel.
3. Selbst der Treffpunkt (Versammlungssaal) der Gentechnik-Seilschaften wird aus Fördertöpfen finanziert, die eigentlich lokalen Aktivitäten zugute kommen sollen. Gleichzeitig ist z.B. der Dorfpark am Gut inzwischen für die öffentliche Nutzung gesperrt. Trotz anderslautender Zusagen und Absprachen ist die Zugangsbrücke einfach abgerissen worden.

Seilschaften der Agrogentechnik

1. Das Hofgut in Üplingen mit dem angegliederten Schaugarten ist der deutschlandweit wichtigste Treffpunkt von LobbyistInnen, Konzernen und Überwachungsbehörden. Das jährliche InnoPlanta-Forum als Begegnungsraum zwischen GeldgeberInnen, Versuchsdurchführenden, Firmen und Genehmigungs- und Überwachungsbehörden ragt hier besonders heraus (Quelle: Buch „Monsanto auf Deutsch" und www.biotech-seilschaften.de.vu).
2. Neben den Rostocker Gentechnikkreisen um die Firma biovativ GmbH ist das Netzwerk um InnoPlanta am Schaugarten beteiligt. Gründungsvorsitzender von InnoPlanta ist Thomas Leimbach, der immer noch stolz auf seine Schöpfung ist. Heute ist er Chef des Landesverwaltungsamtes, das eigentlich unabhängige Überwachungsbehörde sein soll (Quelle: Buch „Monsanto auf Deutsch" und www.biotech-seilschaften.de.vu).

Die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) und der Schaugarten

1. Die Flächen, auf denen der Gentechnik-Schaugarten und das Amflorafeld stehen, gehören zum Konsortium der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK). Sie sind an die BetreiberInnen des Hofgutes bzw. des Schaugartens verpachtet. Die SBK weiß, dass diese zum Zwecke der Ausbringung von gv-Pflanzen und deren Bewerbung genutzt werden.
2. Nach der Sanierung des Hofgutes Üplingen wurde am 18.12.2007 das angrenzende Ackerland an die Firma Monsanto verpachtet. Spätestens damit war klar, dass nun ein Gentechnikzentrum geplant war. Das Ackerland gehörte zum Konsortium der Stiftungen in der SBK. Sie stimmte der Verpachtung an Monsanto zu (Quelle: Akten beim Landesverwaltungsamt).
3. Die SBK baut zur Zeit sogar selbst, aber unter dem Deckmantel eines Dorfgemeinschaftshauses den zentralen Versammlungsraum der Gentechnik-Seilschaften im Hofgut Üplingen.
4. MitarbeiterInnen der SBK nehmen an den jährlichen Seilschaftentreffen „InnoPlanta-Forum" teil.
5. Die technische Umsetzung der Verpachtung liegt in den Händen der niedersächsischen Landesverwaltung, genauer in der Abteilung „LGLN" mit Sitz in Braunschweig (Quelle: www.gll.niedersachsen.de).

Mehr Infos:

- www.biogeldfarm.de.vu: Zum Schaugarten in Üplingen
- www.bs-gentechfrei.de: Gentechnikfreie Region Braunschweiger Land
- www.keine-gentechnik.de: Informationsportal zum Thema
- www.kws-gentechnikfrei.de: Gentechnik und die Firma KWS Saat AG
- www.biotech-seilschaften.de.vu: Behörden, Firmen, Lobbyverbände und Forschung
- www.schaugarten-ueplingen.de: Die Seite der BioTechFarm-Betreiber selbst

Literatur

„Monsanto auf Deutsch"
Das Buch zu den Gentechnik-Seilschaften ... 240 Seiten voller Informationen zu Personen und Organisationen. Über 2000 Quellen. Für 18 € bei www.aktionsversand.de.vu.

„Organisierte Unverantwortlichkeit"
Broschüre mit einer kurzen Übersicht über die wichtigsten Teile der Gentechnik-Seilschaften, unter anderem der BioTechFarm in Üplingen. 32 Seiten, 2 €.

Zum Thema bietet der Autor einen Vortrag als Ton-Bilder-Schau an (auch auf DVD erhältlich).

Wir brauchen endlich eine Initiative gegen die Gentechnik-Anlagen in Üplingen und der Börde. Machen Sie mit! Tragen Sie sich in die Listen ein oder melden Sie sich in der Projektwerkstatt. Von hier wird zu einem Gründungstreffen eingeladen.
Kontakt: saasen@projektwerkstatt.de oder 06401/903283.



**Konto „Spenden&Aktionen", Stichwort „BioTechFarm stoppen"
Nr. 92881806, Volksbank Mittelhessen (BLZ 51390000)**

Was tun, wenn's grünt?

vega **Der Kapitalistenstaat will kein Atomstaat bleiben und färbt sich grün. Was heißt das für die radikale Umweltbewegung?**

Die menschgemachte Tragödie von Fukushima ist bei weitem nicht zu der Wende geworden, die sie hätte sein müssen. Aber sie hat in Deutschland zu Entwicklungen geführt, auf die wir als emanziptorische[1] und antagonistische[2] Umweltbewegung eingehen sollten. Dieser Artikel zielt nicht auf die rege Tätigkeit an der Basis der Anti-AKW-Proteste (die ja mal wieder ein neues Level an Aktivität erreicht hat und eine Untersuchung durchaus wert wäre), sondern auf das, was auf staatsoffizieller Seite passiert. Hier sind zwei parallel zueinander laufende Entwicklungen zu beobachten.

Zum einen der fortgesetzte Höhenflug der Grünen. Trotz federführender Beteiligung an der vorletzten Verlängerung der AKW-Laufzeiten, trotz weiterreichender Anti-Atomposition der Linkspartei, haben sie ganz maßgeblich von den Ereignissen profitiert – der „Markenkern" der Parteien war wichtiger als ihre Politik.

Es wird immer klarer, wohin die Reise der Grünen geht

Die Grünen verzeichnen nicht nur bundesweit steigende Umfragewerte, sondern auch Erfolge bei Kommunal- und Landtagswahlen, bis hin zum ersten grünen Ministerpräsidenten in BaWü. Der provoziert die Debatte über Schwarz-Grün auf Bundesebene, und auch wenn noch beide Seiten entsetzt dementieren, ist fraglich, wie lange das noch so sein wird.

„Zahlreiche unüberwindlich scheinende Hürden für eine Zusammenarbeit mit der Union haben die einstigen Ökopaxe längst beiseite geräumt, indem sie während ihrer Regierungszeit mit den Sozialdemokraten ihre Skrupel gegenüber deutschen Kriegsbeteiligungen, sozialem Kahlschlag und dem Abbau von Bürgerrechten überwanden. Wer Schröder, Clement und Scharping überlebt hat, hält es auch mit Merkel, Schäuble und de Maizière aus." (Pascal Beucker, Jungle World 25/2011).

Es wird immer klarer, wohin die Reise der Grünen geht: Von der Allianz der konservativen mit den linken/linksradikalen Umweltschützern, über die Entledigung von allen radikalen Strömungen, zu der Partei, die den Kapitalismus mitgestalten darf bis hin zur Impulsgeberin und Vordenkerin des nächsten Kapitalisierungsschubes.
Die Grünen sind dabei nicht nur die Partei des mittelständischen Bürgertums, welches jenseits von Sozialer Frage und ernstgemeinter Kapitalismuskritik einen vermeintlich nachhaltigen Lebensstil pratizieren will (und sich das auch was kosten lässt).

Wichtiger noch ist, wen die Grünen ökonomisch repräsentieren: Die Eigenheimbesitzer_innen mit Solaranlage auf dem Dach, die Biobäuer_innen, die Hersteller, Installateure und Betreiber von Solaranlagen und Windrädern – sie alle verdienen als Kapitalist_innen durch Ausbeutung von Arbeitskraft und Vernutzung der Natur gutes Geld, und sie wollen eine Partei, die eine für sie günstige Politik macht. Der gleichzeitige Niedergang der FPD ist kein Zufall, sondern Symptom dafür, dass die Grünen inzwischen besser im Bedienen von Kapitalinteressen sind.

Der Atomausstieg passt also sehr gut zu der Form des Kapitalismus, die wir gerade erleben.

Bei weitem nicht gegen alle Kapitalinteressen gerichtet ist auch die zweite Entwicklung, die „Energiewende", ein Begriff, der weder ganz richtig noch ganz falsch ist. Die Kapitalist_innen, die ihr Geld mit erneuerbaren Energien verdienen (und deshalb von manchen in der Bewegung regelrecht beworben werden) haben schon immer ein wirtschaftliches Interesse, die AKWs zurückzudrängen. Auch die vier großen Energieriesen pumpen große Mengen an Kapital in erneuerbare Energien. Die Frage war immer nur, wie lange sie noch mit den AKWs Geld drucken dürfen, auf das Danach sind sie gut vorbereitet. Außerdem werden selbst am aufwändigen Abbau der AKWs noch andere Leute Geld verdienen (und das erworbene Know-How vielleicht eines Tages sogar exportieren können).
Der Atomausstieg passt also sehr gut zu der Form des Kapitalismus, die wir gerade erleben.

Trotzdem: Vor einem halben Jahr

war ein derartig weitreichender Ausstiegsbeschluss kaum vorstellbar. Das bezieht sich weniger auf das konkrete Ausstiegsjahr 2021, als auf die Tatsache, dass 8 AKWs (fast die Hälfte!) auf einen Schlag ausgeschaltet werden und der Rest in Etappen. Sicherlich, die Forderung nach dem sofortigen weltweiten Atomausstieg hat nichts von ihrer Richtigkeit verloren. Die Verschiebung der realpolitischen Koordinaten ist dennoch erstaunlich. Das wird auch für radikale Politik Konsequenzen haben. Es ist durchaus denkbar, dass der Zulauf zu den Anti-Atomaktionen jetzt wieder abnehmen wird, auch eine stärkere Delegitimierung im bürgerlichen Diskurs ist möglich.

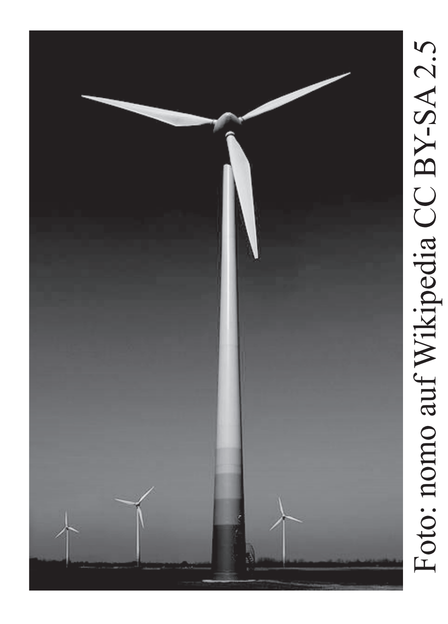
Aber welches Interesse haben wir daran, dass mit Ökostrom von der Nordsee in Süddeutschland Panzer gebaut werden?

Wichtiger noch als das Ende der AKWs ist der beschlossene Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bisher erstaunlicher Weise selten kritisiert, sind diese Pläne alles andere als emanzipatorisch. Vorgesehen sind große, zentralisierte Anlagen vor allem im Norden des Landes (die Energieerzeugung würde zentralisierter erfolgen als durch die AKWs) und ein massiver Ausbau der Hochspannungleitungen quer durchs Land. Dargestellt wird dies als die einzige mögliche Form der Nutzung Erneuerbarer Energien. Hier ist ein energischer Widerspruch in Theorie und Praxis nötig!

Zunächst einmal war und ist die Diskussion, wie viele AKWs oder auch Windparks und Hochspannungsleitungen es brauche, um „die“ Gesellschaft mit Strom zu versorgen, schon immer absurd, weil nie die Frage gestellt wurde, was für eine Gesellschaft da mit Strom versorgt wird. Rüstungsindustrie, Massentierhaltung, Werbeapparate, Gefängnisse, Polizei und Militär sind nur ein paar Beispiele für Dinge, die in der bürgerlichen Gesellschaft Strom verbrauchen, nach einer Revolution aber vom Netz gehen würden ohne das sie jemand vermisst. „*Die Versorgung von Bayer, BMW und BASF mit (bezahlbarem) Strom soll also ab sofort gemeinsames Ziel aller ‚Deutschen‘ sein und besonders das von Atomkraftgegner_innen.*“[3]

Aber welches Interesse haben wir daran, dass mit Ökostrom von der Nordsee in Süddeutschland Panzer gebaut werden?
Auch die konkrete Produktion und Verteilung dieses Stromes wird hochgradig unsozial und unökologisch abgewickelt werden. Um das Land mit Hochspannungsmasten zuzupflastern, wird nicht nur einiges an Fläche verbraucht werden, es muss auch Eisenerz gefördert und zu Stahl geschmolzen werden – Szenen die dem deutschen Biobürgertum sicher nicht gefallen dürften, sich aber auch nicht unter ihrer Nase abspielen.

Oberirdische Hochstromtrassen (die unterirdische Alternative wird aus Kostengründen kaum genutzt) führen sehr wahrscheinlich zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie z.B. erhöhten Raten von Kinderleukämie; von Geräuschbelästigung einmal abgesehen.
Windräder können (je nach Standort) eine ökologische Beeinträchtigung für Vögel sein und durch Schlagschatten und Geräuschentwicklung der menschlichen Lebensqualität abträglich sein. Es gibt immer mehr unterstützenswerte Initiativen von Betroffenen, die sich gegen solche Projekte wehren. In der Diskussion um die „Energiewende“ kamen sie kaum vor, und wenn, dann um sie lächerlich zu machen.


Foto: nomo auf Wikipedia CC BY-SA 2.5

Das passt gut, denn die zentralisierte Stromversorgung bedeutet zudem immer eine Zentralisierung von Macht und begünstigt dadurch eine herrschaftsförmige Organisation der Stromerzeugung. Dass früher mal um eine dezentrale regenerative Stromerzeugung gestritten wurde, erscheint heute kaum noch vorstellbar. Der Begriff des Atomstaates soll auf den Punkt bringen, dass das Kapital die AKWs nur betreiben kann, solange ihnen der Staat den Rücken freiprügelt. Über die „Energiewende“ lässt sich aber letztlich das selbe sagen. Sie ist eben kein Programm mit dem vorrangigen Ziel, das Leben der Menschen zu verbessern (solche Programme kann es im Kapitalismus nicht geben), sie schafft vor allem dem ewig zur Suche nach Absatzmärkten verdammten Kapital neue Investitionsmöglichkeiten.
Unsere Kritik sollte daher nicht bei Zentralisierung stehenbleiben oder sich nur auf die Forderung

nach unterirdischen Hochspannungsleitungen beschränken. Kapitalismus funktioniert auch dezentral gut, schon allein deshalb kann Dezentralisierung kein Wert für sich sein.

Genauso unsinnig erscheint mir die in der letzten Ausgabe aufgewärmte Debatte, die Öko-Stromkapitalist_innen davon überzeugen zu wollen, dass es viel besser für sie sei, nicht mehr als Kapital zu agieren, sondern zu einer Sektion der Anti-AKW-Bewegung zu werden. Hier scheint mir eine Fiktion vorzuliegen, wonach, wer sein Geld mit Erneuerbaren verdiene, eine besonders hohe Moral hätte und deshalb keinE richtiger Kapitalist_in sein könne. Es ist ein historischer und ökonomischer Fakt, dass die Vertreter_innen des Kapitals immer alles tun, um ihr Kapital zu erhalten. Die Vorstellung, dass in einer Gesellschaft die durch die abstrakt vermittelten Zwänge des Marktes strukturiert wird, mit Kapitalist_innen sachlich diskutiert werden kann, dass Kapitalist_in sein sich gar nicht für sie lohnt, erscheint mir weltfremd.

Das Risiko des Scheiterns auf dem Markt gehen Kapitalist_innen notgedrungen ein, denn dafür verfügen sie über Privateigentum an Produktionsmitteln, die Arbeit anderer Menschen und die Möglichkeiten zu weitreichenden Eingriffen in die Natur. Das Kapital (auch das kleine) ist nicht Opfer des Kapitalismus, und die Profteure des Status Quo werden sich nicht auf die Seite seiner Gegner_innen stellen.

Gerade jetzt, wo eine historisch aus der Umweltbewegung hervorgegangene Partei zu einem der angesehensten Repräsentanten des Kapitals geworden ist, müssen wir grundsätzlich betonen: Der Kapitalismus in all seinen Spielarten ist das Problem, weil er auf der endlosen Anhäufung von Kapital durch Ausbeutug basiert, weil er in einer endlichen Welt endlos wachsen muss und menschliches Glück und der Schutz unserer Umwelt nicht im Mittelpunkt von Produktion und Verteilung stehen können. Wir dürfen deshalb nicht nur fragen, welche Technologie benutzt wird um Strom zu erzeugen (womit nicht geleugnet werden soll, dass auch im Kapitalismus das destruktive Potential von Windrädern kleiner ist als von AKWs).



Foto: Flickr-Benutzer kleine gelbe Ente CC BY-SA 2.0

Anstatt immer nur von unbestimmt von der Zukunft der „Erneuerbaren“ zu sprechen, gehören weitere Fragen auf die Tagesordnung: Wem gehören die Anlagen? Welche Ziele haben die Betreiber_innen? Wo wird die Energie erzeugt? Wie wird sie transportiert? Welchen Einfluss haben die Betroffenen? Wofür wird der Strom produziert? Wer hat Zugang zu ihm und zu welchem Preis?

Wer diese Fragen herrschaftskritisch beantwortet, dürfte von allein in Opposition zu der Energiewende der Herrschenden geraten. Opposition heißt hier für mich nicht nur, sich vereinzelt Energieanlagen legal anzueignen und gegen bestimmte Formen der Energieerzeugung Widerstand zu leisten. Ziel muss sein, diese Kämpfe zuzuspitzen auf die Frage nach dem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das hinter diesen konkreten Projekten (und vielen anderen) steht, zu stellen. Egal ob Atomstaat oder Grüner Staat – wir haben es immer mit Staat und Kapital zu tun, die niemals die Verbündeten einer emanzipatorischen Bewegung werden können.

1. Emanzipation: Befreiung des Menschen von Herrschaft
2. Antagonismus: Grundsätzlicher Widerspruch zu etwas
3. Zitiert aus „Ökostrom – zentralisiert oder selbstverwaltet?“ von Floh, in der letzten Ausgabe des Grünen Blatts erschienen. Ein Artikel, auf den ich später noch zu sprechen komme.



Weißrussische Anarchisten verurteilt

bis zu acht Jahre unter verschärften Bedingungen

(ABC Belarus) Am 27. Mai urteilte der Richter Zhanna Khvoynitskaya über die weißrussischen Anarchisten Ihar Alinevich, Mikalaj Dziadok, Aliaksandar Frantskievich, Maxim Vetkin und Yeveni Slivonchik. Die jungen Männer waren zahlreicher politischer Aktionen beschuldigt unter denen sich auch ein Angriff auf die russische Botschaft in Minsk vom August 2010 befand.

Ihar Alinevich wurde beschuldigt die russische Botschaft und die Belarusbank („Mutwillige Zerstörung von Eigentum, Gesetz 218 Paragraph 3 des weißrussischen Strafgesetzbuchs), das Untersuchungsgefängnis in Minsk (Gesetz 218 Paragraph 2) und ein Casino in Minsk angegriffen zu haben, genauso wie an einer nichtgenehmigten Demonstration vor dem Militärhauptgebäude teilgenommen zu haben (letztere beiden Anschuldigungen fallen unter Gesetz 339 Paragraph 2 des weißrussischen Gesetzbuches „schwerer Hooliganismus“). Die Staatsanwaltschaft forderte neun Jahre unter verschärften Haftbedingungen. Letztlich wurde er zu acht Jahren unter verschärften Haftbedingungen verurteilt[1].

Mikalaj Dziadok wurde wegen der Aktionen gegen ein Casino, das Militärhauptgebäude und einer „Yellow Union“[2], die vom Staat kontrolliert wird, auf Grund von „schweren Hooliganismus“ zu viereinhalb Jahren unter verschärften Haftbedingungen verurteilt, nachdem die Staatsanwaltschaft sechs unter gleichen Bedingungen gefordert hatte.

Aliaksandr Frantskievich wurde wegen der Aktion gegen die „Yellow Union“, dem Angriff auf das Militärhauptgebäude und einem auf eine Polizeistation in Soligorsk, die alle als „schwerer Hooliganismus“ eingestuft wurden und einem Hackerangriff auf die Stadthomepage von Novopolotsk („elektronische Sabotage“, „illegaler Zugang zu elektronischen Informationen“, „Entwicklung, Nutzung oder Verbreitung von bösartiger Software“ Gesetz 349 Paragraph 2, Gesetz 351 Paragraph 2, Gesetz 354 des weißrussischen Gesetzbuches) angeklagt. Die Staatsanwaltschaft forderte fünf Jahre Haft, verurteilt wurde er zu drei Jahren unter verschärften Bedingungen. Es gibt Screenshots der Aktion[3].

Maxim Vetkin wurde wegen dem Angriff auf die BelarusBank und die Russische Botschaft in Minsk verurteilt. Er hat mit den Ermittlungsbehörden kooperiert und gegen die anderen ausgesagt. Er wurde, der Forderung der Staatsanwaltschaft folgend, zu vier Jahren Haft in einem Gefängnis ohne besondere Sicherheitsvorkehrungen verurteilt. Vorübergehend wurde er freigelassen.

Yevgeni Silivonchik wurde zu eineinhalb Jahren Gefängnis mit Freigang auf Grund des Angriffs in Soligorsk verurteilt. Auch er hat mit den Ermittlungsbehörden kooperiert und die anderen belastet.

Die Beschuldigten haben für 100 Millionen weißrussische Rubel (um die 20.000 Dollar) aufzukommen, die bei der Beschädigung der jeweiligen Institutionen entstanden sind.



„Anarchist Black Cross Weißrussland“
(Unterstützung inhaftierter Anarchist_innen)

Alinevich, Dziadok und Frantskievich bestreiten ihre Beteiligung an den Aktionen, abgesehen der an dem Militärhauptgebäude. Sie ziehen in Erwägung gegen ihre Urteile Berufung einzulegen, doch könnte es in einem darauf folgenden Verfahren zu noch härteren Strafen kommen. Der Straßburger Gerichtshof stellt für Menschen in Weißrussland keine Option dar, da Weißrussland kein Teil des Europarats ist.

Valentina Alinevich, Ihars Mutter, sagte „Gestern wurden die Kinder von jemand anderes festgenommen und wir dachten, das sei nicht unser Problem. Heute verhaften sie unsere Kinder. Morgen verhaften sie die Kinder von jemand anderem. Leute, seid euch dessen bewusst! Lasst das nicht geschehen!“ Des Weiteren verwies sie auf die Rolle Russlands im Falle Ihars: „Russland hat das Kidnappen einer Person auf seinem Gebiet akzeptiert. Das ist eine ungeheure Verletzung der Menschenrechte, die da in Zusammenarbeit mit den russischen Behörden passiert ist.“ Am 28. November 2010 wurde Ihar Alinevich in Moskau von Agenten einer unbekannten Sondereinsatzgruppe gekidnapped und illegal über die Grenze in das Untersuchungsgefängnis des weißrussischen KGBs in Minsk verschleppt.

Aliaksandr Dziadok, der Vater Mikalajs und erfahrener Anwalt, der auch als Richter gearbeitet hat, gab folgende Erklärung an die Presse: „Es kam innerhalb des Gerichtsverfahrens zu zahlreichen Verstößen. Auch die Anklagepunkte konnten nicht bewiesen werden. Das Urteil ist ungerecht und illegal. Ein objektives, gesetzestreues Gericht hätte alle Anklagepunkte gegen die Beschuldigten fallen gelassen.“ Aliaksandr Dziadok zog Parallelen zwischen den nun beendeten Verfahren gegen Anarchisten und denen gegen die Verhafteten vom 19. Dezember 2010 (Gerichtsverfahren gegen diejenigen, die gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen Ende letzten Jahres protestierten, was internationale Aufmerksamkeit erregt hatte.)

Anarchist Black Cross Weißrussland bezeichnet die Verurteilungen als politisch motiviert und die Anschuldigungen als nicht erwiesen. Abgesehen davon können alle Aktionen, für welche die Beschuldigten verurteilt wurden, als gewaltfrei bezeichnet werden, da in deren Zuge kein Lebewesen verletzt wurde. Die meisten der Aktionen waren lediglich symbolisch und der materielle Schaden zudem gering.

Berichte über jeden Verhandlungstag finden sich auf dem weißrussischen Indymedia, sowie hier[4].

Die Dokumentation „Defying the law“ über die Ermittlungen und Gerichtsverfahren gegen Anarchisten in Weißrussland findet sich hier[5]. Eine Version mit englischen Untertiteln folgt.

(eine Übersetzung von ABC Berlin)

Fußnoten

1. „Verschärfte Bedingungen“ bedeutet Einschränkungen hinsichtlich der Besucher_innenregelung, Post, Pakete und anderer „Privilegien“
2. „Yellow Unions“ lehnen den Klassenkampf und Streiks ab und befürworten das Zusammenwirken von Kapital und Arbeit.
3. http://belarus.indymedia.org/20141
4. http://www.avtonom.org/en/freebelarus
5. http://rutube.ru/tracks/4469719.html

„Staudamm oder Leben!
Indien: Der Widerstand an der Narmada“
Interview zum neuen Buch von Ulrike Bürger

(Floh) ***Ulrike Bürger verbrachte viel Zeit in Indien und lernte dort den Widerstand gegen Großstaudammprojekte intensiv kennen. In ihrem frisch erschienenen Buch „Staudamm oder Leben!“ beschreibt sie die Auswirkungen der Staudämme auf die Menschen und die Natur, den Widerstand gegen die Staudämme und welche Entwicklungen er bei den Widerstandsleistenden hervorruft, und die Hintergründe der indischen Politik. Im Interview vermitteln sie und ein indischer Freund von ihr, Shankar Narayanan, weitere Hintergründe:***

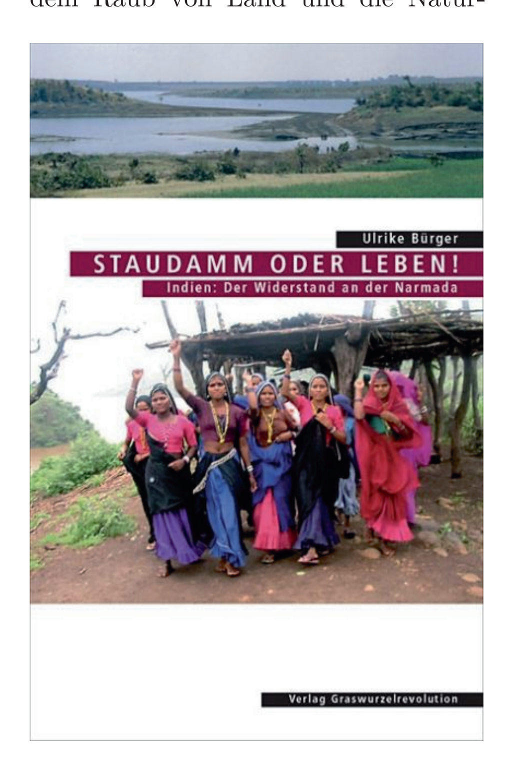
Dein Buch handelt von Kämpfen Betroffener in Indien gegen Großstaudämme. Du selber warst vor Ort in zwei verschiedenen Regionen, in denen Widerstand gegen das Großstaudammprojekt geleistet wurde, und hast in den Dörfern mit verschiedenen AktivistInnen und Betroffenen gesprochen und deren Situation und Kämpfe dokumentiert. Kannst du kurz erzählen wie es überhaupt dazu kam, dass du eine Verbindung zu dieser Widerstandsbewegung bekommen hast? Was verbindet dich mit Indien, was mit Kämpfen gegen Staudämme?

Meinen ersten Aufenthalt in Indien hatte ich während eines Freiwilligen sozialen Jahres in Indien und habe dort über das Institut, in dem ich war, von verschiedenen Protestbewegungen in Indien erfahren. Unter anderem waren das die sehr kleine Anti-Atombewegung in Indien, gandhianische Gruppierungen und die Widerstandsbewegung Narmada Bacchao Andolan (Bewegung zur Rettung der Narmada, NBA). Ein älteres Ehepaar aus dem Dorf, welches ich damals besuchte, erzählte mir von dem riesigen Projekt, dessen Auswirkungen für die Bevölkerung vor Ort und die Natur und von der Widerstandsbewegung NBA. Diese hatte sich bereits 1988–89 am größten der Staudämme, dem Sardar Sarovar Staudamm, formiert und einen der Höhepunkte erlebt, als sich 1993 die Weltbank aufgrund heftiger Proteste aus dem Projekt zurückzog. Später habe ich von verschiedenen indischen Freunden und Bekannten von den Kämpfen gehört. Es ist einer der vielen Kämpfe in Indien (und weltweit) um Land, um Freiheit, um selbstbestimmtes Leben und um Naturräume.

In Indien ist es eines von vielen Industrialisierungsprojekten, bei denen der indischen Staat und die Wirtschaftseliten die Naturräume als bloße Lagerstätten von Ressourcen sehen, diese verwüsten und ausbeuten und jegliche Lebewesen, die sich darauf befinden, gewaltsam vertreiben und all das im Namen von „Entwicklung“.

Die Kämpfe, die du beschreibst, handeln einerseits gegen die generelle Zerstörung und Unsinnigkeit der Staudammprojekte und andererseits gegen die Vertreibung der Menschen aus den Dörfern, in denen sie leben und von den Feldern, die sie bewirtschaften. Wie ist das Verhältnis zwischen diesen beiden Motivationen und was bedeutet die Vertreibung für die Menschen konkret?

Die Bevölkerung im Narmadatal lebt schon seit Jahrtausenden in diesem Tal. Es sind vorwiegend Adivasi (indigene Bevölkerung von Indien), Dalits (Unberührbare der untersten Kaste laut hinduistischem Kastengesetz) und hinduistische, zum Teil wohlhabende, Kleinbauernfamilien. Die Heterogenität der Bevölkerung weist unterschiedliche Auswirkungen des Projektes und Motivationen für den Widerstand auf. Ich möchte von den Adivasi berichten: Die Adivasi führen einen weitestgehend subsistenten Lebensstil, eng verbunden mit der Natur. Sie leben von Früchten und Nüssen aus den Wäldern, stellen Medizin aus Pflanzen her, bewirtschaften kleine Felder zur Landwirtschaft und betreiben Viehzucht. Sie verwenden so viel, wie sie benötigen und lassen der Natur genug Raum, sich zu regenerieren und verstehen sich als Teil der Natur. Natur ist für sie gefüllt mit Leben. Deshalb ist die Abholzung der Wälder, die Enteignung ihres Landes und der gemeinschaftlich genutzten natürlichen Ressourcen, sowie die Umformung des Narmadatals in einen Wirtschaftsraum zur Ausbeutung von Strom und Wasserbedarf der indischen Mittelklasse und Eliten die Zerstörung ihres Lebensstiles und Verwüstung ihres Lebensraumes. Die Gewalt, welcher die Betroffenen ausgesetzt sind, ist enorm. Um ein Beispiel zu geben: Am Maan-Staudamm wurde das erste von 16 Dörfern 2002 gewaltsam geräumt, das Hab und Gut entwendet, Familien getrennt, Protestierende mit Schlagstöcken verletzt. Das alles, weil sie von ihrem Land für dieses Megaprojekt weichen sollten. Sie hatten weder Land noch ausreichend Bargeldentschädigungen bekommen. Und dazu hatte der Ministerpräsident des Bundeslandes noch sein Lob über die gelungene Entschädigungspolitik ausgesprochen! Mit dem Raub von Land und die Natur-



Ulrike Bürger: *Staudamm oder Leben! – Indien: Der Widerstand an der Narmada*, 222 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-939045-15-1

räume der Adivasi wird ihnen die Existenzgrundlage und die Basis für ihren subsitenten Lebensstil genommen, sowie ihre Verbindung zum Land ihrer Vorfahren gebrochen. Was ihnen bleibt, ist der Kampf ums Überleben, im Nachbardorf, in der nächstgrößeren Stadt in den Slums der Megacities, als eineR von zehntausenden StraßenfegerInnen der Mittelklasse, wo sie als „unterentwickelter, niedrigkastiger Abschaum" behandelt werden und der Staat billigt ihnen nicht einmal die Würde zu, als Statistik in einem Buch aufzutauchen.

Wer von dieser Vertreibung nichts weiß, könnte meinen, Staudämme seien ökologisch und sozial sinnvolle Projekte, da sie Erneuerbare Energie liefern können und Wasser in trockenen Gebieten nutzbar machen können. Du zeigst in deinem Buch auf, dass im Gegenteil neue Abhängigkeiten durch diese Projekte entstehen und sie zum Ausbau der Kontrolle und Herrschaft führen. Kannst du erläutern, wie das funktioniert anhand der verschiedenen Typen von Staudämmen?

Mit dem Bau von Staudämmen soll Bewässerung für in erster Linie industrielle Landwirtschaft, Stromerzeugung, Wasserbereitstellung für die Industrie, Trinkwasserbelieferung oder Flutenregulierung bewerkstelligt werden. Ziel des Baus von Staudämmen ist außerdem, den Wasserlauf und die Wasserverteilung zu kontrollieren. Die Natur wird dominiert, kontrolliert und gelenkt. So ist es möglich, dass bestimmte Gruppen über Macht über natürliche Ressourcen verfügen und entscheiden, wer, wann und wieviel Wasser bekommt. Im Falle der Narmada-Staudämme wird Wasser kleinen BäuerInnen und indigenen Dörfern entzogen und für Industrie und ressourcenintensive Agrarwirtschaft in Unmengen verwendet oder in neuer Zeit auch für die Spaßbäder der Wohlhabenderer. Es findet hier laut NBA „eine Zentralisierung der Ressource Wasser der Bevölkerung in einige wenige Hände der nationalen und internationalen Kapitalisten" statt. Des Weiteren wird durch die Staudämme eine optimale Ausbeutung der natürlichen Ressource Wasser sichergestellt. Ökosysteme werden in Produktionsmaschinen umgeformt und Staudämme zu Massenvernichtungswaffen (wie sie Arundhati Roy bezeichnet), mit denen die indigenen Gemeinschaften vertrieben werden, ethnische Gruppen vernichtet werden und ganze Wälder und Landstriche überschwemmt werden.

Großtechnische Anlagen, wie Wasserkraftwerke in diesen Dimensionen werden gebaut, um den verschwenderischen, ressourcenintensiven Lebensstil von „reichen" Minderheiten zu den Ländern des Südens oder Industrieländern zu sichern. Auch Erneuerbare Energien sind dafür da. Auch für Erneuerbare Energien müssen Rohstoffe im Süden massenweise abgebaut werden, vor allem verschiedene Mineralien.

Nicht nur in Indien werden Großstaudämme gebaut. In den 80er-Jahren wurde die Unsinnigkeit von Großstaudämmen auch in der Entwicklungshilfe breiter thematisiert. Heute hört mensch wenig darüber. Werden heute weniger Großstaudämme gebaut?

In den meisten Industrieländern scheint die Ära des Baus großer Staudämme vorbei zu sein, vor allem wegen der häufig negativen Kosten-Nutzen-Bilanz und der ökologischen Auswirkungen oder weil die Möglichkeiten zum Staudammbau bereits ausgeschöpft sind. In den letzten beiden Jahrzehnten haben sich die Aktivitäten der Staudammbauer zunehmend in die so genannten Entwicklungsländer verlagert. In Indien wurde im Zuge der Industrialisierungspoltik Nehrus und mit internationaler Hilfe bereits kurz nach der Unabhängigkeit eine große Anzahl an Großstaudämmen errichtet. Im Jahr 2000 sind es in Indien bereits 4500 große Staudämme und weltweit besitzt fast die Hälfte aller Flüsse mindestens einen Großstaudamm.

2007 wurde der weltweit größte Staudamm „Drei Schluchten Staudamm" am Jangtsekiang (China) fertiggestellt und dafür 1,2 Millionen Menschen umgesiedelt. Aktuell gibt es große Widerstände gegen das größte Staudammprojekt Südamerikas „Belo Monte" am Amazonas-Nebenfluss Xingu.

Was können Menschen in Europa tun, um Menschen in Indien oder auch weltweit in ihren konkreten Kämpfen gegen Großstaudämme zu unterstützen?

Natürlich geht es in erster Linie darum im speziellen hier bei uns, den luxuriösen, naturzerstörenden Lebensstil zu ändern, kritisches Bewusstsein zu stärken und gleichzeitig die staatlichen Repressionen vor Ort zu bekämpfen, die ein freiheitliches, anderes Leben verhindern wollen. Abgesehen davon ist die Solidarität mit WiderständlerInnen und der Austausch der verschiedenen Widerstandsbewegungen sehr bestärkend. Besonders wenn internationale Gelder und Verstrickungen bei den Projekten im Spiel sind, können Kampagnen in den jeweiligen Industrieländern gegen die Finanzinstitutionen wirken und Druck auf die Regierungen ausüben.

Shankar, kannst du uns einen Einblick in den Widerstand gegen industrielle Großprojekte geben?

Shankar Narayanan (übersetzt): Es gibt in ganz Indien Widerstand gegen nahezu jedes industrielle Projekt, einfach weil es das Leben der Betroffenen zerstört. Die Betroffenen sind größtenteils Adivasi-Gemeinschaften und Bauern- und Fischer-Gemeinschaften. Der Widerstand richtet sich gegen Minen, Stahl- und Aluminium-Fabriken, Staudämme, Heiz- und Atomkraftwerke, gegen Häfen, gegen Autobahnen, gegen Plantagen usw. Die meisten dieser destruktiven Industrieprojekte haben direkte Auswirkungen auf die Adivasi-Gemeinschaften. Diese industrielle Entwicklung ist ein Genozid an den Adivasi-Gemeinschaften, die eine Lebensweise haben, die tief mit dem natürlichen Rhythmus des Ökosystems verbunden ist, deren Teil sie sind. Sie haben keine Religionen und keinen Gott und bewegen sich außerhalb der staatlichen Strukturen und leben in egalitären Gemeinschaften, wenn sie ungestört von Zivilisation, Staatlichkeit und Kapitalismus sind. Die industrielle Entwicklung zerstört ihre Lebensweise und entwurzelt sie, verweist sie ins kapilistisch-industrielle System an einen Platz ganz unten zu den urbanen, arbeitenden, ausgebeuteten Klassen.

Es gibt keine ökologische industrielle Entwicklung. Das ist eine manipulative Einbildung der sich als „Grüne" Bezeichnenden in den Industriegesellschaften des Westens. Das setzt koloniale Einstellungen voraus und sie stellen nur die „grüne" Fraktion von „Kapital und Staat" dar. Jede industrielle Entwicklung ist eine Kette von destruktiven Entwicklungen und die sogenannten zentralisierten Komplexe zur Produktion von Erneuerbaren Energien sind sehr wohl ein Teil dieser schädlichen, zerstörerischen industriellen Entwicklung. Jede Form von ökologischen und egälitärem Lebensstil erfordert die Überwindung aller staatlichen Institutionen, von Kapital, Markt und dem industriellen System als Ganzes.



Fröhliches Landespektakel?

Über das Event zur Fertigstellung der Landebahn Nordwest

Von Franziska

„Brot und Spiele – das Flughafenfest

Am Wochenende, dem 24. bis 26. Juni 2001 feierte die Fraport AG, also die Betreiber_innenfirma des Frankfurter Flughafens ein »Volksfest« auf dem Gelände der künftigen Landebahn, wo sich vor kurzem noch ein Naherholungsgebiet mit über 200 Hektar Wald befand.

Unter dem Namen "Happy Landings" war die Feier zur Fertigstellung der Landebahn Nordwest auf https://www.fraportevents.de/ angekündigt. Fraport warb mit einem 360 Grad Kino und weiteren Attraktionen für sich und seine Geschäftspolitik. Dies war ein Versuch der Akzeptanzbeschaffung für die Expansion des Rhein-Main-Airports im allgemeinen und für den Bau der Nordwestbahn im speziellen. Zeitungen titelten "Ein Fest für den Beton". Wer mitfeiern wollte, musste sich online auf der Seite der Fraport AG mit Name, vollständiger Adresse und weiteren Daten anmelden um an „der Verlosung“ der 60 000 Eintrittskarten teilzunehmen. Weitere 20 000 Karten wurden an Fraport-Mitarbeiter_innen ausgegeben.

Mit Marktmacht und medialer Dominanz wurde in Region die Spannung auf „eine Veranstaltung der ganz besonderen Art“ geschürt. So hatte sich der Konzern zahlreiche Partner für die Feierlichkeiten ins Boot geholt – darunter unter anderem auch der regionale Nahverkehrsverbund RMV, eine Solarfirma und Medien wie die Frankfurter Rundschau oder den Radiosender FFH. So sendete FFH bereits in den Wochen vor der Veranstaltung penetrante Dauerbegeisterung für das Betonfest. Zwischenzeitlich meldete sich der Sender bei den Kritiker_innen: Ob sie nicht ebenfalls für ein Interview bereit ständen, es solle nicht zu einseitig berichtet werden. Ein solches wurde aufgezeichnet und sollte Sonntagmorgen während des Festes gesendet werden – in einer Gesamtlänge von gerade mal 1:20 Minuten. Zwei Tage vor dem Sendetermin erfolgte ein Anruf: das Interview könne leider nicht gesendet werden, auch dem Chef des Journalisten seien die Hände gebunden, es gäbe da wohl gewisse Verträge ...

Offenbar versuchte die Flughafenbetreiber_innen-AG Kritiker_innen auszuschalten und setzte statt inhaltlicher Auseinandersetzung auf „Brot und Spiele“. An vielen Stellen versuche der Konzern den Protest zu behindern oder zu übertönen. So hatte die Fraport AG beispielsweise auch den Inustriedienstleister Infraserve-Gefahrenabwehr auf der Okrifteler Straße engagiert. Die Mitarbeiter_innen von Infraserve hinderten Besucher_innen der Mahnwache an der Einfahrt in die Okriftler Straße und der Benutzung des Parkplatzes an der Gelben Grundschneise, indem sie Personen, die die Mahnwache besuchen wollten zeitweise den Weg verstellten. Unterstützung für diesen privatrechtlichen Eingriff auf öffentlichem Grund war offenbar von amtlicher Seite zugesagt worgen. Es wurde erklärt, dass "Berechtigte" nur jene wären, die eine schriftliche Erlaubnis des Bürgermeisters der Stadt Kelsterbach hätten. Ein betroffener Bürger stellte Strafantrag gegen dieses Vorgehen, allerdings liegt auf der Hand zur Durchsetzung welcher Interessen die Verkehrswege innerhalb dieses Systems gebaut und erhalten werden.



„Happy Landings“ einer Fraputten Region

Promifeier am Freitag

Bereits am Freitag, den 24. Juli 2011 begann das „Megaevent“ im „kleinen Kreis“. Das sogenannte „Fraport-Sommerfest“ diente vor allem der Kontaktpflege mit Geschäftsfreund_innen des Konzern und Politiker_innen – wobei die Trennung hier nicht immer leicht fallen dürfte wie Roland Kochs aktueller Wechsel zu Bilfinger-Berger veranschaulicht.

Prominente, Mitwirkende und weitere Personen aus Politik und Wirtschaft waren zum festlichen Auftakt auf der Landebahn geladen. Das umschloss Regionalpolitiker_innen genauso wie Wichtigmenschen aus Hessen und anderswo. Diese steuerten mit ihren teilweise sehr teuren Fahrzeugen ab 17:00 Uhr die Einfahrten zur Landebahn an. Da Kritiker_innen an der geplanten Einfahrt neben der Feuerwache eine Mahnwache angemeldet hatten, wurden die Besucher_innen zu einer anderen Einfahrt umgeleitet – allerdings kam es dabei immer wieder zu Verzögerungen und leichtem Chaos, da viele Autofahrer_innen, gerade auch wegen der offen sichtbaren Gegenkundgebung, die ursprüngliche Einfahrt ansteuerten.

Einige Aktivist_innen und betroffene Bürger_innen waren ab 16 Uhr in einem kleinen Demonstrationszug von der ehemaligen Dauermahnwache an der Gelben Grundschneise zur angemeldeten Versammlung am ursprünglichen Zufahrtstor zur Landebahn gezogen. Unter dem Motto „den Fluglärm zur Landebahn tragen“ schoben sie ein Soundmobil mit Musik und aufge-

nommenem Fluglärm vor sich her, um die Komödie auf der Landebahn mit einem Stück Realität zu konfrontieren.

Dort schlossen sie sich der bereits stattfindenden „Mahnwache für Lebensqualität“ an, die ein langjähriger Flughafenkritiker angemeldet hatte. "Die Landebahn bringt der Region keinen Zuwachs an Lebensqualität, nur ein Mehr an Lärm. Ein wertvolles Naherholungsgebiet wurde zerstört.", begründete dieser seine Kritik an dieser Art der Unternehmenspräsentation. Gut 30 Leute waren vor dem Zaun mit Kreidesprüchen und zahlreichen Transparenten präsent und gestalteten die eigentlich vorgesehene „Zufahrt“. Es wurde weiterhin Fluglärm vom Band abgespielt, getrommelt und getrötet.

Dem kritikscheuen Flughafenkonzern war dieser kritische Kontrapunkt so unangenehm, dass er spontan die Einfahrt verlegte. Trotz entsprechender Megaphondurchsagen der Kritiker_innen und Hinweisen, die die Versammlungsteilnehmer_innen mit Kreide auf die Zufahrtsstraße geschrieben hatten („Sie sind hier nicht nur ein bisschen falsch – sondern total ...“), bekam dies sehr lange kaum jemand von den Gästen mit, so dass diese weiterhin die durch die Kundgebung besetzte Einfahrt ansteuerten. Folglich mussten die Fahrzeuginsass_innen, die sich blind und taub stellten, um Protest und Kritik nicht wahrzunehmen, durch einen Sicherheitsangestellten des Flughafens individuell weitergeschickt werden. Dadurch hatten die Aktivist_innen immer wieder Gelegenheit Flyer an die Festbesucher_innen zu überreichen, die mit heruntergelassenen Autofenstern auf die Anweisungen des Sicherheitsangestellten warteten. Später zogen die Kritiker_innen zur zweiten Einfahrt um und verteilten dort weiter ihre Flyer. "Wir wollen mit Demonstration und Mahnwache deutlich machen, dass die Fertigstellung der Landebahn Nordwest kein Grund zum Feiern ist", so die Initiatoren.

Flashmob „Die Bäume fallen“

Nachdem das Bundesverfassungsgericht bereits im Februar 2011 entschieden hatte, dass das Demonstrationsrecht auch in Flughäfen und Bahnhöfen gelte und somit insbesondere auch Demonstrationen im Frankfurter Flughafen erlaubt seien, hatten Abschiebegegner_innen am 20. Juni die erste Demonstration seit langem stattgefinden lassen: Unter dem Motto „Tatort Flughafen“ hatten über 500 Abschiebegegner_innen stimmungsvoll und ausdauernd mit Samba-Band, Theater und Stelzenläufer_innen gegen die menschenunwürdigen Abschiebungen am Rhein-Main-Flughafen protestiert.

Somit war die Situation recht entspannt als nur fünf Tage später am Samstag, den 25.06. der von den Bürgerinitiativen initiierte und angekündigte Flashmob gegen den Ausbau im Abflugbereich des Terminal I stattfand. Unter den etwa 150 „Flashmob-Performer_innen“ befanden sich genauso ehemalige Waldbesetzer_innen und Alt-Startbahn-Gegner_innen, wie auch viele Anwohner_innen, die durch die neuen Flugrouten akut vom Fluglärm betroffen sind. In einer bildhaften und plakativen Choreografie symbolisierten sie die mit der Waldrodung einhergehende Zerstörung eines intakten Lebensraumes, die Belastung der Menschen durch den Fluglärm und nicht zuletzt den Umstand, dass der krebsgeschwürartig fortschreitende Ausbau des Flughafens zu Lasten der Rhein-Main-Region und der dort lebenden Menschen geht.

Im Anschluss zogen Aktivist_innen mit Transparenten zum Busbahnhof vor dem Terminal I, wo die Busse zum Landebahnfest bereit standen. Dort verteilten Flyer an die Festbesucher_innen.

Mahnwache

Um das Event der Fraport zur Bejubelung eines immer größer werdenden Abschiebeflughafens, bei dem die Rodung riesiger Waldareale und der Vernichtung von Lebensqualität gefeiert und menschgemachte Klimaveränderung einfach ausgeblendet wird, auch inhaltlich nicht unkommentiert zu lassen, gab es am Samstagnachmittung und Sonntags ein umfangreiches Programm an der ehemaligen Mahnwache der Ausbaugegner_innen. Neben Musik und leckerem Essen war vor allem kritische Informationen zu Flughafen und Ausbau gesorgt.

Interessierte Personen konnten sich unter anderem Vorträge zu Flugrouten und Lärmbelastung, Greenwashing der Flughafenbetreiber-Firma oder die politischen Einflussnahme der Fraport AG auf Regierungshandeln in Berlin, Wiesbaden und Brüssel anhören. Mit ihrem Gegenprogramm setzten die Kritiker_innen bewusst auf Information statt Unterhaltung – auch um sich deutlich vom schlichten Konsum des Landebahn-Spektakels abzuheben. Den anwesenden Zuhör_innen bot sich ein völlig gegenläufiges Bild zu dem, was die Fraport AG so gerne propagiert: Im Ergebnis – so wurde deutlich – ist der Flughafen kein Wirtschaftsmotor der Region, sondern ein Produkt von Produktionsverlagerung und getriebener Lobbyarbeit. So resümierte einer der Referent_innen: „Mainz ist eine Wissenschaftsstadt und nicht der Mülleimer von Fraport. Die Region braucht Fraport nicht, keine Logistikparks und keinen Fluglärm.“

Direkt daneben saßen verschiedene Personen zusammen, genossen Kaffee und Kuchen oder malten Transparente und tauschten sich über den gemeinsamen Widerstand aus. Besucher_innen fanden eine angenehme Atmosphäre mit Lagerfeuerstimmung vor, in der sich nicht nur alte Bekannte wieder trafen, sondern auch Austausch und Diskussion möglich waren. Abends gab es Konzerte.

„Auch wenn wir wenige sind, im Vergleich zu den zehntausenden auf der Landebahn, so muss doch gesagt werden: hier kommen Leute hin, weil sie sich für das Thema interessieren. Die dort drüben sind nur gespannt auf das Kino und andere Attraktionen. Ich finde es kritisch, dass hier durch vermeintliche Highlights versucht wird zu verdrängen, worum es



Solidarität mit einer Waldbesetzung bei Moskau gegen einen Autobahnbau



Programm an der Mahnwache gegen Flughafenausbau

eigentlich geht.“, äußerte sich eine der Anwesenden.

Fraportevent

Währenddessen fand nicht weit von der Mahnwache hinter Stacheldraht das große Event der Konsument_innen und Ausbaubefürworter_innen statt. Tausende liefen dort auf betonierter Fläche herum. Viele von ihnen trugen das blaue Halsband und Baseball-Kappen mit dem Unternehmenslogo des Flughafenbetreibers – für einige vielleicht eine Erinnerung an ein tolles und einmaliges Event. Doch trotz aller Attraktion war die Veranstaltung den Berichten zufolge dann doch eher von langweiligen Flug- und Fahrzeugausstellungen und dem Rückblick auf 75-jährige Flughafengeschichte geprägt.

Das Journal Frankfurt schrieb am 27. Juni: „60.000 Eintrittskarten hatte der Flughafenbetreiber vergeben, dazu hatten noch 20.000 Mitarbeiter die Chance, den getrockneten Beton der Landebahn zu begutachten. Das stellte sich am Ende als unspektakulärer heraus als die Ankündigungen versprochen hatte. [...] Ansonsten: eine Mischung aus Fress-Ständen, Werbe-Inseln der am Ausbau beteiligten Unternehmen und allerlei Gerätschaften, die am Flughafen benötigt werden. Die Enteisungsflotte war da [...], die Feuerwehr hatte ein paar Löschfahrzeuge dabei [...] und eine Baggerparade gab einen Eindruck von der ganzen Technik, die notwendig ist, einen Wald durch einen Betonstreifen zu ersetzen. [...] Abkühlung versprach lediglich ein Softeis-Automat und ein Festzelt, in dem sonst aber nicht viel los war. Flugzeuge waren auch zu sehen in der Wüstenei, die Tante Ju zum Beispiel [...], aber bitte nicht anfassen. Vor dem 360-Grad-Kino, dem History-Zug und einem Kran, der die Gäste in schwindelerregende Höhe zog: riesige Schlangen. Vor der Busverbindung zum Terminal: auch riesige Schlangen.“

Insgesamt also eine eher enttäuschende Entschädigung für die lebenslange Fluglärmbelastung und die Vernichtung eines Naherholungsgebietes.

"Wir wollen die Fläche der Landebahn der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, damit die Bürger sie persönlich in Besitz nehmen", hatte der Fraport-Vorstandsvorsitzende Stefan Schulte im Vorfeld angekündigt. Etwas ehrlicher äußerte er sich dann am Samstag, den 25. Juni auf der Landebahn gegenüber der Hessenschau: "Wir haben es als unsere Pflicht angesehen eine Landebahn, ein Projekt, was hier zehn Jahre lang so schwierig in der Diskussion war, noch einmal wenigstens noch der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, bevor man es einfach so wegschließt. Denn hier wird nie mehr jemand hinkommen können außer Flugzeuge." Es scheint, als hätten die meisten schon vergessen, dass eben genau diese Fläche vor etwa 2,5 Jahren der Bevölkerung einfach so genommen worden war, dass eben jener Wald, der zuvor allen gesellschaftlichen Schichten frei zur Verfügung stand, der in vielfältiger Weise genutzt worden war und den manch ältere Menschen noch aus ihrer Kindheit in Erinnerung haben, enteignet und gerodet wurde, um den Bau dieser Fläche zu realisieren, die nun in lächerlich symbolischer Weise „der Bevölkerung zur Verfügung gestellt wurde“.

Kletteraktion an der Zufahrtsstraße

Während am Sonntag das Programm an der Mahnwache weiterging, waren einige Personen an der Zufahrtsstraße zur neuen Landebahn aktiv. Bereits morgens gegen 10:30 Uhr waren genau dort, wo die Event-Besucher_innen in Shuttle-Bussen vorbeifuhren, drei Aktivist_innen auf Bäume geklettert, um den Protest an die Landebahn zu tragen. In etwa sieben Metern Höhe spannten sie weithin sichtbare Transparente auf. Darauf war unter anderem zu lesen: „Fraport stoppen“ und „Protest mit Weitblick“. Die Kletteraktivist_innen verweilten mehrere



Protest beim „Happy Landing“

Stunden in den Bäumen und zogen die Blicke der Besucher_innen des Fraport-Events auf sich. „Uns ging es darum unseren Protest sichtbar zu machen. Der Flughafen hat hier in der Region durch Fluglärm und drastische Reduzierung der Naherholungsgebiete die Lebensqualität spürbar verschlechtert – und ein Ende des grenzenlosen Expansionswahn ist nicht abzusehen.“, so eine der Kletternden. "Alle reden von Klimaschutz. Wenn es aber um Fakten geht, sieht es anders aus. Im Namen von Profit wird gebaut - kritische Stimmen gegen diese Gehirnwäsche sind die Ausnahme." fügte eine Unterstützerin hinzu.

Gegen 15:45 Uhr holten die Teilnehmer_innen des traditionellen Sonntagsspaziergangs der BI Kelsterbach auf ihrem Weg an die Landebahn die Kletteraktivist_innen ab. Mit einem begeisterten Applaus wurde die Aktion beendet – die Transparente blieben allerdings noch mehrere Stunden bis zum Ende der Landebahnfeierlichkeiten an der Zufahrtsstraße hängen um weiter daran zu erinnern, dass der Ausbau des Flughafens für viele Menschen regional – und durch die klimatischen Folgen des Flugverkehrs auch weltweit – eine Bedrohung darstellt.

Ausblick

Die Fraport plant die Landebahn Nordwest zum Winterflugplan 2011/2012 in Betrieb zu nehmen. In einem Internetforum schreibt ein Mitglied der Deutschen Flugsicherung, das offizielle Datum der Inbetriebnahme sei der 20. Oktober. Da Kanzlerin Merkel am 20. allerdings nicht könne, ginge der Regelbetrieb erst nach deren Landung in einer Bundeswehrmaschine am 21. Oktober 2011 um 14:30 Uhr los. Testflüge soll es allerdings schon vorher geben.

Ungewiss ist auch, ob bis Herbst eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zum Nachtflugverbot ergehen wird. Bereits jetzt nimmt die Lärmbelastung in Rheinhessen, Mainz/Wiesbaden, Teilen des Main-Taunus-Kreises und in Teilen des Kreises Offenbach erheblich zu und es gibt vielfache Bürgerbeschwerden. Es wird immer deutlicher, dass die Grenzen der Belastbarkeit schon weit überschritten sind und die Lebensqualität im Flughafenumland immer mehr auf der Strecke bleibt.

In welcher Form die Ausbaugegner_innen bei der Inbetriebnahme mit Protest und Widerstand zugegen sein werden, wird sich zeigen. Klar ist allerdings: nach dem Ausbau ist vor dem Ausbau. Der ständige Ausbau ist nach der Fertigstellung der Nordwestbahn noch lange nicht beendet. So wurde beispielsweise am 14. Juni offiziell mit den Bauarbeiten für die neue Unternehmenszentrale der Fraport AG begonnen. Der neue Verwaltungssitz entsteht derzeit am Tor 3, der Hauptzufahrt zum Betriebsbereich des Flughafens.

Im Sommer 2012 geht der neue Flugsteig A-Plus an den Start, der eine Kapazität von sechs Millionen Passagieren im Jahr haben wird. Ebenfalls 2012 soll der Bau des neuen Terminal 3 beginnen. Ist der Komplex 2016/2017 fertig, kann Fraport in Frankfurt weitere 25 Millionen zusätzlich Passagiere jährlich abfertigen. Ein Kritiker fordert, der Flughafen müsse sich an den Bedürfnissen der Region ausrichten und auf das geplante Terminal drei verzichten. Allerdings hat die Geschichte gezeigt, dass die Bedürfnisse der Menschen im Rhein-Main-Gebiet für die Manager der Fraport AG keine Rolle spielt. Während die Belastungen für die Normalbevölkerung durch ansteigenden Fluglärm und den Rückgang der Naherholungsgebiete zunehmen, gab Konzernchef Schulte am 01. Juni 2011 auf der Jahreshauptversammlung in Höchst bekannt, dass die Flughafen-AG 2010 ihr bislang umsatzstärkstes Jahr hatte. Und der grenzenlose Wachstum soll weitergehen: nach der Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest im Oktober will der Flughafen seine Kapazität zunächst von derzeit rund 82 Flugbewegungen in der Stunde auf mittelfristig rund 100 Bewegungen bis 2015 ausbauen.

Nach dem Bau der Startbahn West in den 80ern wurde das Versprechen gegeben, kein Baum würde mehr für den Frankfurter Flughafen fallen. Dieses ist nicht nur längst gebrochen – weitere Ausbaupläne müssen nichteinmal mehr verheimlicht werden, da viele Menschen in der Rhein-Main-Region offenbar die zunehmenden, gesundheitsschädigenden Belastungen bereitwillig hinnehmen, solange sie nur ausreichend „Brot und Spiele“ geboten bekommen. Gerade deshalb war es um so wichtiger, dass verschiedenste Menschen während des Flughafenfestes ihre Kritik am derzeitigen Ausbau und zukünftigen Projekten mit vielfältigen Aktivitäten deutlich machten.

Kontakt und weitere Informationen:

http://waldbesetzung.blogsport.de
waldbesetzung@riseup.net

Seit der Besetzung des Bannwaldes im Jahr 2008, kam es immer wieder zu Aktionen, die teilweise auch strafrechtlich verfolgt wurden. In vielen Fällen konnten in den letzten Monaten auf verschiedensten Wegen Einstellungen erzielt werden. Doch in einigen wenigen Fällen stehen noch Strafverfahren im Raum. Unterstützung ist sehr erwünscht. Die Termine können sich noch ändern, sind aber hier zu finden: http://waldbesetzung.blogsport.de/termine/





Termine, Camps, Veranstaltungen

Juli

Ab Anfang Juli mit offenem Ende: Autonomes Dorf auf besetztem Gelände der „Zone a Defendre“ bei Nantes gegen Flughafenbau und G20/G8

22.–29.07.2011: Luleå, Sweden: action camp against Europe's largest military training area (NEAT) warstartshe-re.com/en

24.-31.07.2011: "Wer lebt mit wem". Ein Camp für kritische Freiheit(en) und lebendige Alternativen, für radika-le Traumverwirklichende jeden Alters auf der Burg Lutter. http://wlmw.blogs-port.de/

August

29.07.-07.08.2011: Klimacamp in der Schweiz: www.klimacamp.ch

03.– 07.08.2011: Antifa-Sommercamp in Obernhausen, http://antifa-camp.blogsport.de/

07.-14.08.2011: Klimacamp im Braun-kohlerevier Lausitz, www.lausitz-camp.info

13.08.2011: Veggie Street Day in Dort-maund: veggie-street-day.de

ab 14.08.2011: Gorleben 356. Für ein Jahr lang soll Gorleben an möglichst vielen Tagen blockiert werden. Grup-pen sind aufgerufen einzelne Tage zu übernehmen. www.gorleben365.de

14.-26.08.2011: Klimaradtour von Kli-macamp zu Klimacamp, klimarad-tour.blogsport.de

21.-30.08: Reclaim the fields Camp 2011, Rumänien, Rosia Montana. Aus-tausch, Vernetzung und Wissensweiter-gabe über die Wideraneignung von Land und dessen Bewirtschaftung. www.reclaimthefields.org

August: Klimacamps und weitere Aktivitäten gegen Klimazerstörung und Kohleabbau

Wie bereits weiter vorne im Heft, im Titelthema ausgeführt, finden diesen August diverse Aktivitäten gegen Koahleabbau und -verbrennung statt. Ein Klimacamp in der Lausitz vom 7. bis zum 14. August, eines im rheinischen Braunkohlerevier vom 26 August bis zum 4. September, eine Klimaradtour zwischen den beiden Klimacamps, ein Klimacamp in der Schweiz vom 29. Juli bis zum 7. August. Und last but not least: Als dauerhaftes Klimacamp die WAA ab September diesen Jahres. Eine "Werkstatt für Aktionen und Alternativen" im rheinischen Braunkohlerevier, die als offene Plattform einen Ort bieten will zum treffen und organisieren des Widerstandes und in der ein dauerhaftes Programm angeboten werden soll (an dem sich möglichst viele Menschen aktiv beteiligen sollen) in der "school of radical transition".

Ab Juli: Autonomes Dorf gegen Flughafenbau und G20/G8

In Frankreich, nahe Nantes ist ein Megaflughafen in Planung. Auf dem Gelände gibt es seit vielen Monaten bereits mehrere Besetzungen. Seit Anfang Juli wurde nun ein selbstorganisiertes Dorf aufgebaut, das als Ausgangsort für dezentrale Proteste gegen den G8 und den G20 Gipfel dieses Jahr dienen soll. Das Camp hat keinen festen Zeitpunkt an dem es endet, soll aber mindestens bis Ende Juli gehen.
Aus dem Aufruf: „Now we are here and we intend to stay: the land is occupied, there are a lot of motivated people, structures are actually gtting mount, the info is spreading: we are here to stay, at least until the end of July!
This open space serves as a laboratory of ideas, a rebel zone, a pirate island, a World apart the rotten one began to rise and there's everything to accommodate everyone who wants to experiemnt this with us. Medical areas, kitchens, kids space, Cultural activities and many space to debate, practice and exchange. Our aim is to funcion horizontally, everything will be on donation.“ Weitere Infos: gzero.info

21.-30.08: Reclaim the fields Camp 2011

Aus dem Aufruf für das diesjährige Europaweite Reclaim the fields Treffen heißt es : "Reclaim the Fields heißt das wir unsere Äcker zurück wollen. Dass das Land also in den Besitz derer übergeht, die es ökologisch für die Bedürfnisse der Men-schen um sich herum bebauen und als Gemeingut an die zukünftige NutzerInnen weiter geben. Wir tauschen uns über die Eigentumsverhältnisse aus, die in unseren Ländern vorherrschen und überlegen mit welchen Strategien wir uns unser Land wieder aneignen können: Wie kann diese Gemeingut "verwaltet" werden? Welche Rechtsformen gibt es um Land aus dem Eigentum zu entfernen? (...) Welche Initia-tiven gibt es in unseren Ländern um diese zu erreichen? Oder sollten wir aufhören Forderungen zu stellen und wie es die Landlosen im globalen Süden tun, beginnen Land auch hier im Norden zu besetzen, es uns einfach zu nehmen? In Dijon war ei-ne entsprechende Aktion von Reclaim the Fields bereits erfolgreich."
Und zur Ortswahl: "Der Ort wird diese mal Rosia Montana in Rümanien sein. Auf Grund der Initiative von lokalen Bäuer_Innen werden wir uns dort zusammen gegen die Enteignung der selbigen einsetzen. Denn dort steht die Erweiterung der größten Goldmine Europas an. Außerdem wollen wir dort alle oben genann-ten Themen weiter vertiefen und das Schiff auf neuen Kurs bringen. Zusammen backen und kochen. Musik machen. Lachen und tan-zen."



coal action scotland presents THE OUTDOOR SKILLSHARE 2011

26-29 AUG. SOUTH LANARKSHIRE

Ein skillsharing Wochenende zum Teilen vielfältiger Fähigkeiten: Von Baumklettern über Tunnel graben bis zu logistischen Fähigkeiten wie Campversorgung genauso wie benötigte Fähigkeiten um sich draußen zu orientieren.

09.-11.09.: II. Rebellischen Zusammentreffen auf Burg Lutter

Aus dem Aufuruf:

Das Ya-Basta-Netz ist ein Netz von Menschen, inspiriert von der Rebellion der Zapatistas in Mexiko. Uns eint die Empörung über die ungerechten Verhältnisse, die Entschlossenheit, diese aufzulösen und die Hoffnung auf ein besseres Leben. Für alle! Wir unterstützen uns gegenseitig in unseren jeweiligen Kämpfen und fühlen uns den aufständischen Menschen in Mexiko und anderen emanzipatorischen Bewegungen weltweit solidarisch verbunden.

Ausbeutung und Unterdrückung gibt es überall – Widerstände und Alternativen auch!

Deswegen wollen wir uns treffen, um uns kennenzulernen, auszutauschen, gegenseitig zuzuhören, voneinander zu lernen und miteinander zu feiern. Nutzen wir unsere Vielfalt als

Stärke, um unseren Widerstand und Kämpfe effektiver zu machen: Für eine andere Welt,

in der ein Leben in Würde für alle möglich ist.

Das Rebellische will verschiedene Themen und Kämpfe zusammenbringen; wichtig sind uns beispielsweise:

Internationalismus & Zapatistas * Aufstände in Nordafrika & Südeuropa Patriarchat & Gender * Kriminalisierung & Repression * Rassismus, Flucht & Migration * Ernährung * Landwirtschaft * Stadtentwicklung * Gesundheit * Anti-Atom * Krieg & Militarismus * Alternative Medien * Bildung * Arbeit & Geld, Solidarökonomie * Leben & Alltag * Umwelt & Naturverhältnisse * Energie



05.-06.09.2011: Innoplantaforum

Das Innoplantaforum ist jährlich der Ort, an dem sich der deutsche Gentechnikfilz aus Wirtschaft, sogenannter Forschung, Politik und Medien trifft und feiert. Auf die alljährlichen Proteste reagierte das Forum in der Vergangenheit eher peinlich mit gekauften Gegendemos und Transpis wie "Keine Anarchie" und "Feldzerstöer raus" (siehe Seite 48).



26.08.-04.09.2011: Klimacamp im rheinischen Braunkohlerevier. www.klimacamp2011.de

26.-29.08.2011: Outdoor Skillsharing Camp in South Lanarkshire, Schottland von Coal Action Scotland

September

09.-11.09.2011: Rebellisches Zusammentreffen auf der Burg Lutter. Vom Ya Basta Netzwerk organisiertes Treffen, mit dem Ziel emanzipatorische Bewgungen und Ansätze zusammenzubringen und zu vernetzen. rebellisches.noblogs.org

Ab September: Eröffnung der WAA (Werkstatt für Alternativen und Aktionen) im rheinischen Braunkohlerevier. Dauerhaftes Programm für Weiterbildung und Austausch für klimaneutrales Leben und Aktionen gegen Klimazerstörung... waa.blogsport.de

05.-06.09.2011: Innoplantaforum. Seilschaftentreffen der deutschen Gentechniklobby in Üplingen. Wie die letzten Jahre auch mit geplantem Gegenprogramm.

Die Termine und Veranstaltungs-Seite im grünen blatt ist so gedacht, dass alle hier Termine und Veranstaltungen reinstellen können. Das könnt ihr im grünen blatt Wiki tun (gruenes-blatt.de). Auf der Hauptseite findet ihr in der Mittelspalte die Kategorie der kommenden Ausgabe (also zum Beispiel Herbst 2011). In dieser Kategorie gibt es die Artikel der nächsten Ausgabe und auch Termine und Veranstaltungen. Wenn ihr eingeloggt seid könnt ihr diese bearbeiten und so eure eigenen Termine reinstellen. Die werden dann auch in das Heft übernommen. Gerade stellen nur wenige Leute Termine hoch, so dass die Auswahl der Termine vielleicht nur ein geringes Spektrum wiedergibt. Bringt euch also ein!

Und nächstes Mal: die Konsumfrage

Floh Als Titelthema für die Herbstausgabe, die Anfang November pünktlich zum Castor erscheinen soll, haben wir ein Thema gewählt, zu dem es zwar sowohl in der Öko-Bewegung wie auch in der Linksradikalen viel zu lesen gibt, allerdings wenig Sinnvolles: Die Frage danach wie was und ob mensch im Kapitalismus konsumieren soll oder kann.

Kinderarbeit, Umweltzerstörung, Tierausbeutung,... alle Missstände dieser Welt sollen durch die „richtige“ Entscheidung am Einkaufsregal behoben werden. Der Kunde_die Kundin sei also auch insofern König, dass er_sie über die Verhältnisse auf der Welt durch die eigenen Kaufentscheidungen entscheiden könne. Die bürgerliche Umweltbewegung fällt fast durchgehend auf diese systemstützenden LOHAS (Lifestyles of Health and Sustainability) Märchen rein. Kein Wunder: Wer das Geld hat um bei Alnatura oder Reformhaus einkaufen zu gehen, schiebt die Schuld gerne auf diejenigen, die konventionell bei Aldi oder Lidl einkaufen gehen. Um nicht falsch verstanden zu werden: konventionelle, industrielle Landwirtschaft ist ein riesiges Problem, dessen sich besser heute als morgen entledigt wird. Aber diejenigen, die bei Aldi einkaufen, weil sie sich die gesünderen, ökologischer hergestellten Bio-Waren nicht leisten können, können insgesamt einen weit niedrigeren ökologischen Fußabdruck haben als die LOHAS-Mittelschicht – beispielsweise, weil sie nicht zweimal im Jahr nach Indien fliegen (nicht einmal unbedingt aus ökologischen Gründen, sondern weil sie es sich eben nicht leisten können).

Die „richtige Kaufentscheidung“ ist nicht mehr als ein moderner Ablasshandel, bei dem ausgerechnet jene sich von ihrer Schuld freikaufen wollen, die sich eine gesunde Ernährung leisten können. Eine ökonomische Analyse darüber, ob mit der Konsumentscheidung die zerstörerische Potenz des Kapitalismus relevant abgeschwächt werden kann, bleibt aus. Tatsächlich ist es wohl mehr die kapitalistische Grundlogik und Anreizsetzung, als die falschen Konsumgewohnheiten der Menschen, die für Zerstörungen aller Art verantwortlich sind, obwohl das eine natürlich zum anderen gehört. Oder anders gesagt: Ein wirklich ökologisches Konsumverhalten wäre scheiße für den Kapitalismus.

Die sogenannte „konsumkritische Bewegung“ ist größtenteils gar keine, sondern vielmehr eine „Konsumbewegung“ weil sie den Hebel für Veränderungen ja gerade im Konsum sehen. Aus einer herrschaftskritischen Sicht ist das besonders kritisch zu sehen, weil Entscheidungsmöglichkeiten hochgehalten werden, die bloß Entscheidungen zwischen A, B und C sind, also fertige Pakete vorhandener Entscheidungen, zwischen denen dann gewählt werden kann. Echte Entscheidungsmacht müsste aber die Entscheidung darüber ermöglichen was, wo, wie, wann, warum produziert wird.

Nicht besser, sondern nur anders blöd, sind jene Positionen zum Thema Konsum, die sich in der radikalen Linken derzeit zum Mainstream entwickeln. Die Redaktion der „Straßen aus Zucker“ fragt sich, ob es verkehrt ist, wenn sie in ihrer WG lieber bei McDonald’s was zu essen holen als selber zu kochen, bevor sie den Blockbuster konsumieren, und wie das mit Pornos sei. Das sei schon alles korrekt, geben sie sich selber die Antwort, weil es ja im Falschen nichts Richtiges gäbe (bei den Pornos differenzieren sie da noch, muss mensch ihnen zugute halten). Anstatt die falsche, bürgerliche Konsumkritik zu entlarven und sie um die Erkenntnis zu ergänzen dass es innerhalb kapitalistischer Logik keine korrekte Produktion geben kann und deshalb Konsum auf dem kapitalistischen Markt so weit wie möglich durch selbstorganisierte Lösungen zu ersetzen ist, wird der kritiklose Konsum kapitalistisch produzierter Güter zur unverkürzten Praxis verklärt. Und die Marken, die besonders in der Kritik der Konsum(-kritik)bewegung stehen werden zu progressiven Symboliken umgedeutet.

Wo Pest und Cholera als Pole einer binären Debatte zur Auswahl stehen, ist es Zeit ihnen tatsächlich emanzipatorische Alternativen entgegenzusetzen. Und zwar in Theorie und Praxis! Für die nächste Ausgabe wünschen wir uns also möglichst viele Beiträge zu einer tatsächlichen Konsumkritik genauso wie praktische Tipps um dem scheinbar alternativlosen Konsumwahn doch zu entkommen. Da das grüne blatt weiterhin ein offenes Medium ist und nichts gegen etwas mehr Kontroversität spricht, sind ebenfalls Artikel willkommen, die Positionen der beiden hier kritisierten Richtungen vertreten – oder ganz andere...

ISSN 1612-2186

